

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummern 5 Pfg. Sonntags-  
 Nummer mit illustriertem Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-  
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,  
 Einzelnbogen in der Post-Bestellung.  
 Preisliste für 1902 unter Nr. 7878.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühren**  
 betragen für die sechsgezeigte Kolonne  
 jeite oder deren Raum 40 Pfg., für  
 politische und gesellschaftliche Vereine  
 und Versammlungen: 20 Pfg. 20 Pfg.  
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochentagen  
 bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Donnerstag, den 1. Mai 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Des Arbeiter-Feiertages wegen erscheint der  
 „Vorwärts“ am Freitagmorgen nicht. Dagegen wird  
 am Freitag nachmittag 4 Uhr eine Extra-Nummer  
 unseres Blattes herausgegeben.

### Zum 1. Mai.

Der 1. Mai, der höchste Feiertag des socialistischen Proletariats,  
 gilt der Demonstration für zwei Forderungen von principiell  
 programmatischer Bedeutung: die internationale Völkerverbrüderung  
 und die höchste zulässige Verkürzung der Dauer der physischen Arbeit.

Die Völkerverbrüderung ist ein Stück Zukunftsstaat. Die  
 kapitalistische Gesellschaftsordnung vermag dies humanitäre Ideal  
 der genialsten und edelsten Geister, welche die bürgerliche Kultur  
 bisher hervorgebracht, nicht in die Wirklichkeit zu übertragen. Das  
 ökonomische Prinzip des Kapitalismus, die Konkurrenz, der Kampf  
 aller gegen alle, beherrscht genau so das Verhältnis der Nationen  
 zu einander, wie es das Verhältnis der zu sogenannten Nationen  
 vereinigten Individuen bestimmt. Die internationale Verbrüderung  
 bestimmter Produktionszweige vermag ebenso wenig den ökonomischen  
 Konkurrenzkampf aufzuheben, wie politische Bündnisse mehrerer  
 Staaten untereinander den internationalen Haß, den latenten Kriegs-  
 zustand, zu beseitigen vermögen. Gerade die letzten Bündnisse, die  
 geschlossen sind, der englisch-japanische und der russisch-französische  
 Zweibund, sind uns ein Zeugnis des erbittertesten politischen Konkurrenz-  
 Kampfes.

Der Imperialismus ist gegenwärtig die Parole aller Weltmächte.  
 Während England die ungeheuersten Anstrengungen macht, seinen  
 Weltbesitz äußerlich und innerlich abzurufen und zu befestigen, trifft  
 Russland ebenso gewaltige Vorbereitungen, um dereinst Englands  
 reichsten Kolonialbesitz, Indien, an sich zu reißen. Amerika hat nicht  
 nur Cuba, Portorico und die Philippinen erobert, sondern es trägt  
 sich mit den weltumspannenden Expansionsplänen. Dieselbe Rolle, die  
 der Rubel in Asien spielt, spielt der Dollar in Südamerika und  
 anderwärts. Aber auch Deutschland berauscht sich bekanntlich seit  
 Jahren an weltpolitischen Phantasien. Man weiß ja, daß der Dreik-  
 gack in unsre Faust gehört, daß unsre Zukunft auf dem Wasser liegt.  
 Die führende Rolle, die Deutschland bei dem Chinatreuzug gespielt  
 hat, beweist deutlich genug, daß die deutsche Weltpolitik nicht nur in  
 dem mischlichen Reich der Träume liegt. Und schon hinterhalten  
 wir ja in China den Grundstock einer Kolonialarmee...

Bei einer solchen Weltlage können nur unverbesserliche Optimisten  
 und kindliche Phantasten an den Erfolg von Friedenskongressen und  
 internationalen Konventionen glauben. Die bürgerlichen Friedens-  
 propagandisten, die von Bormannfesten und Kongressplaudereien eine  
 Minderung der Kriegsspannung erwarten, gehören in die Kategorie  
 der Gläubigen eines bekannten Weltensfahrzeug-Erfinders oder eines  
 ebenso bekannten Blumenmediums. Während der Jar sein Friedens-  
 manifest in die Welt hinauswarf, baute er ruhig neue strategische  
 Bahnen, schob er seine Truppen immer zahlreicher an die asybanische  
 und mandschurische Grenze heran. Daß der Friedens-Jar sich  
 später sogar als französischer Militär-Inspizient etablierte, verrät  
 einen besonders bergerverletzenden Glauben an die eigne Friedens-  
 mission.

Die Mächte rüsten unaufhörlich, immer ungeheurerlicher werden  
 die Rasten, die die Heeres- und Marineforderungen den Völkern auf-  
 bürden. Und die gesamte Bourgeoisie hat längst jeden  
 principiellen und energischen Widerstand gegen diese uferlosen Ansinnen  
 aufgegeben. Wie wäre das auch anders möglich, da sie sich ja auch  
 zur Weltpolitik befehrt hat. Das eine bedingt das andre.  
 In einer solchen Situation für den Weltfrieden und der Völkerver-  
 brüderung zu demonstrieren, hieße die erste und kindische  
 Waffe des bürgerlichen Friedenspropagandisten  
 nachlässen, hieße eine hohle, verlogene Komödie auf-  
 führen, wenn hinter einer solchen Demonstration nicht zugleich  
 der eiserne, unbegrenzte Entschluß stände, dem ökonomischen  
 und politischen Prinzip des Kapitalismus auf immerdar nicht  
 die kleinste Daseinsberechtigung zu konzessieren, ihn nicht das geringste Zugeständnis zu machen. Die  
 wichtigste Konzession an Militarismus und Weltpolitik würde die  
 socialistische Waise zur Jarre machen, weil sie die Anerkennung  
 eines Prinzips bedeutet, das den Völkern platterdings  
 ausschließt. Man kann nicht zugleich dem Kapitalismus dienen und  
 zugleich dem Sozialismus. Hier giebt es nur ein Entweder-  
 Oder. Die traurigste Korruptionsercheinung des französischen Social-  
 ismus scheint uns deshalb in den mehrfachen Konzessionen der  
 ministeriellen Socialisten an den Militarismus und die kolonial-  
 politik zu bestehen. Selbst wenn man die sozialen Reformen Mil-  
 lerands noch so hoch anschlagte, durch die Verleugnung des  
 fundamentalsten Prinzips des Sozialismus würden sie hundertmal  
 zu teuer erkauft.

Und daß sich die englischen Arbeiter, auch die Mehrzahl der  
 gewerkschaftlich Organisierten, für den Imperialismus haben einsagen  
 lassen, ist der mitwirkendste Beweis, daß sie der socialistischen Welt-  
 ansinnung unendlich fern stehen. Der, bei Nichts versehen, so  
 thörichte und verblendete nationale Egoismus der englischen Arbeiter  
 beweist eben durch und durch bürgerliches Denken. Statt in der  
 eignen Bourgeoisie, dem nationalen Egoismus, den Feind zu  
 sehen, erblicken sie ihn in dem konkurrierenden Ausland, in den aus-  
 wärtigen Arbeitern. Statt sich diesen anzuschließen und gemeinsam  
 mit ihnen die parasitäre Bourgeoisie abzuschütteln, gehen sie mit den  
 eignen Ausländern durch Dieb und Dumm, lassen sie, ohne sich irgend  
 aufzuregen, Milliarden für die frivolsten Eroberungskriege vergeuden.  
 Welche Realpolitiker!

Die Demonstration des 1. Mai zwingt förmlich dazu, die  
 socialistischen Bestrebungen in ihrer principiellen Reinheit darzulegen.  
 Und nicht nur wegen des internationalen Charakters dieses Feiert.  
 Auch die Forderung des Achtstundentages ist principieller Natur.  
 Den Achtstundentag können freilich auch bürgerliche Socialpolitiker  
 fordern, und sie thun es auch. Aber der Achtstundentag ist für  
 uns Socialisten etwas ganz andres, als für die bürgerlichen  
 Reformer. Er ist uns nur die erste Etappe zur weiteren  
 Arbeitszeitverkürzung, die Vorstufe der Befreiung des Proletariats  
 aus der dumpfen physischen Arbeitsfrou. Wir Socialisten fordern ja  
 mehr als die Verkürzung der Arbeitszeit auf ein durch die körper-  
 liche Hygiene gebotenes Maximum. Wir wollen ja den Klassen-  
 gegensatz aufheben, wir wollen den Proletarier von dem  
 Schicksal befreien, ein verunftbegabtes Produktionswerkzeug zu sein.  
 Wir wollen die Bürde der physischen Arbeit derart erleichtern, daß  
 sie aufhört, als Bürde empfunden zu werden und nur noch als froh  
 geleistete Pflicht gilt, die jedermann gern dem Gemeinwesen gegen-  
 über auf sich nimmt. Wir wollen dem Proletarier durch diese Entlastung  
 jede Möglichkeit intellektueller Vethätigung erschließen, so daß er sich  
 geistig, seelisch frei ausleben und zum Vollmenschlichen entwickeln kann,  
 wie ihn die freiesten, weishesten Geister als Ideal harmonischer  
 Entwidlung ersicht und erstrebt haben.

Dies Ideal des Sozialismus ist ja den Thoren des Kapitalismus  
 ein Spott und den Klugen des Kapitalismus ein Grauel. Aber auch  
 der Proletarier selbst braucht keineswegs ohne weiteres schon diese  
 Sehnsucht nach sozialer Erlösung zu empfinden. Dem englischen  
 Arbeiter zum Beispiel ist sie völlig fremd. Er ist froh, wenn  
 er durch den Gewer- und den Konsumverein vor direkter Not ge-  
 schützt ist, sein Ideal ist nicht der Vollmensch, sondern der Klein-  
 bürger, diese Karikatur des Edelmenschtums. Das kümmern  
 ihn ethische, philosophische, künstlerische Probleme — er interessiert sich  
 um so lebhafter für alle Arten Sport. Auch unter der deutschen  
 Arbeiterklasse findet man noch hier und da diesen Typ des Klein-  
 bürgerlich denkenden Proletariats. Daß der Typ bei uns ein so  
 wenig verbreiteter, das ist das Verdienst des Sozialismus, der den  
 „Anschonungs- und Ideentum des deutschen Proletariats so gewaltig  
 erweitert hat. Wie verdienstlich und notwendig jede gewerkschaftliche  
 und politische Kleinarbeit ist, braucht hier nicht ausdrücklich hervor-  
 gehoben zu werden; daß aber die Verbreitung des spezifisch social-  
 istischen Geistes, die Pflege der socialistischen Gedankenwelt, kurz  
 die principielle Agitation in Wort und Schrift von der ungeheuersten  
 Bedeutung für die socialdemokratische Bewegung ist, dürfen unsere  
 Andenken zur Genüge bewiesen haben. Gerade die Waise regt  
 dazu an, die alten Agitationshefte wieder einmal hervorzuholen.

### Mai-Gedanken.

#### Wirtschaftliche Wusblide.

Seit zulezt die deutsche Arbeiterklasse ihren Waiseiertag beging,  
 lobt, immermehr an Heftigkeit sich steigend, der Kampf um die  
 weitere Mäßigung der Handelspolitik. Das Junkertum steht sich in seiner  
 Machtstellung als Weyher des einst wichtigsten aller Produktions-  
 mittel, des Ackerbodens, durch die Entwicklung der Industrie  
 und die Konkurrenz neuentstandener Agrarländer bedroht und  
 kämpft mit Aufgebot aller ihm verbliebenen Kräfte für  
 die Aufrechterhaltung seiner wirtschaftlichen Position und  
 seiner Vorrechte. Verlangend blüht es auf jene ganz- und halb-  
 feudalen Zeiten zurück, wo noch die wichtigsten Lebensmittel des  
 Volkes, Getreide und Fleisch, von Jahr zu Jahr im Preise stiegen,  
 wo noch, an ihrer Scholle gebannt, Kleinbauer und Landarbeiter  
 sich geduldig der Willkür des im Staat und in der Gemeinde  
 gebietenden Edelmannes unterordneten, der frei auf seinen  
 Herrenstuhl sich nach Junter Art mit Jagd und Spiel, mit  
 höchsten Diensten und froher Bekehrte die Zeit vertrieb. Und  
 an der Seite des Junkertums kämpft, wenn es auch nicht alle seine  
 Forderungen unterstügt, das industrielle Schlotjunkerthum, das eben-  
 falls hohe Zölle fordert, um durch Kartelle und Syndikate die Preise  
 seiner Fabrikate auf dem Auslandsmarkte hochzutreiben, dem deutschen  
 Konsumenten die Kosten seines Weltkampfes auf dem Weltmarkt auf-  
 erlegen zu können und zugleich die Hilfe des Großgrundbesitzes zu  
 dem Zweck zu gewinnen, durch staatliche Nachmittel den  
 Emancipationskampf des erwachten Proletariats niederzuhalten.

So wagt der Kampf, in dem es sich nicht nur um etwas  
 niedrigeres oder höhere Zölle, nicht nur um Wertenernung der not-  
 wendigsten Lebensunterhaltsmittel des Volkes handelt, sondern zu-  
 gleich um die Abwehr des Versuchs des Acker- und Schlotjunker-  
 tums, seine Machtstellung zu verstärken, sie mit neuen ökonomischen  
 Wällen zu umgeben, um desto sicherer die Waise in alter  
 Arbeitsfrou erhalten zu können. Auf der einen Seite  
 steht der Junker- und Fabrikjunkerthum, auf der anderen  
 im Vordertreffen die Socialdemokratie und weiter zurück die  
 Vertreter des Großhandels, der Exportindustrie und der  
 Finanz. Doch verschiedene sind die Motive, welche die Social-  
 demokratie und die letztgenannten Parteien zum Widerstand gegen  
 die junkerlichen Zollpläne treiben. Wie immer ist es auch diesmal  
 allein die Socialdemokratie, die im Interesse der Arbeiter und ihrer  
 Lebenshaltung den Kampf führt; bei den anderen folgenartigen  
 Parteien sind es kapitalistische Bedenken, die Befürchtung, daß die Er-  
 höhung der Zollschranken Handel und Schiffahrt beeinträchtigen, Roh- und  
 Halbstoffe, Werkzeuge und Maschinen verteuern und fremde Länder  
 zu Gegenzollmaßnahmen reizen werden.

Und noch ein wichtigerer Unterschied trennt uns von den anderen  
 Parteien. Ist für diese die Abtragung der Zollschranken der eigen-  
 tliche Zweck, so gilt sie der Arbeiterpartei nur als eine Etappe auf  
 dem Wege zu einem weit höheren Ziel, das jenseits von Schutzzoll  
 und Freihandel liegt: zur Erzeugung der heftigen kapitalistischen Aus-

beutung durch die socialistische Wirtschaft, die weder das Lohnsystem,  
 noch eine Handelsware und einen Handelsbetrieb im heutigen  
 Sinne kennt.

Der Augenblick fordert sein Recht. Zunächst gilt es den Angriff  
 des Großgrundbesitzes und der Großindustrie auf die Lebenshaltung  
 des Volkes zurückzuschlagen und diesen die Bedingungen für ein  
 weiteres Fortschreiten zu sichern; aber thöricht wäre es, über den  
 Tageskampf das über diesen weit hinausragende Ziel und den Weg,  
 der zu ihm führt, zu vergessen, hat doch dieses Ziel  
 auch unsre Stellungnahme zu den heutigen Tagesfragen zu  
 bestimmen. Und besonders am Waiseiertag der Arbeit  
 geriebt es sich, den Blick hinauszurichten über den augenblicklichen  
 wirtschaftlichen Kampf hinweg zu der sonnigen Höhe, die es zu er-  
 klären gilt.

Was ist unter dem heutigen Gesellschaftszustand der Frei-  
 handel? So fragte einst Marx, als in England der Kampf gegen  
 die Kornzölle tobte und die industrielle Bourgeoisie der Arbeiter-  
 schaft den Freihandel als den Weltfrieden und die wirt-  
 schaftliche Harmonie anpries, und Marx antwortete: „Die  
 Freiheit des Kapitals. Habt Ihr die paar nationalen Schranken,  
 die noch die freie Entwicklung des Kapitals einengen, eingerissen,  
 so habt Ihr lediglich seine Thätigkeit völlig entfesselt. So lange Ihr  
 das Verhältnis von Lohnarbeit zu Kapital fortbestehen laßt, mag  
 der Austausch der Waren sich immerhin unter den günstigsten Be-  
 dingungen vollziehen, es wird stets eine Klasse geben, die ausbeutet,  
 und eine, die ausgebeutet wird... Man nehme einen Augenblick  
 an, daß es keine Kornzölle, keine Gemeindef- und keine  
 Staatszölle mehr giebt, mit einem Worte, daß alle  
 Nebenstände, welche der Arbeiter heute noch für die  
 Ursachen seiner elenden Lage halten kann, vollständig ver-  
 schwunden sind, und man wird ebenso viele Vorhänge zerrissen  
 haben, welche seinen Augen den wahrhaften Feind verhüllten. Er  
 wird sehen, daß das freigeordnete Kapital ihn nicht minder zum  
 Sklaven macht, als das durch Zollschranken belästigte.“

Seitdem haben Englands Handelskrisen, seine erbitterten Kämpfe  
 zwischen Unternehmer- und Arbeiterschaft zur Genüge bewiesen, wie  
 es um die durch den Freihandel bewirkte wirtschaftliche Harmonie  
 bestellt ist, und den freihändlerischen Weltfrieden illustrieren treffend  
 die im letzten halben Jahrhundert von England in allen Weltteilen  
 geführten Kriege — nicht zuletzt der jetzige Kampf in Südamerika.  
 Wendet doch der Freihandel an dem Besitze der kapitalistischen Welt nicht  
 das geringste an jenem Widerspruch, daß nicht der gesellschaftliche Be-  
 darf, sondern der individuelle Profit, die Rücksicht auf gewinn-  
 bringende Verkauflichkeit des Produkts die Produktion be-  
 stimmt, an jenem Wahnsinn, daß nicht nach einem ein-  
 heitlichen Plan unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen  
 Bedürfnisse produziert wird, sondern jeder einzelne Produzent  
 fabriziert, was ihm nach seinem individuellen Gutdünken veränlich  
 erscheint, und es dann den der kapitalistischen Warenproduktion  
 imwohnenden Gesetzen überlassen bleibt, durchzittern wieder das  
 gesamte Wirtschaftsleben auswühlende Stürmen und Vaufröte, durch  
 die tägliche Vernichtung unzähliger wirtschaftlicher Existenzen, in  
 die chaotischen Marktverhältnisse so viel Ordnung zu bringen,  
 daß eine, wenn auch fortwährendem Schwanken ausgelegte  
 Weiterproduktion ermöglicht wird. Und ebensowenig ändert  
 weder Schutzgoll noch Freihandel etwas an dem Lohnsystem, an der  
 Thatfache, daß wie das erzeugte Produkt so auch die Arbeitskraft  
 zu einer auf öffentlichem Markt gehandelten Ware geworden ist,  
 im Preis bestimmt durch Angebot und Nachfrage, wie andre Waren  
 auch — und mit seiner Arbeitskraft zugleich der Mensch selbst, ja  
 nicht selten sein Gewissen und seine Ueberzeugung, Ehre und Recht,  
 Verkauft wird alles; selbst das Licht des Himmels  
 Ist feil; — der Erde reiche Liebesgaben,  
 Die kleinsten und verächtlichsten Geschöpfe,  
 Die in der Tiefe dunklem Abgrund haften,  
 Des Lebens Notdurft, ja das Leben selbst,  
 Das Scherstein Freiheit, welches die Gehege  
 Uns gönnen, der Verlechte mit ihren Vätern,  
 Die Pflichten, die aus Menschenliebe schon  
 Zu üben uns das Herz ernähren sollte,  
 Sind käuflich wie auf öffentlichem Markt,  
 Und unverschämte Selbstsucht zeichnet jedes  
 Mit seinem Preis, dem Stempel ihrer Herrschaft.

Preis und Profit, sie sind, soweit überhaupt von einer Regelung  
 gesprochen werden kann, die Regulationsmittel der heutigen Wirt-  
 schaft. Hunderttausende von Arbeitern verlangen nach Arbeit, und  
 so mancher leert Tag für Tag mit demselben negativen Ergebnis  
 von der Arbeitsuche zurück, während das Kapital nach billiger  
 Kinderarbeit schreit und durch die Not die Eltern zwingt, ihre Kinder  
 in die Fabrik zu schicken; ein Widerstrom zwar, ein wirres Wuchern  
 mit der Volkskraft, dem kräftigen Mann die Arbeit zu verlangen  
 und Kinder in das Arbeitsjoch zu spannen, doch der Profit ver-  
 langt es.

Schwer überfüllt sind die Verkaufsmagazine, indes Millionen  
 das Nötigste entbehren und sehnlichst durch die großen Scheiben  
 blicken, hinter denen sie finden, was sie entbehren. An Produkten,  
 ihren Bedarf zu befriedigen, fehlt es nicht; und wäre es selbst der  
 Haß, noch unendlich ließe sich die Produktion ausdehnen, noch ver-  
 langen Hunderttausende nach Arbeit, und auch das nötige Kapital  
 fehlt nicht — aus Mangel an Gelegenheit zur An-  
 lage würgt es sich auf fremde Anleihen und verschafft  
 Despoten die Mittel, ihr volkseindliches Regime fortzuführen.  
 Doch der Profit fordert Einschränkung der Produktion, denn es fehlt  
 der Waise an Kaufkraft, da sie in ihrem Lohn nur einen Teil des  
 Wertes erhält, den sie täglich schafft. Und während das eigne Volk  
 darbt, fordert gebietend das Kapital von der in seinen Diensten  
 stehenden Staatsgewalt die Eroberung ferner Kolonien, damit es



rt Gelegenheit zu vorteilhafter Anlage findet und dem Ager und Malaien die Abnahme des Warenüberflusses und die Kulturbedürfnisse aufzuwingen vermag, deren Befriedigung es der eignen Volksmasse verjagt.

Der Handel stempelt mit der Selbstsucht Marke,  
Dem Siegel allbelebender Gewalt,  
Ein glänzendes Metall und nennt es Gold.  
Vor seinem Bild neigt sich die niedere Größe,  
Der eitle Reichtum, der gemeine Stolz,  
Die Fabelbrut der Bauern, Adligen,  
Der Priester und der Könige; sie ehren  
Verblendeten Sinnes allzumal die Macht,  
Die sie hinabtritt in des Glends Staub.  
Denn in dem Tempel ihres feilen Herzens  
Ist ein lebend'ger Gott das Gold und herrscht  
Ob allem Irdischen . . .

Das sei nun einmal so, ein Naturgesetz — verstanden die Vordrüber des Kapitalismus; immer hätte es Reiche und Arme, Kapitalisten und Arbeiter gegeben, immer auch hätte Not und Glend existiert. Das ist nichts als ein auf die Unbekanntheit der Masse mit früheren Wirtschaftsformen spekulierendes Gerede. Die Wirtschaftsgeschichte weist einen mannigfachen Wechsel der Wirtschaftssysteme auf, und neben Stufen mit mehr oder minder primitiven Anlagen einer kapitalistischen Wirtschaft finden wir andre mit kapitalistischen Produktionsweise anbetreffend, so ist sie in Deutschland kaum einige Jahrhunderte alt, in ihrer modernen, auf dem Maschinenbetrieb beruhenden Form, kaum ein Jahrhundert — eine minimale Zeitspanne im ungeheuren Entwicklungslauf der Menschheit. Wohl gab es auch früher Glend und Not; aber im Gegensatz zur heutigen Wirtschaftsweise entsprang sie — und das ist das Entscheidende — der Unzulänglichkeit der damaligen Produktions- und Verkehrsmittel, der Rückständigkeit der Technik, Stürmen, Ueberschwemmungen, Missernten. Heute aber entspringt das Glend der unteren Klassen nicht der zu geringen Ertragsfähigkeit der Produktion, sondern ihm Gegenteil dem Ueberfluß, der Ueberproduktion, der infolge der kapitalistischen Ausdehnung einer nicht in gleichem Maße gestiegene Konsumtionskraft der Volksmasse gegenübersteht. An dem Arbeiter, der inmitten des industriellen Betriebes steht, der sieht, wie nicht Produktionsmangel, vielmehr Ueberfüllung der Märkte die Wirtschaftsstörungen der besten aller Welten hervorruft, prallt deshalb auch das Gaukelspiel der Worte kapitalistischer Schönredner wirkungslos ab. Sein eignes Leben lehrt ihn das Gegenteil, und vergift er es im Strudel des Aufschwunges, predigt es ihm um so deutlicher die nachfolgende Krise mit ihrem Gefolge von Arbeitslosigkeit und Glend.

Allein der Arme, dessen Leben Glend  
Und Angst und Sorge, den der Morgen weckt  
Nach Brot nur wimmern hört und nichts erblickt,  
Als ihrer Mutter klaglos bleiches Antlitz,  
Des Reichen stolz gebieterisches Auge,  
Und, ach! Das Jammerbild von Tausenden,  
Gleich ihm verwaist, — ihn kümmert wenig nur  
Das Wortgepräng' der Tyrannen; sein Haß  
Ist mannselbstlich wie sein Leid; er laßt  
Des höhnisch eiteln Gaukelspiels der Worte. . . .

Allerdings es giebt kein Zurück zu früheren kommunikativen Wirtschaftsformen, ebensowenig aber ein Stehenbleiben. Vielmehr beweist der bisherige Entwicklungslauf, daß, wenn eine Wirtschaftsweise sich überlebt hat, wenn die von ihr entwickelten Produktivkräfte über ihre eignen Betriebsformen hinauszuwachsen beginnen, sie einer höheren Wirtschaftsweise weichen muß. Und bereits sehen wir die von der kapitalistischen Wirtschaft entfalteten Produktivkräfte gegen ihre eignen Gesetze revoltieren, sehen wir, wie sich immer größere Produktionsgesellschaften bilden: Trusts, Syndikate, Riesenkartelle, die, wenn auch vorerst lediglich zum Vorteil Weniger, selbst das Fundament der kapitalistischen Wirtschaft, die freie Konkurrenz, aufzuheben streben. Es geht vorwärts; und deutlich zeigen sich auch schon die Umrisse einer neuen Wirtschaftsweise, in der nicht die sich widerstrebenden Profitinteressen der Einzelnen, sondern der Bedarf und der Nutzen der Gesamtheit über die Produktion entscheiden: einer Wirtschaftsweise von der einst unsere Nachkommen mit derselben Empfindung auf das heutige wirtschaftliche Chaos zurückblicken werden, wie wir auf den zünftlichsten Zwerghandwerksbetrieb des Mittelalters.

Ein schöner Morgen wird der Menschheit tagen,  
Wo jeder Lauch der Gaben der Natur  
Ein Austausch guter That und Rede ist;  
Wo Reichtum, Armut und der Durst nach Ruhm,  
Die Furcht vor Schande, Siedum und Bederven,  
Des Krieges Schreden und der Hölle Graus  
Nur im Gedächtnis leben wird der Zeit,  
Die, gleich der reuigen Sünderin, erschauernd  
Rückblicken wird auf ihrer Jugend Tage.

Doch mag auch die wirtschaftliche Entwicklung selbst die Bedingungen liefern, nicht ohne Kampf, ohne Kämpfe, aufreibende Ueberwindung unzähliger Hindernisse führt der Weg an das erstrebte Ziel. Seit bei der Jahrhundertfeier der großen französischen Revolution der Weltfeiertag der Arbeit beschloffen wurde, hat der Maibaum der deutschen Arbeiterschaft, obgleich ihn oft die Winde hart umtost haben, nicht nur seine Krone höher und höher emporgerückt, sondern auch neue Triebe angelegt; jedoch das beschwerlichste Ende des Stieles, auf die Höhe führenden Weges liegt noch vor uns, und manchen Widerstand gilt es noch niederzuwerfen, bis wir endlich auf sonniger Höhe ein andres, herrlicheres Malenfest feiern können: das Siegesfest des Sozialismus. Sei es darum; Kämpfen heißt Leben. Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben,  
Der täglich sie erobern muß.

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 30. April.

### Der Reichstag

erledigte am Mittwoch die dritte Lesung des Gehilrentarifs für den Nord-Ostseeanal und des Nachtragsetats, ferner 4 Wahlprüfungen gemäß den Kommissionsbeschlüssen.

Sodann wurde die zweite Lesung der Serbistatufs vorgenommen. Bekanntlich hat die Kommission beschlossen, von allen Aenderungen der Masseneinteilung, wie sie die Regierungsvorlage vorschlug, abzusehen und nur die fünfte Klasse aufzuheben. Außerdem wird die Regierung in einer Resolution angefordert, die Neuregelung des Wohnungsgeld-Zuschusses bis 1904 vorzunehmen. Von freistimmiger Seite lag ein Antrag vor, der schon in der Kommission von der Mehrheit abgelehnt war, die Aenderung der Ortsklasseneinteilung schon jetzt nach der Regierungsvorlage vorzunehmen, sie aber nur für die Bemessung des Wohnungsgeld-Zuschusses verbindlich zu machen, die jetzige Serbis-Einteilung also bestehen zu lassen. Graf Posadowsky hat den Termin der Neuregelung der Masseneinteilung für den Wohnungsgeldzuschuß bis 1906 hinauszurücken, weil die Vorarbeiten nicht bis 1904 erledigt werden könnten. Auf diesen

Wunsch ging aber niemand weiter ein. Genosse Zubeil kritisierte die Arbeitsunlust der Mehrheit der Kommission, die 400 Petitionen in den Papierkorb geworfen hätte. Um den neuen Zolltarif zu erledigen, bewilligte man sich sogar Diäten und die Zucker- und Branntweinsteuer-Vorlage sollten noch in aller Eile erledigt werden. Schließlich wurden die Kommissions-Anträge gegen unsere Stimmen unberändert angenommen. Am Donnerstag ist Schwerinstag. Das Ritterische Gesetz zum Schutz des Wahlgeheimnisses soll in zweiter Lesung beraten werden und die zweite Beratung des Toleranzantrages des Centrums fortgesetzt werden. Graf Vallasstrem kündigte gleichzeitig an, daß er am Freitag die zweite Lesung der Diätenvorlage für die Zolltarifkommission vornehmen lassen wolle und den Montag für die erste Lesung der Vorlage betreffend die Zuckerkonvention und Zuckersteuer in Aussicht genommen habe. Herr v. Kardoff machte in ungeschickter Geschäftsordnungs-Vermittlung kein Hehl daraus, daß ihm diese Taktik wenig zu Gefallen ist. Er fürchtet, daß die Linke der Branntweinsteuer-Nobelle große Schwierigkeiten in den Weg legen würde und möchte deshalb gern den Trumpf der Zuckerkonventions-Vorlage so lange in der Hand behalten, um etwaigen Obstruktionsversuchen der Linken mit der Ankündigung von Nachmaßnahmen bei der Zuckersteuer dienen zu können. Die Entscheidung wird erst am Sonnabend erfolgen, wenn es sich um die definitive Festsetzung der Tagesordnung für den Montag handelt. —

### Der Freispruch in Gumbinnen.

Das Justizdrama in Gumbinnen, das aus der Ermordung des Rittmeisters v. Krosigk erwuchs und mehr als Jahresfrist die gesamte Öffentlichkeit in ungehenerer Spannung erhielt, hat endlich den Ausgang gefunden, den es finden mußte, wenn nicht die elementarsten Rechtsnotwendigkeiten dem Götzen einer sinnlosen militärischen Disziplin geopfert werden sollten.

Warten und Hidel, die beiden Angeklagten, sind vom Oberkriegsgericht freigesprochen worden. Der Freispruch ist erfolgt auf Grund desselben Thatbestandes, der dem Todesurteil des früheren Oberkriegsgerichts gegen Warten zu Grunde lag. Das Gericht hat in seinem Urteil erklärt, wohl lägen Verdachtsgründe gegen Warten vor, aber ein Beweis seiner Schuld sei nicht geführt. Das Gericht hat sich auch nicht zu dem juristisch heillosen Ausflusmittel drängen lassen, das der Vertreter der Anklage vorschlug, der eine Verurteilung wegen Totschlags forderte, weil er zurückträte, die Todesstrafe zu beantragen.

Wenn der Freispruch überall wie Befreiung von einem bedrückenden Alp empfunden wird, so zeigt dies nur, wach geringes Vertrauen in die militärische Rechtsprechung allenthalben im Lande herrscht. Denn bei dem Beweismaterial, das durch die Anklagebehörde vorgebracht worden ist, hätte von vornherein eine Verurteilung als gänzlich ausgeschlossen, ja die Erhebung der Anklage unmöglich sein müssen. Und unvergessen werden bleiben alle die einzelnen Momente in diesem Militärprozess, die seit Jahresfrist die öffentliche Kritik so lebhaft herausgefordert haben; unvergessen bleibt insbesondere die Schädigung des geordneten Rechtsverfahrens durch das Eingreifen des Gerichtsherrn, der den freigesprochenen Hidel, nach der Ueberzeugung der besten juristischen Sachkenner unberücksichtigt sofort wieder verhaften ließ und seine Ansicht von der Schuld der Angeklagten — an deren Nachweis er als Verantwortlicher für die Disziplin in seiner Truppe ein eigenes Interesse hatte — derart zum Ausdruck brachte, daß eine beeinflussende Wirkung auf die Richter des ersten Ober-Kriegsgerichts eintreten mußte und wirklich im Todesurteil zum Ausdruck gelangte.

Wie jenes falkde Todesurteil nicht unberührt durch die Macht des militärischen Gerichtsherrn geblieben ist, so ist kein Zweifel, daß der jetzige Freispruch vornehmlich dem mächtigen Eingriff der öffentlichen Ueberzeugung zu verdanken ist. Nicht als hätten die Militärrichter sich in ihrer eignen Urteilsfindung beirren lassen. Aber angesichts der allgemeinen Verurteilung jenes auf Grund gänzlich unzureichender Verdachtsgründe gefällten Todesurteils, angesichts der Entrüstung in der Presse und im Parlament konnten auch die militärischen Kreise sich nicht der Lehre verschließen, daß Recht und Disziplin zweierlei bleiben müssen, daß nicht aus Disziplingründen ein Urteil ergehen muß, das dem Rechte zuwiderläuft. Die dem Militärangestrich abgetrochene und ungenügend noch immer nur gänzlich ungenügend hergestellte Oeffentlichkeit des Militärprozesses hat gute Frucht getragen, indem die Rechtsüberzeugung des Volkes sich dem unberechtigten Todesurteil widersetzen konnte. Wer wollte zweifeln, daß ohne diese Oeffentlichkeit das Schicksal der Angeklagten längst besiegelt gewesen wäre. Dieser an tragischen Wandlungen so reiche Prozess zeigt, wie unendlich notwendig die Reform des Militär-Strafprozess-Verfahrens gewesen ist, und wie notwendig es ist, diese Reform gründlich weiterzuführen.

Dieser Prozess ist aber zugleich eine ernste Mahnung gegen den Fortbestand der Todesstrafe. Nur aus formalen Gründen wurde nach dem Todesurteil der Prozess durch das Reich-Militärgericht zur nochmaligen Verhandlung gebracht. Ohne jene formalen Verträge wäre das Todesurteil endgültig gewesen und vielleicht zur Ausführung gelangt. Dreimal wurde ein Urteil ausgesprochen: erst Freisprechung, dann das Todesurteil, dann wieder Freispruch. Wenn so verschieden die richterliche Ueberzeugung auf Grund des gleichen Thatbestandes sich gestaltet, dann ist es ein ungeheurerlicher Zustand, die mittelalterliche Strafart der Lebensverächtung beizubehalten.

## Deutsches Reich.

### Die Zuckersteuervorlage

ist dem Reichstag zugegangen. Das Gesetz entspricht der Brüsseler Konvention. Es hebt die Ausfuhrprämien, die Bestimmungen über die Kontingentierung, die Zuschläge zur Verbrauchsabgabe und den Einfuhrzoll auf, die Zuckersteuer wird von 20 auf 16 M. für den Doppelcentner ermäßigt. Das Gesetz soll gleichzeitig mit der Brüsseler Konvention in Kraft treten, deren Bestimmungen über den Ueberzoll zur Folge haben, daß der bisherige Einfuhrzoll von 40 M. auf 20,40 für Rohzucker und 20,80 für Raffinade herabgesetzt werden muß.

Die Nobelle steht in anerkanntemwichtigen Gegensatz zu der Politik des Zolltarifs. Die gemeingefährliche Kartellpolitik und der infolge der Zuckersteuer-Gesetzgebung drohende Ruin der Zuckerindustrie nötigen zum Einlenken in vernünftigeren Bahnen. Freilich droht die Begründung mit weiteren Reformen, die fast so aussehen, als ob sie den Fortschritt dieser Vorlage wieder aufheben sollen. Im übrigen urteilt die Begründung sehr scharf über die Kartellpolitik, die den Zulandzucker wucherisch verteuert hat.

Wir kommen auf die Vorlage noch des näheren zurück, die den Zorn der Agrarier so sehr erregt hat, daß sie entschlossen sind, gegen sie die Obstruktion anzuwenden. Die Deutsche Tageszeitung wiederholt heute ihre Drohung, die Agrarier würden sich aller zulässigen und lokalen parlamentarischen Mittel bedienen, um zu verhindern, daß eine Frage von so eminenter Wichtigkeit über's Anie gedrohen werde. Das kann interessant werden. —

### Eine Maidemonstration — im Reichstag.

Schandernd verländet das „Berliner Tageblatt“ Moses das Ungeheuerliche der erlassenden Welt: Eine Reichstags-Kommission hat für das Malenfest demonstriert! Dieses „freisinnige“ Blatt, das sich immer noch nicht mit der „Post“ und „Staatsbürger-Zeitung“ — wahrscheinlich aus rituellen Bedenken — verschmolzen hat, fürchtet die Malenfeier so heftig wie nur je ein Ochs das Morgenrot angebrüllt hat.

In der Petitionskommission bestand die Absicht, am 1. Mai die nächste Sitzung abzuhalten. Die durch 5 Mitglieder vertretenen Sozialdemokraten machten darauf aufmerksam, daß sie an diesem Tage wegen der Malenfeier nicht anwesend sein könnten. Die Kommission trug selbstverständlich diesem Wunsch Rechnung und verschob die Sitzung auf einen andren Tag.

Das „V. T.“ kann dies fürchterliche Ereignis nicht fassen. Schäumenden Mundes tobt es:

„Ein Beschluß, der seinesgleichen sucht, ist gestern in der Petitionskommission des Reichstags gefaßt worden: Die Vertreter der bürgerlichen Parteien haben die sozialdemokratische Malenfeier als offiziellen Festtag anerkannt! — Die bürgerlichen Parteien haben mit ihrem Beschluß eine parteipolitische Demonstration, die sich gegen die heutige Gesellschaftsordnung, also gegen die bürgerliche Gesellschaft selbst richtet, sozusagen als berechtigt anerkannt, indem sie sie mit den von alters hergebrachten religiösen Festen auf eine Stufe stellen.“

Das Mosse-Organ hat natürlich keinen Sinn für Selbstverständlichkeiten des Anstands. Dafür aber hat es sich von der „Post“ den Schleifflein geliehen und läßt die Funken der Scharfmacherei in maccabäischer Schlachtwut sprühen.

Welch' eine Schlappheit der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber der Revolution!

Wir verlangen von der liberalen Bourgeoisie nicht, daß sie einiges Verständnis für unser großes Weltfest der Humanität hat, aber sie sollte doch nicht derartige Kindereien treiben.

Vielleicht wird das „Berliner Tageblatt“, das in tiefer Ehrlichkeit die Gleichordnung des 1. Mai mit den religiösen Festen zurückweist ein wenig beruhigt, wenn wir ihm veraten, daß ähnliche Verbrechen des öfteren geschehen. Nicht nur hat die Budgetkommission am 1. Mai mit Rücksicht auf die ferngehaltenen Mitglieder die Sitzung ausfallen lassen, sondern am Donnerstag läßt noch eine Kommission des Reichstags ihre Sitzung ausfallen, weil — die Centrumsfraktion — Mitschuldige der Malenfeier — an diesem Tage ein — Fraktionsessen — veranstaltet. Die Petitionskommission hat übrigens auch in der vorigen Woche eine Sitzung ausfallen lassen, weil an diesem Tage in der Hedwigskirche das Hochamt für den verstorbenen Abgeordneten Dr. Lieber stattfand. Sehr lustig ist es, daß das freisinnige „Berl. Tagebl.“ sich von der „Kreuz-Zeitung“ über parlamentarische Auslandsbesuchen belehren lassen muß, die das Verhalten der Petitionskommission für ganz selbstverständlich hält.

Es scheint, als ob das „Berl. Tagebl.“, seitdem wir die freisinnigen Zeitungen im Fall Kaufmann angebedt haben, den dringenden Wunsch hat, daß die Sozialdemokratie mit Stumpf und Stiel ausgerottet werde.

Dem „M.“ aber empfehlen wir den Kriegszug des „Berliner Tagebl.“ gegen die reichstägliche Maidemonstration angelegentlich. —

### Die Wiederdiäten in der Budgetkommission.

Das Verhalten der Zolltarif-Mehrheit in der Diätenfrage läßt zur Unwürdigkeit dieses kläglichen Geschäfts den Fluch der Käherlichkeit.

Die Budgetkommission verhandelte am Mittwoch über die Diäten für die Zolltarif-Kommission. In der Generaldiskussion stellte zunächst Abg. Dr. Barth (fr. Bg.) den prinzipiellen Antrag, über die Vorlage nicht eher zu verhandeln, als bis der Bundesrat sich zu dem vom Reichstag mit großer Mehrheit angenommenen Antrag Gröber auf allgemeine Diäten offiziell geäußert habe. In einer längeren Debatte wurde der Antrag Barth von der Mehrheit als nicht geschäftsmäßig bezeichnet, weil das Plenum der Kommission mit der bestimmten Aufgabe betraut habe, den von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurf betr. die geschäftliche Behandlung des Zolltarifs zu beraten.

Abg. Richter (fr. Bg.) griff nun den Antrag Barth wieder auf, indem er vorschlug, denselben dem Plenum als Resolution vorzuliegen. Daß dieser Vorschlag geschäftsmäßig sei, wurde von seiner Seite bestritten. Beide Anträge aber wurden gegen die acht Stimmen der Sozialdemokraten, der Freisinnigen und der Antisemiten abgelehnt.

In der Specialdiskussion stellte der Abg. Webel (Soz.) den Antrag, an Stelle der Regierungsvorlage die folgenden beiden Paragraphen zu setzen:

§ 1. Der Artikel 32 der Verfassung des Deutschen Reichs (der den Reichstags-Mitgliedern verbietet, als solche eine Befolgung oder Entschädigung zu beziehen) wird aufgehoben. An dessen Stelle tritt § 2 des gegenwärtigen Gesetzes.

§ 2. Die Mitglieder des Reichstags erhalten aus Reichsmitteln, während der Legislaturperiode, und zwar so lange der Reichstag versammelt ist sowie acht Tage vor Eröffnung und acht Tage nach Schluß desselben freie Fahrt auf den Eisenbahnen und für die Dauer ihrer Anwesenheit in Berlin Anwesenheitsgelder in Höhe von 20 M. für den Tag. Der Anwesenheit in Berlin steht es gleich, wenn der Abgeordnete durch Arbeiten für den Reichstag verhindert ist, in Berlin anwesend zu sein.

Von den Anwesenheitsgeldern werden die Tagegelder abgerechnet, welche ein Mitglied des Reichstags in seiner besonderen Eigenschaft als Mitglied eines deutschen Landtags für dieselbe Zeit bezieht.

Die näheren Bestimmungen erläßt der Präsident des Reichstages.

Diese Anträge entsprechen auch dem im vorigen Jahre vom Reichstag beschlossenen Diätenantrag Gröber.

Von der Linken wurde auf die großen Schwierigkeiten hingewiesen, die die praktische Ausführung der Regierungsvorlage mit sich bringen würde. Das Pauschquantum wurde als zu hoch bezeichnet. Es bedeuete unter Umständen 50 M. Diäten pro Sitzung. Abg. Richter (fr. Bg.) stellte in Verfolg dieser Ansicht den Antrag, 20 M. pro Sitzung zu gewähren. Vom Abg. Bassermann (natl.) wurde der Zusatz beantragt, daß hiervon die Diäten der Mitglieder der Einzelmandtage abzuziehen seien.

Je mehr die Beratung fortschritt, desto größere Schwierigkeiten zeigten sich in Bezug auf die praktische Durchführung auch unter der Voraussetzung der Annahme der Anträge Richter und Wassermann. Wer sollte die Diäten anweisen? Dem sollen die Diäten anweisen werden? Die Verteilung des Pauschquantums würde namentlich dann schwierig sein, wenn der Antrag Wassermann, die Tagegelder der Einzelmandtage abzuziehen, angenommen würde.

Abg. Stadhagen (Soz.) stellte den Antrag, die Vorlage erst mit dem Tage in Kraft treten zu lassen, an welchem der Antrag Gröber die verfassungsmäßige Zustimmung des Bundesrats gefunden haben werde. — Die Anträge der Linken werden namentlich vom Centrum lebhaft bekämpft.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Webel gegen 7 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmen die Sozialdemokraten, die freisinnige Volkspartei und der Antisemit. Abg. Dr. Barth enthält sich der Stimme. Mit derselben Majorität wurde der Antrag Stadhagen abgelehnt. Der Antrag Richter, 20 Mark Anwesenheitsgelder pro Sitzung zu zahlen, unter Abzug der Tagegelder der Einzelmandtage, wurde gegen 8 Stimmen abgelehnt; ebenso ein nachträglich gestellter Antrag Richter, in die Vorlage die Worte einzufügen: „unter Abänderung des Artikels 32 der Verfassung“.



Angenommen wurde ein Antrag Richter, dem Präsidenten die Bestimmungen über die Verteilung des Paßquantums zu überlassen. Angenommen mit 16 Stimmen wurde ein Antrag Baffermann, daß die Tagesgelder, die die Mitglieder der Kommission als Mitglieder der Einzelkammer beziehen, von dem Paßquantum abgezogen werden. Mit der gleichen Majorität angenommen wurde ein Antrag Baffermann (nat.), das in der Regierungsvorlage vorgesehene Paßquantum von 2400 Mark auf 3000 Mark herabzusetzen.

Mit dem mündlichen Referat an das Plenum wurde der Abgeordnete v. Thiedemann (Nv.) betraut. Die nächste Sitzung der Kommission wurde auf Wunsch der Sozialdemokraten auf Freitag anberaumt. Zur Beratung kommt die afrikanische Bahn.

**Aus der Zolltarif-Kommission.** Bei Fleisch, Mehl und frischer Wadware läßt der bestehende Zolltarif für den Grenzverkehr Erleichterungen zu: Mengen von 3 Kilogramm (bei Fleisch von 2 Kilogramm) sind zollfrei. Der Bundesrat kann im Fall eines Mißbrauchs diese Zollbegünstigung örtlich aufheben oder beschränken. Diese Vorschrift ist den Zollnern verhaßt, weil die starke Vermengung dieser „Begünstigung“ deutlich zeigt, wie durch den Zoll die Waren von drüben haben verteuert werden. Die Vorlage des Reichsamts des Innern streicht deshalb diese Erleichterungen für die zumeist recht ärmeren Grenzbevölkerung gänzlich. Der Bundesrat änderte die Vorschrift dahin ab, daß der Bundesrat beauftragt sein soll, für bestimmte Grenzstrichen im Fall eines örtlichen Bedürfnisses den Zoll außer Gehung zu lassen. Von sozialdemokratischer und freisinniger Seite vor Zollfreiheit im bestehenden Umfang, bezüglich über diesen hinaus für Waren bis 5 Kilogramm verlangt. Die Tarifkommission verwarf in ihrer Mittwochssitzung alle Anträge, die auf Zollfreiheit über das Maß der Regierungsvorlage hinausgingen. Daraus sind die Grenzbevölkerung schwerer geschädigt. Hervorzuheben ist die Bemerkung eines Regierungskommissars, er müsse dem Abg. Fischer-Sachsen zugeben, daß ein Mißbrauch nicht vorgekommen sei, aber der Gebrauch des Rechts gehe — bis an die Grenzen des Mißbrauchs. Heilige Logik!

Die Tarifpositionen 198 und 199 (Zeig, Rudeln, Oblaten) wurden noch über den Regierungsvorschlag hinaus mit 25 M. verzollt. Bei den ferner beratenden Positionen 202—205 (Schokolade, Margarine, Margarineläse, Kunstseife) wurden die Zollsätze der Vorlage genehmigt. Einen ganz neuen Schutz für den armen Mann schlug Herr von Wangenheim vor: Kunstseife sei billiger und schlechter als Butter, die der arme Mann wegen des hohen Preises sich nicht zulegen kann. Daher sei „zum Schutz des armen Mannes“ eine Verzollung, also Verteuerung des Kunstseife erforderlich. Er beantragte Verdoppelung des Zollsatzes von 10 auf 20 M. Sein Antrag wurde abgelehnt, die von der Regierung vorgeschlagene Erhöhung des Satzes auf 12,50 M. angenommen.

Dem Antrag, den Donnerstag sitzungsfrei zu lassen, widersprach der bei Stellung dieses Antrages ganz erregt gewordene Vorsitzende. Die große Mehrheit folgte ihrem Vorsitzenden. Trotzdem werden die Sitzungen der Sozialdemokraten in der Kommission auch am 1. Mai besetzt werden.

**Herabsetzung der Industriezölle.** Mit dieser Forderung suchen die Agrarier jetzt die industriellen Hochschützlinge ihren Ueberzoll zu machen. Das Agrarierblatt „Rheinische Volksstimme“ formuliert folgenden Grundsatz: vollkommene Parität im Ausmaß des landwirtschaftlichen und industriellen Zollschutzes! Auf die absolute Höhe der landwirtschaftlichen Zölle kommt es nicht an; sei der industrielle Hochschutz so viel höher, daß dadurch die Produktion in der Landwirtschaft um den dieser gewährten Schutz verleierte werde, so bleibe diese ungenügend gestellt. Um eine Parität herzustellen, gebe es nur zwei Wege: Erhöhung des landwirtschaftlichen Zollschutzes oder Herabsetzung der industriellen Zölle! Nach den Verhandlungen der Zolltarif-Kommission, so demonstriert das ultramontane Organ für Ueberzölle, müsse die Parität festgesetzt werden, daß der Landwirtschaft der für eine gleichberechtigte Konkurrenz mit der Industrie erforderliche Zollschutz verweigert bleibe. Daraus folge die unabwiesbare Konsequenz, die notwendige Parität durch eine starke Herabsetzung der industriellen Zölle herbeizuführen.

In einem zweiten Artikel heißt es dann zum Schluß: „Wir werden, nachdem durch die bisherigen Beschlüsse der Zolltarifkommission und der nunmehr einzuschlagende Weg klar vorgezeichnet ist, in einer Reihe besonderer Artikel diejenigen industriellen Schutzzölle im einzelnen erörtern, deren Herabsetzung unbedingt geboten ist, wenn die Parität zwischen Schutz der Industrie und dem der Landwirtschaft einigermassen hergestellt werden soll.“

Der Kampf um die Verteilung!

**Deutsche Kohlenstationen auf Haiti.** Washingtoner Berichte besagen, daß Kaiser Wilhelm kürzlich Gelegenheit genommen habe, dem Vorkämpfer des „Haiti“-Geschäfts zu erklären, Deutschland strebe nicht nach dem kleinsten Fußfelsen in Amerika. — Die letzte falsche Nachricht über die geplante Erwerbung einer Kohlenstation auf Haiti sei, so wird weiter gemeldet, offenbar dadurch entstanden, daß die Hamburger Dampferlinie eine Kohlenniederlage in Haiti suche für den Fall, daß Dänisch-Westindien, wo sich eine solche Niederlage befindet, amerikanisch werde.

**Das bayerische Schulbedarfs-Gesetz.** München, 29. April. (Fig. Ver.) In der bayerischen Abgeordnetenkammer wurde heute mit 81 gegen 70 Stimmen das Schulbedarfs-Gesetz zum Beschluß erhoben. Bei diesem Gelegenheitsgesetz, der seit Monaten das ganze Land, namentlich aber die Lehrerschaft in Aufregung erhält, hat das Centrum einmal von seiner Majorität den rücksichtslosesten Gebrauch gemacht und Dinge eingebracht, die mit dem Schulbedarf und der Lehrerbesserung absolut nichts zu thun haben. So wurde eine Bestimmung aufgenommen, die bestimmt ist, den als notwendiges Uebel geduldeten Simultanschulen den Todesstoß zu verfehlen. Nach einer weiteren Bestimmung können künftig die Städte angehalten werden, zur Erteilung des Religionsunterrichts Katecheten anzustellen und zu besolden, während bisher die Kirche dafür aufzukommen hatte. Die Kosten der Lehrerbesserung, die in der Hauptsache mit den Landlehrern zu gute kommen wird, sind zum größten Teil den Gemeinden aufgebürdet worden, denen der Minister ausdrücklich die Anstellung von billigen, d. h. weiblichen und köstlichen Lehrkräften empfahl!

Ueber die an interessanten Zwischenfällen reichen Verhandlungen wird an dieser Stelle in den nächsten Tagen noch ausführlich berichtet werden.

## Ausland.

### Die französischen Wahlen.

Paris, 28. April. (Fig. Ver.)

Die ersten, bis zur Stunde bekannten Wahlergebnisse machen denselben Eindruck, wie die Gemeindevahlen von 1900, die ja ebenfalls unter dem Ministerium der „republikanischen Verteidigung“ und wesentlich unter den gleichen Kampfpunkten ausgefochten wurden. Es zeigt sich, wie 1900, derselbe Gegensatz zwischen Paris und der Provinz: hier ein Vordringen des Nationalismus aller Schattierungen, dort ein Erfolg der ministeriellen Parteien und einige schwere Niederlagen der Führer des nationalen Kampfes.

Für die Pariser Wahlen ist es bezeichnend, daß von den 22 definitiven Ergebnissen, 17 auf die Nationalisten (worunter ein

Melun), vier auf die revolutionären Sozialisten (sämtlich Blanquisten) und nur einen auf einen übrigen nationalistic angehauchten Radikalen entfallen. Kein einziger eigentlich ministerieller Kandidat vermochte in Paris und Umgebung durchzudringen, und nur die antiministeriellen Sozialisten haben vier Siege gegen den den nationalisticen Aufsturm glänzend behauptet.

Am glänzendsten ist der Sieg des Genossen Vaillant, der mit 8745 Stimmen drei Gegenkandidaten: einen nationalistic-radikalen, einen nationalistic-monarchisticen und einen nationalistic-antimonarchisticen aufs Haupt schlägt. Unser Genosse, zuerst 1893 gewählt, trat jetzt zum erstenmal glatt in der Hauptwahl und das mit einer gegenüber 1893 um 2700 Stimmen gestiegenen Wählerzahl.

Die antiministeriellen Sozialisten haben in Paris nur den Sitz Grouffiers an die Nationalisten verloren. Die ministeriellen Sozialisten verlieren an die Nationalisten zwei Siege (Chassaigne und Gras, denen also ihr ultra-opportunistisches Verschiedenspiel nichts genügt hat) und haben noch keinen einzigen behauptet.

Gegenüber dem großartigen Sieg Vaillants hebt sich besonders eindrucksvoll ab die schwere Schlappe des Handelsministers Millerand. Seit 1889 an einen spielend leichten Sieg gewöhnt, im Jahre 1898 ohne Gegenkandidaten mit mehr als 8000 Stimmen gewählt, kommt Millerand jetzt in eine sehr problematische Stichwahl mit bloß 4935 Stimmen. Sein guesdisticer Gegenkandidat, Genosse Chauvin, erhält 1094, der Nationalist Pechin 4185 Stimmen und weitere 3 bis 4 Kandidaten zusammen über 1000 Stimmen. Dieser Niedgang der Millerand'schen Stimmen hauptsächlich zu Gunsten des Nationalisten zeigt zugleich, was für zweifelhaft socialisticen Mitläufer von jeher sich unter Millerand's Anhängerschaft befanden.

Seine Schlappe, sowie die andern Mißerfolge der ministeriellen Sozialisten in Paris gehören wesentlich in das gleiche Kapitel, wie die Verluste der Radikalen an die Nationalisten: die Pariser Krämer, eine wirtschaftlich immer mehr niedergehende Schicht, klammert sich in Verzweiflung an jede neu auftauchende Demagogie, um ihren Kramladen zu retten oder doch ihre Unzufriedenheit demonstrativ kundzugeben. Dazu kommt noch speziell für Millerand der Abfall der zielbewußten proletarischen Sozialisten, die für den Genossen Chauvin stimmten, — ungeachtet der von der Millerand'schen betriebenen abscheulichen Campagne gegen die persönliche Ehrenhaftigkeit Chauvins, eines Genossen, der seit 20 Jahren in der Partei kämpft und seit vielen Jahren Mitglied des guesdisticen Parteivorstandes ist.

Die Radikalen haben in Paris ihre schwerste Niederlage erlitten in der Person Mesureux, des Vicepräsidenten der Kammer und früheren Handelsministers, und besonders in der Person Brisson, der in eine fast aussichtslose Stichwahl kommt. Weisheit bräut so für die ephemerische und tapferste That seiner politischen Laufbahn — die Einleitung der Dreyfus-Revision.

Gesamtergebnis im Seine-Departement (Paris und Kommune): 22 definitive Wahlen und 28 Stichwahlen. Die Nationalisten behaupten 10 und gewinnen 7 Siege, darunter drei auf Kosten der Radikalen, zwei auf Kosten der ministeriellen Sozialisten, einen auf Blanquisten und einen in einem neuen Kreis. Von den 28 Stichwahlen sind den Nationalisten günstig 9, den Radikalen 6, den ministeriellen Sozialisten 11 und den Blanquisten 2.

Wisser bekannte Ergebnisse aus ganz Frankreich für die Sozialisten: Insgesamt wurden 20 Sozialisten gewählt: 6 Blanquisten (Vaillants Organisation), sämtlich alte Siege, 14 Jaurèsisten, unter den letzteren drei neugewonnene Mandate: Jaurès-Carmaux, Briand-St. Etienne und Vital-Rouffieux. Im ganzen behaupten die Sozialisten 17, gewinnen 3 und verlieren 8 Mandate.

Jaurès hat also die Scharte von 1898 angewahrt, er bestieg den Höhlennarwan de Sologes mit Hilfe der Radikalen und viellecht auch der „gemäßigten“ Republikaner, an welcher letztere er ebenfalls in einem Wahlauftritt mit appellierte hat. Die bauerlichen Wähler, die 1898 Jaurès Niederlage verschuldet, sind jetzt wieder für ihn eingetreten. Die Arbeiterbevölkerung von Carmaux hatte ihm auch 1898 eine Mehrheit gegeben.

Der nationalistic Siegesjubel wird ganz besonders gedämpft durch die Niederlage Drumonts, des Antifemilien-Papstes, in Algier, sowie durch die Niederlagen des Bonapartisten Cassagnac und des Herikalen Führers de Vio.

Paris, 30. April. Von 1121677 eingeschriebenen Wählern haben am vergangenen Sonntag 886372 ihr Wahlrecht ausgeübt. Davon wurden nach ministerieller Registrierung 5198193 Stimmen als republikanisch-ministerielle, 3352895 als antiministerielle gerechnet; 312639 sind zerplittert. Nach den Nationalisten dagegen wären im ganzen 8462309 gültige Stimmen abgegeben worden, davon wären entfallen auf ministerielle Bewerber 3986382, auf regierungsfreundliche 4439947, somit auf Regierungsgegner 453885 Stimmen mehr.

Paris 30. April. Die ministerielle „Liga der republikanischen Aktion“ veröffentlicht einen Aufruf, in welchem erklärt wird, daß die republikanischen Kandidaten in allen Wahlbezirken bei der Stichwahl zu Gunsten jener antireaktionären Kandidaten zurücktreten müssen, die im ersten Wahlgange die meisten Stimmen auf sich vereinigt haben, ein anderes Vorgehen wäre Verrat. Man müsse dem reaktionären Vloed den republikanischen Vloed entgegenstellen. Diesem Aufruf ist bereits in den meisten Pariser Wahlbezirken Folge geleistet worden.

Der unabhängige Socialist Montiez hat seine Wähler aufgefordert, bei der Stichwahl für den Minister Millerand zu stimmen. Infolgedessen wird die Wahl Millerands für wahrscheinlich gehalten.

Nach der „Petite Republique“ sind im Seine-Departement insgesamt 662427 Stimmen abgegeben, wovon 176071 auf die socialisticen Kandidaten aller Schattierungen entfielen. Davon sind 99625 Stimmen für ministerielle Sozialisten abgegeben, die Allemanisten erhielten 13443, die Guesdisten und Blanquisten 76103, andre Sozialisten 6600. In Paris allein wurden 498461 Stimmen abgegeben; davon entfielen 139044 auf socialisticen Kandidaten.

### Die Matseer in Warschau.

Am Freitag und Sonnabend wurde ein Aufruf des Warschauer Arbeiterkomitees der socialisticen Partei Russisch-Polens in Massen verbreitet. Der Aufruf enthielt die Einladung zu einer Volksversammlung am Sonntag, den 27. April, in den „Kleje Hladzowski“. Die Regierung hat sofort in den Zeitungen bekannt gemacht, daß der große Pakt Lazienki infolge von Wauten am Palais vom 27. April bis zum 5. Mai geschlossen sein wird. Es ist der Ort, an dem die Demonstranten sich gewöhnlich versammelten. In der Nacht vom Freitag zu Sonnabend wurden eine Anzahl Arbeiter — etwa 30 — verhaftet.

Die Demonstration selbst war äußerst imposant. Trotz der Kälte und des Schnees hatten sich mehrere tausend Arbeiter an dem bekanntgemachten Platz versammelt. Die Uraler Kosaken und Pölsen empfingen. Vor dem Café Kowicki begann die Menge die „Rote Fahne“ zu singen. Die Kosaken trieben einen Teil der Manifestanten in die Konditorei. Die Eingänge zum Café wurden sofort verrammelt. Man ließ noch mehr Kosaken kommen und brachte alle im Café verhafteten — etwa 100 Personen — in die Kaserne des Litauer Regiments. Nach Feststellung der Namen wurden sie fast alle wieder entlassen.

In den Arbeiterbezirken waren die Kosaken in den Häusern stationiert. In Wola (Arbeiterviertel) wurden sie von Arbeitern verprügelt.

## Belgien.

**Die Gerichte arbeiten.** In Brüssel wurden am Montag vier Personen zu je einem Jahre Gefängnis verurteilt. Sie waren beschuldigt, an den Unruhen vom 12. und 13. April teilgenommen, der bewaffneten Macht Widerstand entgegengesetzt zu haben usw.

Löwen, 29. April. Die Polizei verhaftete weitere vier Arbeiter, welche sich im Spital in Behandlung befanden, da sie während der letzten Unruhen verlegt worden waren. Ein fünfter Arbeiter, der ebenfalls verhaftet werden sollte, hat Kenntnis davon erhalten und ist aus dem Hospital entflohen. Die Verhaftungen werden im Publikum allgemein abfällig beurteilt, da man selbst in liberalen Kreisen erklärt, daß die Verurteilten längst ihre Strafe verbüßt hätten. In der Kammer dürfte es hierüber zu einer Interpellation kommen.

Paris, 29. April. (S. S.) Die Wiederwahl Millerands bei den Stichwahlen ist dadurch in Frage gestellt, daß sein revolutionär-socialisticer Gegner Chauvin ebenfalls zahlreiche Stimmen auf sich vereinigte und zu Gunsten des Ministers nicht zu verzichten gedenkt.

**Ueber eine bevorstehende Wahlrechtsreform-Vorlage** wird aus Brüssel gemeldet: Das hiesige Ministerium, so schreibt die „Chronique“, beabsichtigt, einen Gesetzentwurf vorzubringen, dessen Grundlage wie folgt ist: Eine Stimme für jeden Belgier und jede Belgierin mit dem vollendeten 25. Lebensjahr; und eine weitere Stimme für jeden verheirateten Belgier, der 25 Jahre alt ist. Eine große Anzahl Mitglieder der Rechten sollen erklärt haben, diesem Projekt nicht feindlich gegenüberzustehen.

Ob das jetzige Plural-System dabei in Fortfall kommen soll, wird nicht gesagt. Davon würde die Beurteilung des Gesetzes aber vollständig abhängen.

## Italien.

### Der Prozeß Palizzolo.

Rom im April. (Fig. Ver.)

Als der Prozeß Palizzolo in Bologna seinen Anfang nahm, schrieben wir, daß er ungefähr 4 Monate dauern würde. Und jetzt steht der Prozeß im 6. Lebensmonat und noch beginnen erst die Plaidoyers der Verteidiger.

So viel über den Schneidengang der Prozedur. Was nun die Art und Weise anbetrifft, wie man den Prozeß führt, so mögen die folgenden Fakten zur Charakteristik genügen, Fakten, die als Beweis dienen können, wie lebhaft in den hohen Kreisen des Richterstandes, der Regierung und der parlamentarischen Großbourgeoisie der Wunsch ist, das Haupt der polemischen Waffia zu schonen.

Dem Gerichtshof präsidiert der Präsident Frigotti, der bis zum heutigen Tage vor den Äffsen noch niemals Verhandlungen geleitet hatte. Dieser Frigotti ist ein persönlicher Freund des Ministerpräsidenten Zanardelli, der ihm erst kürzlich öffentlich seine Freundschaft bewiesen hat, obgleich sein parteiisches Verfahren in diesem Prozeß verurteilt ist.

Einer der Richter hat öffentlich im Café erklärt, die Affaire sei aufgebauert worden und sie werde während der Verhandlungen auf ihr richtiges Maß zurückgeführt werden.

Während es den Angeklagten und speziell Palizzolo und ihren Verteidigern gestattet war, während des Verbots ungestraft Behörden und ihnen gegnerische Zeugen zu beschimpfen, stellte man an den Ankläger das Ansehen, sich seines Rechts, Zeugen zu widersprechen, zu begeben. Ebenso erfuhr die Zeugen eine verschiedenartige Behandlung, je nachdem sie die Angeklagten be- oder entlasteten. Die wichtigsten Belastungszeugen wurden von der Polizei beobachtet, von den andern getrennt gehalten, des Meineides beschuldigt; den Beamten und Zeugen, die zu Gunsten Palizzolos ausfagten — so schwer auch die Widersprüche waren, in die sie sich bei ihren Ausfagen verwickelten — wurden niemals zurechtgewiesen!

Der Präsident hat den weitgehenden Gebrauch von seiner diskretionären Gewalt gemacht, um jede Behauptung der Verteidigung zu verfluchen, was ihm zum Ruhm der Anklage fast nie eingefallen ist. — Ein Gendarmenlieutenant, der die Unrichtigkeit der Ausfagen einiger Entlastungszeugen nachwies, wurde verhaftet, ebenso wurden der Gefängnisdirektor von Bologna und der Polizeiergeant Mantelli wegen Streitigkeiten mit dem Häfling Palizzolo verhaftet. Mantelli hatte in einem an den Prätor von Marjale gesandten Bericht sehr belastend gegen die Angeklagten ausgefagt. Der Präsident Frigotti behauptete, diesen Bericht nie erhalten zu haben, während er sich tatsächlich in seinen Händen befand! Man verbannte es mir den heftigen Protesten der Nebenkläger, daß der Präsident sich entschloß, den Mantelli vorzuladen und von ihm den Rapport einzufordern.

Unter solchen Umständen hat sich der Prozeß gegen die Waffia abgewickelt.

Warten wir ab, ob es dem hohen Einfluß, den Intriguen und dem Geld der Parteigänger Palizzolos gelingen wird, ihre Schützlinge vor dem Verdikt der Geschwornen zu retten.

## Rußland.

Von den **Charlottenburger Ausgewiesenen** hat man vier entlassen: Tyska, Czarnowski, Pajbaum und Prälein Oksner, die übrigen blieben in Haft; man hat sie nur gefragt, ob sie zu „geheimen Verbindungen“ — wie das an den deutschen § 128 des Strafgesetzbuchs erinnert! — gehört hätten. Die beiden Schwägerin Marchlewski hat man aus der Citadelle entlassen, dann hat man sie in Kalisch zwei Tage fast ohne Nahrung festgehalten und schließlich mit einer dritten Schwägerin, welche bisher frei war, nach Preußen transportiert.

**Aus Warschau** wird uns geschrieben: Die letzten Verhaftungen aus den Kreisen der jüdischen Zionisten waren ziemlich unerklärlich. Jetzt erfahren wir darüber folgendes: Bei einem der verhafteten Studenten aus Charlottenburg fand man einen Aufsat über das Verhältnis des Zionismus zu dem socialdemokratischen „Jüdischen Arbeiterbund“. Man zog daraus den gänzlich falschen Schluß über eine Verbindung der beiden Bewegungen und nahm 80 Hausdurchsuchungen und 60 Verhaftungen vor. Die Gendarmenrie hat sich nur lächerlich gemacht.

**Vergebliche Jagd auf „Mitschuldige“.** Nach einer Depesche der „Frankf. St.“ aus Petersburg ist es bisher nur gelungen, einen Mitschuldigen des Mordes des Ministers Schipagin zu verhaften, den Kutscher des Wagens, in dem der Mörder zum Reichsratsgebäude gefahren ist. Der Mörder, der jetzt Palischow heißen soll, schweigt hartnäckig über seine Mitschuldigen. — Nach Petersburger Meldungen wurde während einer Theater-Vorstellung im Marien-Theater auf der Galerie ein Ballon losgelassen, auf welchem mit großen Lettern die Inschrift angebracht war: „Rieder mit dem Absolutismus! Rieder mit den Romanows!“ Da sich der Ballon sofort nach dem Hofond erhob, konnte er erst nach Schluß der Vorstellung von der Polizei entfernt werden.

Nach Meldungen aus Warschau hob die dortige Polizei die **Geheimdruckerei des jüdisch-socialistischen Arbeiterbundes** auf.

## Aus Industrie und Handel.

Die **Großeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine** hielt vom 26.—28. April in Braunschweig ihre 8. Generalversammlung ab. Vertreten waren 93 Vereine, die der Großeinkaufs-Gesellschaft angeschlossen sind, desgleichen hatte das Ausland eine zahlreiche Vertretung entsandt; es waren Delegierte aus der Schweiz, Dänemark und England erschienen. Der Rechnungsabluß ist aus den früher von uns gebrachten Mitteilungen bekannt, beschlossen wurde, den Reingewinn so zu verteilen, daß 4 % die Gesellschafter nach Berechnung des Warenbezugs bekommen und die übrigen Vereine 2 % vergütet erhalten. Das Geschäftskapital der Gesellschaft soll von 300 000 M. auf 500 000 M. erhöht werden. Die Gesellschaft beschäftigt 80 Angestellte und macht sich die Anstellung eines dritten Geschäftsführers notwendig. Diese Stellung wurde Herrn Julius Seifert, Geschäftsführer des Scheweiger Konsumvereins, übertragen. An dem Hauptfah der Gesellschaft, in Hamburg, soll ein



eignes Lagerhaus erworben werden. Das in Aussicht genommene Gebäude hat eine sehr günstige Lage in der Nähe des späteren Güterbahnhofes und kann auf dem Wasserwege erreicht werden. Es umfaßt eine Lagerfläche von 4740 Quadratmeter und hat einen Wert von 880 000 M. Die Abzahlungen sind sehr günstig, es sind zu zahlen vom 15. Mai 1902 bis 1. April 1905 120 000 M., der Rest bleibt als Hypothek stehen.

In einer längeren Debatte wurde die Haltung des Wochenberichts zur Frage der Rente kritisiert. Die Schöff abnehmende Haltung der Preiskrise bezüglich der Arbeitssuche wurde allgemein getadelt. Mit der Generalversammlung war eine Warenexposition verbunden, die von über 100 Ausstellern der verschiedensten Branchen besucht war. Das gute Arrangement fand recht beifällige Aufnahme und erfreute sich die Ausstellung des lebhaftesten Interesses der Teilnehmer der Generalversammlung.

**Der Einfluss amerikanischer Interessenten auf den Kaliberbau.** Wie bereits mitgeteilt wurde, bemüht sich ein amerikanisches Konsortium, auf unsere deutschen Kaliberbau Einfluss zu gewinnen. Ueber die ersten Versuche nach der Richtung giebt die „Ranger Blg.“ folgende Darstellung:

Vertreter eines südamerikanischen Düngetrusts, eines Händlersyndikats, das mit dem Kaliberbau in geschäftlichen Differenzen steht, haben in Deutschland mit außerhalb des Syndikats stehenden Werken Lieferungs-Abhältnisse zu tätigen versucht. Ein derartiger Versuch ist in diesen Tagen auch mit der außerhalb des Syndikats stehenden Gewerkschaft Einigkeit erfolgt. Die Vertreter der Gewerkschaft Einigkeit behaupten, nicht unter Syndikalpreis abgeschlossen zu haben. Die Gewerkschaft Einigkeit kommt indessen in die Lage, unter Ersparrung der Syndikalkosten einen erheblich höheren Anteil als dies ihr im Syndikat ermöglicht wäre, abzugeben. Es ist bekannt, daß auch die Gewerkschaft Hohenfels (außerhalb des Syndikats) Lieferungs-Abhältnisse nach Amerika getätigt hat. Das Kaliberbau steht auf dem Standpunkt, daß die beiden genannten Werke den amerikanischen Bedarf keineswegs zu decken in der Lage sind, zumal die beiden Werke keine Fabrik besitzen. Der amerikanische Konsortium wird auch fernerhin auf das Syndikat angewiesen sein. Von einem Eindringen amerikanischer Interessenten in das Syndikat ist bisher noch nichts zu bemerken gewesen; im Syndikat hat auch bekanntlich der preussische Staat eine ausschlaggebende Stellung und Neierbe zu Gunsten der deutschen Landwirtschaft. Erwähnenswert ist, daß die amerikanischen Interessenten durch Kugenerwerb auf die außerhalb des Syndikats stehenden Werke Einfluss suchen. So hat Kommerzienrat Julius Ribbert-Hohenlimburg, der Hauptbeteiligte der Gewerkschaft Einigkeit, einen Teil seines Kugenerwerbes an die bezeichneten amerikanischen Interessenten nach langen in Berlin geführten Verhandlungen verkauft bezw. eine Option zugestanden.

**Der internationale Schiffsahrtstrust.** Ein Vertreter des „Daily Chronicle“ hatte eine Unterredung mit einem Mitgliede des Morgan-Trustes, worin dieser erklärte, der Hauptteil des Trustkapitals werde in englischen Händen sein. Die Kombination sei lediglich eine Betriebsvereinbarung zur Einschränkung der gegenseitigen Preisunterbietung. Jede der beteiligten Gesellschaften behalte ihre selbständige Sonderstellung und führe ihre frühere Flagge. Die Gesellschaften würden jedoch für allgemeine Betriebszwecke ein Ganzes bilden, um an Gewinn und Verlust in gleicher Weise zu partizipieren. Die Aktionäre der einzelnen Linien würden eingeladen werden, ihre Aktien gegen solche des Trustes auszu-tauschen.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

**Der Streik in der Metallwaren-Fabrik von Spinn u. Sohn** beschäftigt am Mittwoch das Einigungsamt unter Vorsitz des Gewerbegerichts-Direktors v. Schulz. Die Ursache des Ausstandes stellte Cohen als Vertreter der Ausständigen folgendermaßen dar: Den Arbeitern und Arbeiterinnen in der Brennerabteilung der genannten Fabrik wurden schon seit geraumer Zeit Accordabzüge gemacht mit der Begründung, die Abzüge seien notwendig, wenn die Firma Spinn u. Sohn konkurrenzfähig bleiben wolle. Die Arbeiter ließen sich anfangs die Abzüge gefallen, als dann aber die Löhne immer weiter herabgesetzt wurden, wandten sich die Arbeiter an die Direktion, und diese versprach — es war vor etwa acht Wochen — keine weiteren Abzüge vornehmen zu lassen, weil die Löhne nun auf dem Stande angelangt seien, der der Firma die Konkurrenz ermögliche. Am 1. April stellte die Firma einen neuen Werkmeister ein und dieser ging nun, trotz des Versprechens, welches die Direktion den Arbeitern gegeben hatte, aufs neue mit Abzügen vor. Einzelne der davon betroffenen Arbeiter und Arbeiterinnen gingen ab, weil sie bei den herabgesetzten Löhnen nicht zureichkommen konnten, andre wurden an ihrer Stelle eingestellt. Die Abzüge hörten immer noch nicht auf und ein bestimmter Fall gab den Anlaß, daß am 21. April 58 Arbeiter und Arbeiterinnen der Brennerabteilung die Arbeit niederlegten. Was die Rücksicht auf die Konkurrenz betrifft, mit der die Abzüge begründet werden, so führte Cohen aus, könnten nach genauen Feststellungen die Arbeiter bei andern Firmen, wenn dieselben Preise gezahlt würden wie bei Spinn u. Sohn, mehr verdienen wie bei dieser Firma, weil die Konkurrenzgeschäfte bessere maschinelle Einrichtungen haben. Nebrigens betrage der Arbeitslohn für einen Brenner bei Spinn u. Sohn 6-7 Pf., bei drei Konkurrenzfirmen aber 7, 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> und 10 Pf. — Die Ausständigen erjuden um Rücknahme der Abzüge.

Direktor Schulz als Vertreter der Firma Spinn u. Sohn gab zu, daß die Darstellung Cohens hinsichtlich der Abzüge zutreffend sei, die Verhältnisse in den Konkurrenzfirmen seien ihm nicht bekannt; er könne deshalb nicht darauf eingehen. Der neue Werkmeister habe den Auftrag gehabt, eine Revision der Accordpreise vorzunehmen, weil die Abrechnungen ergeben hätten, daß die Arbeiter bei manchen Artikeln zu hohe Löhne erhalten. Auch nach den letzten Abzügen hätten die Arbeiter noch gute Löhne verdient, und zwar bessere wie bei der Konkurrenz. Um übrigen sei er, der Direktor, stets bereit gewesen, die Beschwerden von Arbeitern entgegenzunehmen, wenn sie bei den Preisen nicht zureichkämen.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlung wurde sehr eingehend zwischen Cohen und dem Direktor Schulz über die Höhe sowie die Berechtigung oder Nichtberechtigung der Abzüge verhandelt. — Schließlich einigten sich die Parteien nach den Vorschlägen des Einigungsamtes auf folgender Grundlage:

Die Firma stellt sofort 21 männliche und 6 weibliche Ausständige wieder ein, sofern sich dieselben bis Sonnabend melden. Es wird eine Schlichtungskommission eingesetzt, welche aus 2 Arbeitnehmern, 2 Arbeitgebern und einem Vertreter des Gewerbegerichts besteht und bei zukünftigen Differenzen in Aktion zu treten hat. — Die Accordpreise für die freitägigen Fälle wurden im Einigungsprotokoll, den Wünschen der Arbeiter entsprechend, festgelegt, und weiter bestimmt, daß Nachregelungen wegen des Ausstandes nicht stattfinden. Die Ausständigen, die nicht sofort wieder eingestellt werden können, sollen bei Bedarf berücksichtigt, und jedenfalls keine fremden Arbeiter vor ihnen eingestellt werden.

**Steinfeger.** Bei der Firma Böhm in Charlottenburg ist angeblich auf Verweisung des Stadtbauamts den Kollegen, die am 1. Mai feiern, Entlassung angedroht. Es wird event. vor Arbeits-nahme gewarnt.

**Der Arbeitsnachweis der Tischler-Zunung** hat bekanntlich der Gewerbe-Deputation Anlaß gegeben, nachzuprüfen, ob diese Einrichtung den gesetzlichen Bestimmungen entspricht. Wie schon mitgeteilt, hat die Gewerbe-Deputation den jetzigen Zustand sanktioniert und ist den Beschwerdeführern, dem Gesellenauschuss, nimmere der schriftliche Beschwerde zugegangen. Die Begründung hilft sich über den unzulässigen ungesetzlichen Zustand — daß ohne Zustimmung des Gesellenauschusses der Arbeitsnachweis errichtet wurde — damit hinweg, daß jetzt die nach § 95 W.-O. zulässige Genehmigung der Aufsichtsbehörde zu dem Beschluß der Zunung erteilt wird. Diese nachträgliche Genehmigung in der Form ist nach dem klaren Wortlaut des Gesetzes

unzulässig. Sie durfte nur auf Ersuchen der Zunung erteilt werden und nicht im Anschluß an eine Beschwerde der Gesellen. Ferner heißt es ausdrücklich in § 95 der Gewerbe-Ordnung, daß die Ausführung der Beschlässe (in diesem Fall die Errichtung eines Arbeitsnachweises) nur mit Zustimmung des Gesellenauschusses oder nach erfolgter Genehmigung der Aufsichtsbehörde erfolgen darf. Der Arbeitsnachweis durfte also, bevor die Beschwerde nicht erledigt war, gar nicht eröffnet werden. Somit ist die Einrichtung bisher ein Verstoß gegen das Gesetz, und der polizeiliche Schutz ist einem Institut zu teil geworden, dem jede rechtliche Grundlage fehlt.

Nach interessanter ist, wie die Gewerbe-Deputation die Bestimmungen des § 81a der Gewerbe-Ordnung auslegt. Dieser Paragraph besagt, daß es Aufgabe der Zunung ist, die Förderung eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen Meister und Gesellen herbeizuführen. Daß die Einführung der Entlassungscheine, die Zurücklegung der Arbeiter bei der Verwaltung des Arbeitsnachweises dem widerspricht, ist klar, und es scheint, daß auch die Gewerbe-Deputation nicht ganz diesen Einwand unberücksichtigt lassen konnte. Aber sie hilft sich damit, daß kein Meister zur Innehaltung dieser Anforderung gezwungen wird, vielmehr die Zunung jedem freie Hand lasse. Abgesehen davon, daß diese von der Zunung gegebene Darstellung unwahr ist, verstoßt auch selbst bei dieser irigen Annahme die Einrichtung des Arbeitsnachweises in der Art wie er von der Zunung betrieben wird, gegen die klaren Bestimmungen des § 81a der Gewerbe-Ordnung. Der Gesellenauschuss wird übrigens bei der weiteren Verfolgung der Beschwerde in der Lage sein, den Nachweis zu führen, daß die Zunung die Gewerbe-Deputation angelogen hat. Die Zunung hat sowohl öffentlich als im Privatden den Meistern, die sich der Entlassungscheine nicht bedienen, Zwangsmaßregeln angedroht. Der Oberpräsident wird also diesen Teil der Begründung des abbleibenden Bescheides der Gewerbe-Deputation nicht aufrecht erhalten können.

**Achtung, Holzarbeiter!** Die Firma Otto in Järth hat einen Vertreter nach Berlin entsandt, um Arbeitswillinge anzuwerben. — Wir erwarten von den Kollegen, daß sie Arbeit bei Järth nicht annehmen, da die dortigen Kollegen mit obiger Firma in Differenzen stehen.

**Achtung, Sattler und Lederarbeiter!** In der Sattler- und Lederwaren-Fabrik von E. Jender, Alexanderstr. 25, haben die Sattler und Lederarbeiter wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. — Zugang ist streng fernzuhalten!

Die Lohnkommission der Galanterie-Sattler.

### Deutsches Reich.

**Eine „Arbeiterorganisation“, welche durch die Regierung gefördert wird.** In Harburg besteht eine Verbrüderung deutscher Arbeiter, welche Brüderlichkeit wir schon gelegentlich — allerdings nicht lobend — erwähnten. Das Oberpräsidium hat nun diesen Brüdern eine Anzahl Bücher zwecks Gründung einer Vereinsbibliothek abgemittelt. — Daß die Regierung einer „Arbeiterorganisation“ zu einer Bibliothek verhilft, ist gewiß charakteristisch für diese Organisation; leider leiten wir den Inhalt der Bücher nicht, er ist aber sicher charakteristisch für die — Regierung!

**Achtung, Metallarbeiter!** In Warmen-Mittershausen stehen die gesamten Arbeiter der Dampfseilfabrik von Siller u. Jamart — 108 an der Zahl — in Aushung, wegen Ablauf des bis 1. Mai bestehenden Vertrages über die Arbeitsverhältnisse, welche die Firma nicht erneuern will, indem sie vor hat, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Herr Siller versucht durch Annoncen in auswärtigen Blättern unter hohen Versprechungen Arbeitswillinge heranzuloden, falls niemand auf diese Verlockungen herein, sondern hallet den Zugang streng fern.

**Wegen Streikvergehen** hatten sich vor der Strafkammer in Köln die Zimmerleute H. B. aus Dausig und W. O. aus Glöckbach zu verantworten. O. hatte während des Zimmererstreiks in Köln einen Zimmererlehrling, der ihn angerepelt hatte, in einen Wäckerladen verlockt und den Wäckermeister, der die Partei des Lehrlings nahm, ins Gefäß geschlagen. Später wurden beide von dem Reuban aus verhaftet und ihnen zugewiesen, sie sollten doch herbeikommen, wenn sie etwas wollten. Die Gezeigten ließen sich dazu verleiten und wurden mit von den Streikbrechern schwer mishandelt. Richtlich bekamen nicht die Streikbrecher, sondern die Streikenden ihre Anklagen. Das Gericht mußte jedoch wegen des Vorfalls auf dem Bau auf Freisprechung erkennen, wegen des Vorfalls in dem Hause des Wäckermeisters wurde B. mit 25 M. Geldstrafe belegt.

**Wieder ein Erfolg im vogtländischen Weberdistrikt.** Der Streik bei der Firma J. Ventler in Reichenbach ist nach sechs-tägiger Dauer zu Gunsten der Weber wieder beendet.

**Die Bauunternehmer in Stuttgart** haben das Gewerbe-gericht als Einigungsamt abgelehnt.

**Die Hafenarbeiter von Mannheim und Ludolghafen** bitten um Freihaltung des Zugangs. Bei der Firma Gebrüder Fendel sind Differenzen eingetreten, weil die Firma den bestehenden Lohnsatz um 25-30 Proz. kürzte. Ebenso haben sämtliche Lagerhaus-Verwaltungen die Absch. den Tagelohn ganz bedeutend zu reduzieren.

**Die Schneidemeister in München** scheinen mit ihren Gehältern absolut nicht im Frieden leben zu wollen. Noch sind circa 70 Arbeiter von der Ausberung her noch nicht wieder eingestellt, unter dem Vorwande, daß man die Arbeitswillingen nicht ohne weiteres entlassen könne. Dessen ungeachtet läßt der Arbeitgeberverband durch seine Agenten in Böhmen Arbeiter suchen. Zweifellos will man in der flauen Zeit auch die schon eingestellten Leute wieder aufs Plaster setzen. Die Schneiderei werden deswegen auf thun, bei Arbeitsangeboten aus München die Verhältnisse im Betracht zu ziehen.

### Ausland.

**In den Elektrizitätswerken der Oesterreichischen Union** in Girketten bei Stablan streiken die Wäcker, und zwar 64 Mann. Der Streik dauert bereits zwei Wochen, und trotz des eifrigen Bemühens der Direktion ist es noch nicht gelungen, Wäcker wieder von den Streikenden, noch von anderwärts zu bekommen. Laut Nachrichten soll sich die Firma nach Deutschland und der Schweiz gewendet haben, um Wäcker anzuwerben; bisher jedoch ohne Erfolg. Die Streikenden hoffen, daß sich kein deutscher Wäcker durch falsche Vorspiegelungen verleiten läßt, ihnen in diesem schweren Kampfe in den Rücken zu fallen. Zugang ist daher streng fernzuhalten.

## Berliner Partei-Angelegenheiten.

**An die Charlottenburger Parteigenossen!** Das Volkshaus in der Köpenickerstraße 8 ist polizeilich abgenommen. Die für den 1. Mai angekündigten Versammlungen der Gewerkschaften sowie das Mäifest der politischen Partei finden in den Räumen des Volkshauses statt. Ueber die Eröffnungsfeier, die für den 4. Mai geplant ist, erfolgen weitere Mitteilungen. Bisletz zur Eröffnungsfeier sind an den besagten Stellen zu haben.

**In Treptow - Baumshulienweg** findet die Mäifester im Adernmanns Hof, Baumshulienweg 78, statt. Die Fest-Versammlung beginnt abends 8 Uhr; Frau Clara Zettin hält das Referat.

**Schöneberg.** Die Mäifester findet bei Obf. Weiningerstr. 8, statt. Beginn nachmittags 4 Uhr. Entree 20 Pf. Die Festrede wird von Genossen Eduard Bernstein gehalten. — Vormittags 10 Uhr: Versammlung sämtlicher Gewerkschaften bei Obf. Referent Paul Hirsch.

**Schöneberg.** Die Parteigenossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß die regelmäßigen Sitzungen der Gewerbe-gerichts-Beisitzer (Arbeitnehmer) an jedem Freitag vor dem 1. und 15. eines jeden Monats bei Obf. Weiningerstr. 8, stattfinden. Die

Auskunftsstelle befindet sich bei Gustav Däumig, Hauptstraße 30.

**Lichtenberg.** Zu den für morgen, Freitag, den 2. Mai, bevorstehenden Freiwahlen zur Gemeindevertretung sind aufgestellt: Im ersten Bezirk, umfassend den ganzen Ortsteil nördlich der Frankfurter Chaussee einschließlich der Guggenbogenschen Häuser, der Landberger Chaussee und Wilhelmsberg, sowie die Frankfurter Chaussee von Nr. 1 bis 115 einschließlich, die Kandidaten Oswald Grauer und Karl Schulz. Wahllokal: Restaurant Schwarz, Dorfstraße 25/26. Im zweiten Bezirk, umfassend den südlichen Ortsteil der Frankfurter Chaussee von der Friedrichstraße (Neu-Lichtenberg) bis einschließlich Rummelsburgerstraße mit ihren Querstraßen, die Frankfurter Chaussee von Nr. 116 bis 178 einschließlich, die Kandidaten Paul Keite und Wernh. Wehling. Wahllokal: Herzm. Gärlich, Kronprinzengarten, Frankfurter Chaussee 88. Die Wahlzeit ist festgesetzt auf die Stunden von 11 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends. Gewählt wird auf Grund der im Januar dieses Jahres ausgelegten Gemeinde-Wählerliste. Wähler, die noch dem 15. Januar verzogen sind, wählen unabhängig von ihrer jetzigen Wohnung in dem Bezirk, in welchem sie im Januar gewohnt haben. — Das Bureau des Wahlkomitees befindet sich bei Schmidt, Frankfurter Chaussee 93; die Parteigenossen, welche Freitag agitatorisch tätig sein wollen, werden ersucht, sich von 10 Uhr ab dort zu melden.

In Erkner spricht Sonntagnachmittag 8 Uhr Genosse Sonnenburg über die Mäifester.

**Bauhof-Niederschönhausen.** Heute öffentliche Versammlung sämtlicher Gewerkschaften von Bauhof und Niederschönhausen vormittags 10 Uhr bei der Ww. Köll. Kreuzstr. — Nachmittags von 4 Uhr ab bei Klingenberg, Kaiser Friedrichstr., und Zwickel, Bismarckstraße 44, große Mäifester, bestehend in Konzert, Gesang, Recitation und Tanz.

## Geriichts-Beilage.

**Der Hunger und die bürgerliche Rechtsprechung.** Aus Hunger will der 17-jährige Laubacher Wihl. Müller, der gestern vor der 5. Strafkammer des Landgerichts I stand, zum Taschendieb geworden sein. Er hat zugestanden, einen Tag in der Haftlage einem Herrn aus der Villetasche seines Rodos 20 Pf. entwendet, nachdem er vorher vergeblich einen Griff in die Villetasche eines andern Herrn gemacht hatte. Er war gefangen worden, es gelang ihm aber zu entkommen. Am nächsten Tage wurde er beobachtet, wie er unter den Linden beim Aufziehen der Saloschwabe in dem dort herrschenden Gedränge einer Dame in die Kleidertasche sahnte und er wurde infolgedessen festgenommen. Vor dem Schöffengericht legte der Junge ein reumütiges Geständnis ab. Er erzählte, daß ihm Vater und Mutter gestorben seien und er sich seinen Lebensunterhalt selbst suchen müsse. Er habe sich selbst eine Schlafstelle gemietet und sei ganz ordentlich gewesen. Als er dann stellunglos geworden sei und ihn der Hunger geplagt habe, habe er sich eines Gelehrten erinnert, das er einmal in einem Kaffeehof von zwei Männern gehört habe. Diese hätten sich darüber unterhalten, daß die Herren in den Villetaschen gewöhnlich einige Kridelmünzen bewahren, die man leicht daraus stehlen könne. Dies habe ihn auf den Gedanken gebracht, solche Taschendiebstähle auszuführen. Für die erbeuteten 20 Pf. will er sich Schrippen und ein Stüchden Wurst gekauft haben. Das Schöffengericht glaubte ihm und verurteilte ihn nur zu einem Verweise. Der Staatsanwalt hielt diese Milde für zu weit gehend, zumal der Angeklagte nicht vor dem strafmündigen Alter stehe und es sich um Taschendiebstähle handle, die stets nachdrücklich zu bestrafen seien. Er hielt eine Gefängnisstrafe am Plage, deren Vollstreckung ja vorläufig ausgesetzt werden könne, und beantragte drei Wochen Gefängnis. Der Gerichtshof ging darüber noch hinaus und erkannte unter Aufhebung des ersten Urteils auf einen Monat Gefängnis.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Agrardebate im sächsischen Landtag.

**Dresden, 30. April. (B. G.)** In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer des sächsischen Landtages gab es eine dreistündige zum Teil sehr erregte Agrardebate. Sie wurde eingeleitet durch die Ausführungen des konservativen Abgeordneten Steiger, welcher der Regierung den Vorwurf machte, die Landwirtschaft müsse ihr das Vertrauen versagen, wenn sie bei der Reichsregierung nicht für höhere Agrarzölle eintrete. Staatsminister von Reich erwiderte, daß die sächsische Regierung auch heute noch auf dem Boden der bekannten Erklärungen des Reichsministers des Grafen Billow und des Staatssekretärs Grafen Solodowsky stehe, wonach die Reichsregierung nicht über die Vollstreckung der Vorlage hinausgehen könne. Von national-liberaler Seite wurde die Regierung dringend ersucht, an ihrem Standpunkte festzuhalten.

### Demonstrationen katholischer Studenten.

**Löwen, 30. April.** Eine Anzahl katholischer Studenten, die seit einigen Tagen Demonstrationen veranstaltet, drangen gestern in den Hof eines Privatgebäudes ein und bedrohten den Besitzer. Dieser holte ein Gewehr und gab einige Schreckschüsse ab, die von den Studenten mit Revolverkugeln erwidert wurden. Die herbeigeeilten Polizisten zerstreuten die Studenten. Eine strenge Untersuchung über den Vorfall ist angeordnet worden. Die herausfordernde Haltung der katholischen Jugend wird von der hiesigen Bevölkerung scharf verurteilt.

### Jur Mäifester in Italien.

**Rom, 30. April. (B. G.)** Der Minister des Innern Giolitti hat den sozialdemokratischen Abgeordneten auf eine Anfrage mitgeteilt, daß er den Behörden bezüglich der morgigen Mäifester eingehende Instruktionen erteilt, es indessen den Lokalbehörden überlasse, selbst die Abhaltung von Kundgebungen zu erlauben oder zu versagen.

**Kiel, 30. April. (B. Z. W.)** Das Oberlandesgericht eradiete heute die Revision des Hofbesizers Christian Finneemann in Zaarning gegen das Urteil des Flensburger Landgerichts vom 17. März d. Js., welches seine Ausweisung aus dem preussischen Staatsgebiet verfügte und die vom Schöffengericht in Habersleben ihm wegen unerlaubter Klaffe nach dem preussischen Staatsgebiete auferlegte Haftstrafe von vier Tagen bestätigte, für bezirndet und sprach den Angeklagten frei. Die Kosten sowie die dem Angeklagten erwachsenen baren notwendigen Ausgaben werden der Staatskasse auferlegt.

**Wien, 30. April. (B. Z. W.)** Im Abgeordnetenhause wurde ein Antrag Bernerstorfer, anlässlich des 1. Mai morgen keine Sitzung abzuhalten, abgelehnt und die Sitzung geschlossen.

**Münch, 30. April. (B. Z. W.)** Von den bei der Explosion in dem Dohlfhof-Schacht bei Mariasheim schwer verletzten Grubenarbeitern sind zwei gestorben. Es wurde noch ein leichter Toter aufgefunden. Die Bergungsarbeiten sind jetzt eingestellt, da an der Explosionsstelle ein Brand ausgebrochen ist. Man glaubt, daß sich nur noch drei Arbeiter in der Grube befinden.

**Finne, 30. April. (B. G.)** Die Arbeiter der hiesigen Torpedofabrik verlangen eine Lohnaufbesserung; sie drohen mit einem Ausstand.

**Neapel, 30. April. (B. G.)** Nachdem der Regel des Besuchs gegen Pompeji abgewartet wurde, wurde den Verkehr an dieser Seite behördlich wieder geöfnet.

**London, 30. April. (B. Z. W.)** Wie dem Reuterschen Bureau\* aus Peking gemeldet wird, macht das Abkommen, betreffend die Rückgabe der Peking-Tienjin-Bahnlinie, diese Rückgabe abhängig von der Zustimmung anderer Mächte und von der gleichzeitigen Rückgabe des nach Aufschwung führenden Zweiges.



An die Korrespondenten und Freunde unseres Blattes.

Um die Leser des „Vorwärts“ möglichst reich über den Verlauf der Reise zu unterrichten, veranstalten wir am 2. Mai eine Nachmittags-Ausgabe. Wir bitten deshalb unsere Korrespondenten und Freunde, insbesondere die Vertrauensleute, Festarrangente und Referenten, und so rasch als möglich über den Verlauf der Reise kurz zu berichten.

Wir bitten besonders um möglichst bestimmte Angaben über die Zahl der Teilnehmer an den einzelnen Veranstaltungspunkten.

Die Mitteilungen erbitten wir per Postkarte, bei sehr weiten Entfernungen telegraphisch.

Die Meldungen müssen am 2. Mai morgens in unseren Händen sein.

Auch unsere Korrespondenten und Freunde im Auslande ersuchen wir um möglichst beschleunigte Berichterstattung.

Die Redaktion des „Vorwärts“.

Reichstag.

178. Sitzung vom Mittwoch, den 30. April 1902, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf Posadowski. Zunächst wird der Gesetzentwurf betr. den Gebührentarif für den Kaiser-Wilhelm-Kanal in dritter Beratung debattiert, ebenso der Nachtragsetat, welcher 1.300.000 M. Beihilfe für Kriegsinvaliden verlangt.

Es folgen Wahlprüfungen. Die Wahl des Abg. Grünberg-Döbeln (Soc.) beantragt die Kommission für gültig zu erklären.

Das Haus beschließt debattierlos demgemäß. Die Wahl des Abg. Gothein-Grimmen (fr. Bg.) beantragt die Kommission ebenfalls für gültig zu erklären.

Abg. Dr. Barth (fr. Bg.)

Der Bericht der Kommission enthält sehr interessante Mitteilungen über Mißbräuche bei Wahlen, daß es sich doch lohnt, ihn näher zu beleuchten. Diesmal haben sich die Konservativen einmal aber andere Parteien beschwert - gewöhnlich ist es ja umgekehrt - aber sie sind mit ihrem Protest vollkommen abgefallen. Aus dem Protest geht hervor, daß die Konservativen auch hier wieder die beliebte Praxis geübt haben, äußerlich leicht feindliche Wahlzettel herzustellen. Die liberalen Wähler haben sich dadurch geholfen, daß sie den Namen des Abgeordneten Gothein über den Namen des konservativen Kandidaten schreiben. Es ist charakteristisch, daß sich die Konservativen über diesen Verstoß, das konervative Wahlmanöver ungeschädlich zu machen und das Wahlscheitern zu wahren, beschwert haben, und daß diese Beschwerden einen Teil ihres Protestes bilden. (Hört! hört! links.) - Bekannt ist ja weiter, wie die konservativen Gemeindevorsteher Wahlbeeinträchtigungen ausüben. In dem Wahlkreis Grimmen gab es aber einen liberalen Gemeindevorsteher und sein Vorgehen ist von den Konservativen nunmehr auch als Grund zum Protest gegen die Gültigkeit der Wahl benutzt worden. Was hatte dieser freisinnige Gemeindevorsteher getan? Er hatte vor der Stichwahl ein histographisches Schreiben an die Wähler verschicken lassen, in dem sie aufgefordert wurden, „von ihrer Ueberzeugung“ den Vertrat Gothein zu wählen! Außerdem hatte sich der betreffende Herr Weichelt nicht als Gemeindevorsteher unterzeichnet.

Bekanntlich hat die Wahl in Greifswald-Grimmen ein Nachspiel im preussischen Abgeordnetenhause gehabt. Die dortigen Debatten haben in moralischer Weise die Anschuldigungen des jetzigen preussischen Ministers des Innern, Freiherrn v. Hammerstein, enthält. Er hatte kein Wort des Tadels für das Vorgehen des Landrates, der das Gasthaus der Witwe Müller boykottiert hatte lediglich aus dem Grunde, weil an den freisinnigen Versammlungen im Müllerschen Gasthof auch Sozialdemokraten teilgenommen hatten. Diese Thatfache genügte dem Minister von Hammerstein, um von einer „bedauerlichen Verdrößerung“ der Freisinnigen mit den Sozialdemokraten zu reden! Selbst ein nationalliberaler Abgeordneter bezeichnete bei diesen Verhandlungen die Greifswalder Wahl als einen neuen Beweis dafür, wie die Verwaltungsorgane mit den konservativen überall verflucht und verschwägert sind und zu ihren Gunsten Wahlbeeinträchtigungen ausüben. Der betreffende Herr ist auch Mitglied dieses hohen Hauses und hat daher Gelegenheit, diese Anschuldigungen hier zu wiederholen. (Sehr gut! links.) Es war notwendig, diese Thatfachen auch hier im Reichstag einmal klar auszusprechen. (Bravo! links.)

Damit schließt die Debatte. Die Wahl des Abg. Gothein wird für gültig erklärt.

Ueber die Wahl des Abg. Priebe (natl., Ottweiler-St. Wendel) beschließt das Haus, entsprechend dem Kommissionsbeschlusse Beweiserhebungen vornehmen zu lassen, ebenso über die Wahl des Abg. Sieg (natl., Weiden).

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend den Servistarif und die Klasseneinteilung der Orte sowie Wänderung des Gesetzes über die Bewilligung von Wohnungsgeldzuschüssen.

Die Budgetkommission hat beschlossen, von allen Änderungen der Ortsklassen Abstand zu nehmen, auch von denjenigen, die der Entwurf beantragt hatte, dagegen in der Novelle eine Revision der Klasseneinteilung der Orte anzuordnen, die spätestens mit Wirkung vom 1. April 1904 ab erfolgen soll. Nur die Servistasse V soll schon jetzt nach der Vorlage aufgehoben und die dazwischen befindlichen Orte in die Klasse IV verlegt werden. Ferner fordert die Kommission durch eine Resolution die Regierung an, für 1904 einen besonderen Gesetzentwurf über die Bewilligung von Wohnungsgeldzuschüssen vorzulegen.

Dazu liegt ein Antrag Eichhoff, Dr. Wiemer (fr. Bg.) vor, wonach die von der Regierung beantragten Änderungen der Ortsklassen schon jetzt vorgenommen werden sollen, jedoch unter Beschränkung auf den Wohnungsgeldzuschuß, also unter Festhaltung der bisherigen Ortsklassen für den Servis. Nur die Servistasse V soll auch nach diesem Antrag vom 1. April 1902 ab in die Servistasse IV übergeführt werden.

Abg. Eichhoff (fr. Bg.): Insehr Antrag bedeutet jedenfalls eine Verbesserung des Kommissionsbeschlusses. Dieser bedeutet nichts weiter als eine Vertagung der ganzen Angelegenheit bis 1904. Die Vertagung wird mit der finanziellen Lage begründet. In demselben Augenblicke aber wo die Budgetkommission ihren Beschluß gefaßt hat, die Hunderte von Petitionen, die zu dieser Vorlage eingegangen sind, in den Papierkorb wandern zu lassen - das nennt man ja in der Parlamentsprache der Regierung als Material überweisen - hat sie beschlossen, in die Beratung der Vorlage, betreffend eine Reichsgarantie für eine Bahn in Ostafrika von Dar-es-Salaam nach Prosovo. Ein geringer Teil der Summe, welche dort bewilligt werden soll, würde genügen, um alle Ansprüche der Beamten auf höhere Wohnungsgeldzuschuß zu befriedigen. Wir wollen durch unsern Antrag wenigstens einen Teil der berechtigten Wünsche der Interessenten schon heute erfüllen. Ich bitte Sie daher, unseren Antrag zuzustimmen. (Bravo links.)

Staatssekretär Graf Posadowski: Es handelt sich bei dem Entwurf um eine Revision der Servistassen, und die Grundzüge, nach denen die Regierung bei dieser Revision verfahren ist, sind von keiner Seite als unrichtig nachgewiesen worden. Die Frage der Wohnungsgeldzuschuß-Reform hat zunächst mit dem Servistarif nichts zu thun; es ist nur ein Accidentale des Wohnungsgeldzuschuß-Gesetzes, daß die Bemessung des Wohnungsgeld-Zuschusses sich anlehnt an die Einteilung der Servistassen. Nach meiner Ansicht wäre die Annahme der Regierungsvorlage das richtigste. Falls aber die Kommissionsbeschlüsse angenommen werden sollten, möchte ich dringend bitten, die Neuregelung der Klasseneinteilung statt für 1904 frühestens für 1905 in Aussicht zu nehmen. Es werden so umfangreiche Erhebungen notwendig sein, daß die Durchführung der Revision bis 1904 ganz unmöglich ist. Der Antrag Eichhoff würde für die Regierung ganz unannehmbar sein.

Abg. Dr. Haffe (natl.): Wir halten eine Vertagung der ganzen Sache für das einzig richtige. Die Kommission glaubt über den Termin des 1. April nicht hinausgehen zu sollen. Neues Material meinte sie, sei nicht zu beschaffen, sondern nur das außerordentlich umfangreiche vorhandene Material zusammen mit den Ergebnissen der Volkszählung von 1900 durchzuarbeiten. Eine Trennung des Wohnungsgeldzuschusses vom Servistarif entspricht dem Wunsche der großen Mehrheit dieses Hauses.

Abg. Warbe (L.) macht auf die Inparität aufmerksam, die in Baden bezüglich des Wohnungsgeldzuschusses zwischen den badischen und Reichsbeamten bestehe und erklärt sich im übrigen für den Kommissionsbeschlusse.

Abg. Jubell (Soc.):

Die Budgetkommission hat die Geschäftslage des Hauses zum Vorwand genommen, um in eine Beratung der Materie überhaupt nicht weiter einzutreten. Wegen anderer Gegenstände aber, wie das Brauntweinsteuer-Gesetz und die Brüsseler Juderkonvention ist die Majorität sehr gern gewillt, hier noch einige Tage länger zu tagen. Es verlangt sie, daß die rechte Seite dieses Hauses die Verabschiedung der Vorlage zur Brüsseler Juderkonvention eventuell durch Obstruktion zu verhindern suchen wird. Auch wenn es sich darum handelt, den agrarischen Interessen bei der Brauntweinsteuer-Vorlage Vorteile zu verschaffen, kommt es der Mehrheit nicht auf die Zeit an. Es hat wohl kaum seinesgleichen, daß eine Kommission eine so große Anzahl von Petitionen ohne jede Prüfung einfach hat in den Papierkorb wandern lassen. Meine politischen Freunde erachten auch den Kommissionsantrag, wonach die Regierung für 1904 eine Vorlage einbringen soll zur endgültigen Trennung von Wohnungsgeldzuschuß und Servis, nur für einen Verlegenheitsakt, da ja der Regierungsbekträter keinen Zweifel darüber gelassen hat, daß die Finanzlage des Deutschen Reiches sehr schlecht ist und in wenigen Jahren noch viel schlechter sein wird.

Danach wird wohl 1904 auf die Annahme eines solchen Entwurfes kaum zu rechnen sein. Von einer Seite der Kommission wurde sogar zugestanden, man habe gar keine Lust, wegen einer solchen Materie bis in den Sommer hinein zu sitzen. Wenn es sich aber darum handelt, für sich selbst Vorteile zu gewinnen, so ist die Majorität sehr gern bereit, sogar Mittel zur Verfügung zu stellen, um bis weit in den Sommer hinein zu tagen. Jetzt aber soll der Reichstag unter allen Umständen zu Pflichten in die Ferten gehen. Die Regierungsvorlage nimmt so wenig Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands, daß sie von vornherein als unannehmbar gelten mußte. Ich will auf die Einzelheiten nicht eingehen. Meine politischen Freunde werden in erster Linie für den Antrag Eichhoff stimmen, weil dieser wenigstens sofort eine etwas bessere Stellung für die unteren Beamten mit sich bringt. Insehr weitere Stellungnahme werden wir von dem Schicksal dieses Antrages abhängig machen.

Geheimrat Dersch bestreitet, daß die Offiziere gegenüber den Beamten dadurch bevorzugt seien, daß sie sowohl erhöhten Servis wie erhöhten Wohnungsgeldzuschuß erhielten. Bei der Bemessung der Militärgehälter wird vielmehr der Durchschnittservis abgezogen. Weiter sei es ein Jactum des Abg. Haffe, daß die Ergebnisse der Volkszählung von 1900 in der Vorlage nicht berücksichtigt worden seien.

Abg. v. Waldow-Reichenstein (L.) befragt eine Erhöhung der Servisvergütung für Einquartierungsstellen auf dem Lande und in kleinen Städten.

Abg. Hoffmann-Dillenburg (natl.) wendet sich gegen den Antrag Eichhoff. Seine Durchführung würde einzelne Orte bevorzugen zu Ungunsten der Gesamtheit und so die bestehenden Ungerechtigkeiten vermehren statt beseitigen.

Abg. Langmann (fr. Bg.): Die Debatte hat ergeben, daß die Vorlage der Regierung ganz unbrauchbar ist. Die Rechte will, daß nach zwei Jahren eine bessere Vorlage eingebracht werde, wir wollen jetzt schon wenigstens etwas erreichen. Eine Resolution, wie die in der Kommission beschlossene, hat der Reichstag bereits 1897 angenommen. Die Regierung hat aber noch keine Grundzüge finden können, nach denen der Wohnungsgeld-Zuschuß gerechter als bisher berechnet werden könnte. Daher wollen wir mit unserem Antrag nunmehr selbst versuchen, solche Grundzüge zu finden. Bei Annahme unseres Antrages würden wir selbstverständlich den Servistarif der Vorlage zur erneuten Prüfung an die Kommission zurückverweisen. Wir kommen so im Oktober wieder zusammen, die Verzögerung wäre also nicht gerade bedeutend.

Abg. Werner (Antisl.) erklärt sich für den Antrag Eichhoff. Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Eichhoff wird abgelehnt und die Vorlage nach den Kommissionsbeschlüssen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Die von der Kommission vorgeschlagene Resolution wird ebenfalls genehmigt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Präsident Graf Vassestrom beraumt die nächste Sitzung an auf Donnerstag 1 Uhr mit der Tagesordnung: Antidote-Ridert und Gröber betr. Wänderung des Wahlgesetzes (dritte Lesung) und Toleranzantrag des Centrums (zweite Lesung Fortsetzung).

Der Präsident teilt weiter mit, daß er beabsichtige, für Freitag, den 2. Mai, unter anderem die zweite Beratung des Dänenantrags und für Montag die Brüsseler Juderkonvention und das Zuckersteuer-Gesetz in erster Lesung auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. v. Kardorff (Bp.) zur Geschäftsordnung: Ich möchte den Präsidenten bitten, das Zuckersteuer-Gesetz nicht schon so zeitig auf die Tagesordnung zu setzen. Es sind ja noch einige andre Sachen da, die vorher verhandelt werden können. (Große Unruhe links.) Wir haben ein dringendes Interesse daran, das Zuckersteuer-Gesetz nicht eher zu erledigen, als bis die Brauntweinsteuer-Novelle fertig ist. (Allgemeines Wohl links.) Wir wissen ganz genau, daß die Brauntwein-Novelle infolge der Obstruktion, die Sie (nach links) machen wollen, nicht zu stande kommt, wenn vorher das Zuckersteuer-Gesetz erledigt ist.

Präsident Graf Vassestrom: Sie können diese Bemerkung am Sonntagabend vorbringen, wenn ich den betreffenden Vorschlag für Montag machen werde. Außerdem handelt es sich ja nur um die erste Lesung, damit ist der Abschluß noch lange nicht erreicht. (Weiterkeit.) Meine Mitteilungen sollten vorläufig nur zur Orientierung der Abgeordneten dienen.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Die Zolltarif-Kommission

des Reichstags setzte am Mittwoch die Debatte über die Anmerkungen betreffend den Grenzverkehr fort. Unterstaatssekretär v. Fischer: Die Erleichterungen des Grenzverkehrs seien von den Bewohnern oft mißbraucht worden. In Hessen

Hausen seien sie über die Grenze gelaufen, um Fleisch zu holen. Und was für Fleisch! Vielfach gesundheitsgefährliches. Was auf diese Weise am Fleischzoll gespart worden sei, hätten die Ränder häufiger jogleich in Schanaps angelegt. Sanitär, finanziell und moralisch hätten die Erleichterungen im Grenzverkehr so erhebliche Nachteile im Gefolge gehabt, daß ihre gänzliche Aufhebung in Erwägung gezogen werden müsse. Die neuen Vorschriften über den Grenzverkehr seien daher nur als Uebergangsbestimmungen aufzufassen.

Sächsischer Geheimrat Rieger: Grober Mißbrauch sei in Sachsen nicht zu konstatieren gewesen, wohl aber ein nahe dem Mißbrauch stehender Gebrauch. (Weiterkeit.) Hammelfleisch sei um 30 bis 40 Pf., Schweinefleisch um 20 Pf. pro Kilo in Wöhrnen billiger wie in Sachsen. Deshalb seien die Grenzerleichterungen der armen Bevölkerung des Erzgebirges zu gönnen.

Gothein (fr. Bg.): Die heimischen Fleischer und Wäcker an der Grenze hätten ja einen Nachteil von den Erleichterungen im Grenzverkehr; das sei aber nur eine Folge unserer Schutzzölle. Die arme Bevölkerung, die sich die Erleichterungen zu nütze mache, sei viel bedürftiger. In den Grenzbezirken sei der Lohn durch die Konkurrenz der jenseits der Grenze wohnenden Arbeiter, die sich ihre Lebensmittel wesentlich billiger beschaffen können, gedrückt; bewillige man die zollfreie Einfuhr im Grenzverkehr, so treibe man die heimischen Arbeiter über die Grenze. Je schärfer man die Bestimmungen mache, desto mehr reize man zu Uebertretungen und schaffe Mißstimmung gegen den Staat. Speziell in Schlesien bestehe ein dringendes Bedürfnis für Forterhaltung des zollfreien Grenzverkehrs.

Geheimrat Rodah: Die Beschwerden der Fleischer und Wäcker seien für die Aenderung der Grenzbestimmungen nicht durchschlagend gewesen, sondern die im Grenzverkehr vorgekommenen Mißstände. Soweit der Grenzverkehr berechtigt sei, solle er auch aufrechterhalten werden.

Wolkenbühr (Soc.): Erschwere man den verarmten Bewohnern in den Grenzdistrikten noch mehr die Existenz, so beschwöre man die Gefahr von Hungerrebelten herauf.

Bayrischer Ministerialrat Ritter v. Geiger berichtet über Mißstände im bayrischen Grenzverkehr.

Fehr v. Wangerheim (L.): Der Fleischmangel in Oberschlesien beruhe nur auf den Treibern der ober-schlesischen Fleischer, die pommerisches Vieh unverkauft wieder vom Markte hätten abziehen lassen. Jenseits der Grenze herrsche eine unendliche Schweinerei in Bezug auf Fleisch- und Wadware.

Wiel (fr. Bp.) polemisiert gegen den Vordredner und befristet Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Grenzerleichterungen.

Herold (L.) begründet einen Antrag, der die Grenzerleichterungen nur im Falle „eines örtlichen Bedürfnisses“ gestatten will.

Darauf wird ein Schlußantrag v. Kardorff angenommen. Der Antrag Herold wird angenommen; ebenso die so abgeänderte Fassung der Regierungsvorlage.

Die Positionen 197 bis 199 betreffen Wadwerk, Teigwaren (Rudeln), Oblaten.

Fischer-Sachsen (Soc.): Ein Bedürfnis für Zoll ist hier nicht vorhanden, da die Ausfuhr die Einfuhr übersteigt.

Gothein (fr. Bp.): Der Zoll muß in einem Verhältnis zum Wohl- und Gierzoll stehen. Wenn man das Rohprodukt verteuert, muß auch das fertige Produkt im Zoll gesteigert werden.

Herold (L.) beantragt für die Positionen 198 und 199 einen Zollfuß von 25 M.

Für Position 197 wird die Regierungsvorlage, für 198 und 199 der Antrag Herold angenommen.

Position 202 legt auf Schokolade, Kakaomasse und Waren aus Kakaopulver einen Zoll von 80 M. wie bisher.

Gothein (fr. Bg.) beantragt den Zoll auf 60 M. zu ermäßigen.

Werner (Soc.): Schokolade sei ein Nahrungsmittel, deshalb dürfe sie nicht durch einen hohen Zoll verteuert werden. Der Satz der Regierungsvorlage wird hierauf angenommen. Es folgen Positionen 203, 204 und 205: Margarine, Margarine-läse, Anisfeinfein.

Wolkenbühr (Soc.) verweist darauf, daß ein hoher Margarine-zoll die Truffbildung fördern und von den Margarinefabrikanten ausgenutzt werden würde, die Aernsten auszuländern.

Fehr v. Wangerheim (L.) will die arme Bevölkerung dadurch schützen, daß man den Zoll für Anisfein auf 20 M. erhöhe. Er stellt einen entsprechenden Antrag, um dieses minderwertige Fett von der Volksernährung möglichst auszuschließen.

Nach kurzer weiterer Debatte werden die Positionen 203-205 nach den Sähen der Regierungsvorlage angenommen.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 0 Uhr.

Ein Antrag des Abg. Stadthagen (Soc.), die Sitzung wegen des 1. Mai ausfallen zu lassen, wurde abgelehnt.

Aus der Frauenbewegung.

Der Frauen Maifester!

Alles neu macht der Mai, macht die Seele frisch und frei! So singen die Kinder in froher Frühlingslust, wenn der lieblichste der Monate beginnt. „Mairegen macht groß“, rufen sie und tummeln sich froh im Freien, um das wunderthätige Rah auf Haupt und Glieder rieseln zu lassen. Und sie werden groß - neu liegt vor ihren Blicken die Welt, anders erscheint ihnen das Erwachen der Natur. Leise zieht es durch das Herz: „Im wunderschönen Monat Mai, da alle Knospen sprangen, da ist in meinem Herzen die Liebe ausgegangen.“ Der Sommertraum der ersten Liebe erfüllt die Seele, und froh wie der Maientag.

Und dieser liebe Freund der Kindheit, Vertraute der ersten Jugend, Freundtag der Vorfahren - der erste Mai - wie ist er uns jetzt erst teuer in seiner hohen Bedeutung! Wir sehen in ihm den herrlichen Feiertag der Welt, an dem sich die Nationen in gleichem Hochgefühl zusammenfinden, gemeinsam strebend nach dem großen Ziel der Völkervereinigung. Aus dem Bewußtsein der Gemein-samkeit schöpfen sie neue Kraft und neuen Mut zu dem großen Werk der Selbstbefreiung, denn nur was man selbst errungen, läßt sich festhalten. Friede lautet die beglückende Lösung unseres Völkertages; verheißungsvoll klingt sie auf dem weiten Erdennrund in Millionen Herzen wieder.

Und eine Forderung ertönt von den Millionen Lippen, die dem ersten Mai Lieder singen - die Forderung des Achthundertages. Sehr wohl wissen es die Völker, warum sie diesen Wunsch vorantreiben, warum sie bereit sind, in Ruhe und auf friedlichem Wege, aber unermüdet und rastlos um seine Verwirklichung zu kämpfen. Und die Frauen nicht minder als die Männer sollen dafür die Hand an den Pflug legen, denn nicht minder ist es zu ihrem Gedeihen notwendig, daß der Sieg errungen werde. Was ihnen unter dem schweren Joch über-langer harter Arbeit verloren ging, weil sie, mit Leib und Seele zu Boden gedrückt, sich nicht wehren und befreien konnten und mochten das giebt ihnen der Achthunderttag zurück. Etwas Ruhe und Aufhe, um nicht mehr in erlösender Abwechslung zu frönden oder zu schlafen, sondern um sich dazwischen der Familie und der Welt zu freuen, als Mensch zu leben, nicht bloß als Arbeitstier, um durch sein Dasein anderer Weisheit zu mehren. Für die Arbeiterin gilt dies doppelt; sie leidet ja nur zu gut die schweren Stunden, wenn die Hände erschöpfen und die Augen verjagen - aber doch muß sorgfältig werden, bis die Stunde der Erlösung schlägt. Und dann wartet ihrer dasheim die Hausarbeit und fordert neue Anstrengung. Gaben



die Überlasteten weniger Arbeit, dann findet sich Rettung für die Arbeitslosen; das ist auch eine wolkhätige Folge des verflügten Arbeitstages. Keine Proletarierin ist wohl im Lande, die nicht selbst gesehen, wie die Arbeitslosigkeit das Familienleben zerstört, Elend und Mangel im Gefolge bringt. Keine unter ihnen auch, die nicht den Hungernden Erquickung geboten; denn hilfreiches Mitleid ist am lebendigsten, am werthvollsten bei denen zu treffen, die selbst Not und Elend kennen. Aber höher noch als milde Gaben schätzt der bedürftige Arbeiter die Möglichkeit, zu erwerben, was er braucht. Dazu bietet der kurze Arbeitstag die beste Gelegenheit. So bleibt der Achtstundentag das nächste Ziel, dessen Erreichung unsere Aufgabe ist.

Die Gegner, welchen der Festtag, den sich das Volk gesetzt, ein Grauel ist, denen der Jubel der Maifeier als unangenehme Störung ins Ohr klingt, trösten sich mit der Behauptung, die begeisterte Festfreude sei längst geschwunden, das Volk sei gleichgültig und kümmerlich sich nicht mehr um sein Fest. Nun, der erste Mai ist gekommen und wird den besten Beweis liefern, wie falsch jene Meinung, bei der der Wunsch der Vater des Gedankens war, sich erweist. Nicht erloschen ist die Begeisterung; sie flammt heller als vordem. Wie jede friedliche Bewegung dringt sie allmählich vor, ergreift und festsetzt einen nach dem andern, hält aber die Gewonnenen mit harten Banden fest. Sache der Frauen ist es vor allem, sich eifrig an der Maifeier zu beteiligen; und nicht nur sich, sondern auch ihre Kinder, in deren Herzen die Maifreude lustig grünen soll. Die Früchte werden reifen, wenn die Zeit gekommen.

Es stimmt schon zu der Maienzeit, der hoffnungsreichen, daß die Feiern des ersten Mai dem gilt, was erst kommen soll. Die Gedenktage beschäftigen sich sonst mit der Vergangenheit, man gedenkt des großen Mannes, oder der großen That, die geschehen ist, mit Wehmut oder Freude, es sind Feste der Erinnerung. Unser schönes Maifest blickt in die Zukunft; wir feiern heute das, was vor uns liegt, was wir in froher Zuversicht erhoffen, in seliger Sicherheit erwarten. Wir feiern den nahenden Sieg des Volkswillens, wir feiern auch die einzelnen Stufen, die uns emporführen zu freier Entwicklung echten Menschentums. Wir feiern den Anbruch der besseren schöneren Zeiten, denn wie fühlen seinen Einzug in kindem Frühlingswehen und im Brausen des Sturmes; froh bewegt lauschen wir in ihren Stimmen den Boten der Zukunft. Wir kehren heim nach der Feiern mit neugekräfteter Vorsatz, dem hohen Ziele, dem sie geweiht ist, mit allen Seelenkräften zuzustreben. Auch uns macht der Mai frisch und frei; — hoffnungsvoll und zukunftsfröh schlägt das Herz den Tagen des Freiheitskampfes entgegen.

Ein Hoch dem ersten Mai.

## Partei-Nachrichten.

**Maifeierorgane.** Die Parteigenossen in Königsberg, die zu ihrer Maifeier in der Stadt leider kein Lokal bekommen können, beabsichtigen deswegen einen Ausflug in den Stadtpark in Juditten zu unternehmen. Zu einer Ansprache an die Festteilnehmer wurde die Genehmigung des Amtsvorstehers erbeten, die dieser jedoch durch folgenden erwiderten Bescheid verweigerte:

„Es handelt sich offenbar um die sozialdemokratische Maifeier, zu der die Heranziehung möglichst aller Arbeiter der Stadt Königsberg und Umgegend seitens der Partei erstrebt wird. Da die verfügbaren Polizeikommandos auch nicht annähernd ausreichen, um die in dieser Menschenmenge beim Anhören politischer Ansprachen möglicherweise entstehenden Unordnungen zu verhindern, ist aus der Abhaltung der Versammlung zweifellos Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu befürchten. Diefelbe ist demnach nicht zu genehmigen. (§ 9 Abs. 3 Gew.-V. 11./3. 1850.) Versuche, die Versammlung trotzdem abzuhalten, sind zu verhindern.“  
Der Amtsvorsteher.  
Scharifius.

**Die originelle Bekanntmachung des Stadtrates von Crimmitschau,** die wir gestern schon erwähnten, wird heute in den sächsischen Parteiblättern im Wortlaut mitgeteilt. Sie ist interessant genug, um auch unsere Lesern wörtlich bekannt zu werden. Das ist das Zeitdokument:

Es ist uns zur Kenntnis gebracht worden, daß bei der hiesigen Arbeiterbevölkerung Bestrebungen sich geltend machen, am 1. Mai d. J. von der Arbeit wegzubleiben und diesen Tag als Feiertag zu begehen. Da die unterzeichnete Behörde aber wünschen muß, daß die hiesigen Arbeiterkreise in ihrem eigenen Interesse von der Teilnahme an Handlungen bewahrt bleiben, die das Wohl der Arbeiter selbst zu gefährden geeignet sind, so will der unterzeichnete Stadtrat nicht unterlassen, hierdurch darauf hinzuweisen:

Daß derjenige Arbeiter, welcher am 1. Mai d. J. ohne Genehmigung seines Arbeitgebers und ohne einen sonstigen ihm zur Seite stehenden Rechtsgrund, also unbefugt, nicht zur vertragsmäßig übernommenen Arbeit erscheint, sich eines Kontraktbruchs schuldig macht, und sich daher nach § 123 unter 3 der Gewerbe-Ordnung der Gefahr der sofortigen kündigungsfähigen Entlassung aus dem Arbeitsverhältnis aussetzt.

Crimmitschau, 25. April 1902.  
Der Rat der Stadt Crimmitschau, Dr. Pusch.  
Das Schriftstück wird unseren Nachkommen noch mehr Spaß machen wie uns.

**Eine erhebende letzte Ehrung** wurde dem verstorbenen Genossen Heinrich Müller von seinen Kameraden und Parteigenossen bereitet. Die Beerdigung fand am Sonntag in Langenbielau statt. Einen solchen Leichenzug, so schreibt man der „Vreslauer Volkswacht“, wie den des einfachen und schlichten Vorsitzenden des deutschen Bergarbeiter-Vereins, hat Langenbielau vielleicht nie bisher gesehen. Allein die Langenbielauer und Reichensbacher Parteigenossen hatten 2000 Mann gestellt. Aus dem Waldenburger Kreise, dem früheren Wahlkreise des Verstorbenen, waren Bergleute in schmucker Knappenstracht und Mitglieder der politischen Organisation erschienen. Aus Wüstegiersdorf, Blumenau und Tannhaußen, wie aus Reurode und Hausdorf hatten Parteigenossen

den weiten, beschwerlichen Weg über das Eulengebirge gewagt. Von den oberflächlichen Bergarbeitern waren zwei Vertreter in Begleitung mitgeführt, denen bis zum Bahnhof in Beuthen 300 Kameraden das Geleit gegeben hatten. Das Zwickauer Bergrevier hatte ein Mitglied des Vorstandes, den aus der Zeit des Sozialistengesetzes bekannten Kameraden Strung entsendet.

Von überall her hatte man Kränze und Blumen gesandt und ihnen eine Widmung für den toten Führer und Genossen beigegeben. . . . Trauergesänge wurden angestimmt vor dem Trauerhause oben in der weltentlegenen Schlucht des Eulengebirges und auf dem Kirchhofe, nachdem man den trauernden Toten in die kühle Erde versenkt hatte. Trauermärsche spielte die Kapelle, die dem unabsehbaren Leichenzuge voranschritt. Trauer erfüllte alle die Korporationen, aus denen sich der Zug zusammensetzte. Aber das Werk, das Möller in seinen ersten Anfängen geführt und geleitet hat, wird fortleben und Bestand haben.

**Gemeindevahlen.** In Zeitz haben am Montag und Dienstag Stadtverordnetenwahlen stattgefunden, da die Stadtverordneten-Versammlung die letzten Wahlen, bei denen zwei Genossen gewählt wurden, für ungültig erklärt hatte: Die Wahlzeit sei nicht so ausgedehnt gewesen, daß alle Wähler in derselben hätten wählen können. Diesmal war die Wahlzeit gleich auf 2 Tage festgesetzt. Unsere Genossen erhielten zwar 80 Stimmen mehr, aber sie unterlagen mit 587 den vereinigten Gegnern, die 708 Stimmen aufbrachten. Gegen die Wahl wird Protest eingelegt werden, so daß jedenfalls nochmals ein Wahlgang stattfinden wird, der dann der letzte für ein und dieselbe Wahl ist.

**Ein festerer Grund.** Parteigenossen aus Heidelberg wollten am Sonntag in einem benachbarten Dorfe den „Arbeiter- und Bauernfreund“, ein Agitationsblatt, verbreiten. Sie wurden indes vom Polizeidiener daran gehindert; er teilte ihnen mit, daß der Gemeinderat die Verbreitung von Druckschriften verboten habe in Rücksicht auf das Regierungsjubiläum des Großherzogs. Der Verbotgrund hat den Vorteil, daß er nicht gerade alltäglich ist.

**Maifeier - Resolution der schweizerischen Arbeiterschaft.**  
Das Parteikomitee der schweizerischen sozialdemokratischen Partei empfiehlt allen Maifeier-Versammlungen die Annahme folgender Protestresolution gegen die Wucherzölle:

Die Versammlung protestiert energisch gegen die im neuen schweizerischen Zolltarif, wie er aus den Verhandlungen des Rationalrats hervorgegangen, ernstlich drohende Verteuerung notwendiger Lebensmittel. Eine solche Verteuerung würde höchstens einer kleinen Minderheit einige Vorteile bringen, müßte dagegen die übergroße Mehrzahl des arbeitenden Volkes in Stadt und Land, mit Inbegriff des größten Teils der kleinbäuerlichen Bevölkerung, empfindlich schädigen und ihre Lebenshaltung verschlechtern. Die Versammlung spricht gegenüber den eidgenössischen gesetzgebenden Räten die bestimmte Erwartung aus, daß sie diesem Proteste Rechnung tragen und bei der endgültigen Festsetzung des Zolltarifs die in Betracht kommenden Anträge namhaft erwähnen werden.

Es ist nicht daran zu zweifeln, daß diese Resolution am 1. Mai allerorten von der versammelten Arbeiterschaft einstimmig angenommen werden wird.



# Mai-Feier

der  
**Socialdemokrat. Parteigenossen**  
Berlins.

1. Wahlkreis: Palast-Theater, Burgstrasse No. 22.
2. Wahlkreis: Bock-Brauerei, Fidicinstr. 2/3, am Tempelhofer Berg.
3. Wahlkreis: Neue Welt, Hasenheide.
4. Wahlkreis (Süd-Ost): Sanssouci, Kottbuserstrasse 4a.
4. Wahlkreis (Ost): Brauerei Friedrichshain (Lipps), am Königsthor.  
do. Kellers Festsäle, Koppenstrasse 29.
6. Wahlkreis (Schönh. Vorstadt): Puhlmanns Vaudeville-Theater.  
Schönhauser Allee 148.
- do. Berliner Prater, Kastanien-Allee 7-9.

Nieder-Barnim: Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer No. 15.  
Lichtenberg - Friedrichsberg: Höflichs „Schwarzer Adler“,  
Frankfurter Chaussee 120.

Ein reichhaltiges Programm, bestehend in:

## Festreden, Instrumental- und Vokal-Konzert,

### Theater, Lebenden Bildern,

#### turnerischen Aufführungen, Vorträgen

ernsten und heiteren Inhalts, Feuerwerk, Tanz u. Kinderbelustigungen wird die Maifeier zu einem wahren Volksfest machen.  
Der Festgesang wird von den Gesangsvereinen des Arbeiter-Sängerbundes ausgeführt.

Anfang 4 Uhr. — — — Eröffnung der Kaffeeküche 2 Uhr.  
Alles Nähere die Plakate und Billats der einzelnen Wahlkreise.  
Um recht zahlreiche Beteiligung in allen Kreisen ersuchen  
Die Vertrauensleute Berlins.

## Mai-Versammlungen

der im **Gewerkschafts-Kartell** für Berlin und Umgegend  
vereinigten Organisationen

am **Donnerstag, den 1. Mai, vormittags 10 Uhr.**  
Die Versammlungen finden mit Frauen statt.

Tagesordnung in sämtlichen Versammlungen:  
**Die Bedeutung des ersten Mai.**

<p><b>Bauarbeiter.</b> Englischer Garten, Alexanderstraße 70. Referent: Stadtr. Fritz Wille.</p> <p><b>Fliesenleger, Isolierer u. Rohrumhüller</b> Restaurant Schulz, Grenadierstraße 33. Referent: Genosse Reudtke.</p> <p><b>Holz- und Bretterträger sowie Brett- schneider</b> Königsstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72. Referent: Genosse Paul Jahn.</p> <p><b>Maler.</b> Restaurant Feuerstein, Alte Jakobstraße 75. Referent: Genosse Davidsohn.</p> <p><b>Musikinstrumentenarbeiter und Tischler</b> bei Braunmann, Rammstraße 27. Referent: Genosse Kater.</p> <p><b>Möbelpolierer.</b> Restaurant Königsplatz, Gr. Frankfurterstr. 117. Referent: Hugo Fochsch.</p> <p><b>Riftenmacher.</b> Restaurant Stecher, Andreasstraße 21. Referent: Genosse Dr. Wepl.</p> <p><b>Kürschner.</b> Luna-Café, Neue König-Strasse 7. Referent: Genosse Aug. Peters.</p> <p><b>Portefeuillier und Leder- galanterie-Arbeiter.</b> Fürstehof, Köpenickerstraße 137/138. Treffpunkt: Vormittags 9 Uhr bei Nagel, Kaiser Krois, Grenadier-Platz 7. Nachmittags: Familien-Zusammenkunft im Jägerheim, Köpenicker Landstraße, erstes Lokal bei freiem Konzert und Tanz.</p>	<p><b>Lapezierer</b> (Postierer und Kleber) bei Jannasch, Anhalterstr. 10. Referent: Genosse H. Kleinlein. Nach der Versammlung: Gemeinschaftlicher Ausflug nach Tegel. Für Rückkehrer: Treffpunkt bis nach- mittags 3 Uhr in Trapps Freisälen, Bahnhofstr. 1, am Bahnhof Tegel.</p> <p><b>Töpfer.</b> Ausflug nach Johannisthal. Treffpunkt: 9 Uhr Bahnhof Treptow. Für Rückkehrer nachmittags 2 Uhr bei Senfleben in Johannisthal.</p> <p><b>Zinngießer und Stürzer.</b> Ausflug nach dem Restaurant Teichschloßchen in Friedrichshagen.</p> <p><b>Maurer.</b> Germania-Brandsäle, Chausseestraße 103. Referent: Genosse Heilmann.</p> <p><b>Zimmerer.</b> Bühnisches Brandhaus, Randsberger Allee 11/13. Referent: Genosse Kallisch.</p>
---	---

**Gemeinsame Versammlung**  
in den Vornissa, Sälen, Kiefernstraße 6-7.  
Referent Genosse Dr. Paul Bernstein.  
Buchdrucker begeben sich direkt nach der Ver-  
sammlung.  
Steingläser begeben sich direkt nach der Ver-  
sammlung.  
Metallarbeiter. Treffpunkt um 8 1/2 Uhr bei  
Carl Watt, Dragonerstr. 15.  
Hausdiener und Packer begeben sich direkt nach  
der Versammlung.  
Kohler treffen sich um 8 1/2 Uhr bei Carl Watt,  
Dragonerstr. 15.  
Schirmmacher begeben sich direkt nach der Ver-  
sammlung. 288/16

Den Mitgliedern steht es frei, sich einer der vor-  
stehenden Versammlungen anzuschließen.

Die Gewerkschaften haben das Anmelden der Versammlungen selbst zu  
besorgen. Bei den Zusammenkünften bedarf es keiner Anmeldung.  
Ueber die Anzahl der Versammlungsbesucher ist dem Bureau, Dragoner-  
straße 15, Mitteilung zu machen.  
Die Mitglieder werden ersucht, sich mittags und abends an den Partei-  
Festlichkeiten regen zu beteiligen.

Der Ausschuß.

<p style="font-size: 0.8em; margin: 0;">Am 1. Mai bleibt mein Geschäft wie bisher ge- schlossen. Wilh. Pahr, Arbeitsange- Brannestr. 113.</p>	<p style="font-size: 0.8em; margin: 0;"><b>Paul Gruss</b> empfehlen sein 235/36 Restaurant „Philadelphia“, Greifswalderstr. 138-139. Zwei Regalkabine, Kasse, Kasse, großes Bereitszimmer, schöner Garten.</p>	<p style="font-size: 0.8em; margin: 0;"><b>Dr. med. Schaper</b> homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f. Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten, Königsgrünerstr. 27. Sp. 9-1. 4-7.</p>
---	--	--



# Maifeier

der  
socialdemokratischen Parteigenossen

des  
**V. und VI. Berliner**

und des  
Teltow-Beeskow-Charlottenburger Wahlkreises.

## V. Wahlkreis:

Schweizer Garten am Königsthor

## VI. Wahlkreis:

Ahrends Brauerei, Turmstraße 25-26  
Moabiter Gesellschaftshaus (Peters), Mt-  
Moabit 80-81

Feldschlößchen, Müllerstraße 142 247/11

Giskeller, Chausseestraße 88

Ballschmieders Kastanienwäldchen, Badstr. 16

Marienbad, Badstraße 36

Wernau, Schwedterstraße 23-24

## Teltow-Beeskow:

Köpenick: **Wilhelmsgarten (Scheer)**

Hotel Kaiserhof

Schöneberg: **Obst, Weiningerstraße 8**

Wilmersdorf: **Wittes Volksgarten, Berlinerstr. 140**

Charlottenburg: **Volkshaus, Köpenickerstr. 3**

bestehend in

Konzert, Gesangs-, theatralisch. u. turnerisch. Aufführungen.

## ==== Festsreden ====

Lebenden Bildern - Tanz - Kinderbelustigungen.

Die Gefänge werden von den Gefangenen des Arbeiter-Sängerbundes ausgeführt.  
Anfang 4 Uhr. Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr an geöffnet.  
Alles Nähere durch die Plakate und Programme in den einzelnen Wahlkreisen.

## Volks-Versammlungen

vormittags 10 Uhr

Britz: **Rosensee-Terrasse, Chausseestraße 69-70.**

Adlershof: **In Köpenick bei Scheer.**

Durch abwechslungsreiches Arrangement dieser Festlichkeiten glauben wir der Arbeiterschaft in jeder Weise Rechnung getragen zu haben und ersuchen daher um zahlreiche Beteiligung. Die Komitees.

## In Folge grosser Abschlüsse

in  
Teppichen, Portièren, Gardinen, Stores,  
Divan-, Tisch- und Steppdecken,  
Läufern, Möbelstoffen und Plüsch

sind wir in der Lage, solche für die Hälfte des regulären Wertes zum Verkauf zu stellen, und können wir Lagerbesuch nur dringend empfehlen.

## Teppichhaus Adler & Co.,

Königstr. 20-21, dicht am Rathaus.

**H. Eberts Festsäle „Neues Klubhaus“**  
72 Kommandanten-Strasse 72.

Grosse u. kleine Säle (Bühne), bis 500 Personen fassend, an vergeben. Habe noch Sonnabende u. Sonntage frei.  
Sonntag, Mittwoch und Donnerstag: **Grosser Ball.**

**Zähne 2 Mk.** 10 Jahre Garantie.  
Teilzahlung wöchentlich 1 Mark.  
Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 Mark.  
Plomben 1,50 M. Reparatur sofort. Umarbeit. schlechtsitz. Gebisse  
**Zahn-Arzt Wolf, Leipzigerstr. 130.**

(Haus Schaarwächter). Sprechst. 9-7 Uhr. [1917]



Ziehung am 6. Mai 1902.

## Stettiner Jubiläums- Pferde-Lotterie

Hauptgewinne:  
**15 Equipagen, complet bespannt**

und zusammen  
**100 Reit- u. Wagenpferde**

25 Damenfahrräder  
40 Herrenfahrräder  
160 goldene Medaillon  
5000 Paar silb. Esslöffel  
zus. 5313 Gew. Werth Mark

**200,000**

Orig.-Loose à 1 M., 11 Loose = 10 M.,  
Porto u. Gewinnliste 20 Pfg. empfängt

**Carl Heintze**

Berlin W., Unter den Linden 3.

Besohl- Inhalt Gewinner Weg 3 sind alle Briefe sehr billig.



# MAX BUSSE

Uhren und Goldwaaren

**175. Brunnen-Strasse No. 175.**

Strassenbahn-Haltestelle an der Invalidenstrasse.

Massiv goldene Ringe von 1,50 M. an.

Silberne und versilberte Tafel-Geräte und Bestecke



zu  
**Hochzeits- u. Pathengeschenken.**

**Brillanten.**

**Goldene u. silberne Uhren**

sowie Uhrketten in massiv Gold, Double, Silber, Talmi etc.

Specialität: **Schieberketten für Damen.**

**Regulatoren, Hänge-Uhren und Standuhren**

eigenen Fabrikats.

40103\*

Sämtliche in den grossen Räumen meines Hauses ausgestellten Waren sind solide gearbeitet trotz der billigen Preise und bürgt das 24jährige Bestehen meines Geschäfts für die Reellität der Bedienung.

**Möbel-Fabrik** u. Lager kompletter  
Wohnungs-Einrichtungen

zu Fabrikpreisen - Eigene Werkstätten - empfiehlt  
am Kottbuser Thor. [3812L]

**Julius Apelt, Skallitzerstr. 6,**

**Wurstbruch** in schöner Ware u.  
45 Pf. pr. Pf. an,  
sowie Knochen,  
Snochenfleisch, Gabeln etc. täglich  
frisch in unserem Detailverkauf-Baden  
Berliner Markt u. Fleischwaren-  
Fabrik Petersburger Platz 8. [

## Achtung! Moabit!

Welche Ansprüche stellen Sie an ein reelles  
Herren- und Knabengarderoben-Geschäft?

Ich verlange:

1. **Gute Waren.**

Das heisst: die fertigen Anzüge sollen aus guten Stoffen, mit guten Futterstücken versehen, sauber und gutgehend angefertigt sein.

2. **Vornehme höfliche Bedienung.**

Dazu gehört: daß gute reichliche Auswahl vorhanden ist, vorgelegt und anprobiert wird, jede zur Sache gehörige Auskunft bereitwillig erteilt und alles Überflüssige Sprechendes und Anpreisendes vermieden wird.

3. **Reellität.**

Zu deutsch: **Ehrlichkeit.**

Jedes Stück muß in deutlichen, für jedermann lesbaren Buchen mit dem feinen Verkaufspreis bezeichnet sein. Dieser Preis muß billig, der Qualität der Ware angemessen, und absolut fest sein. Es darf nicht vorkommen, daß verschiedene Personen verschiedene Preise für dieselbe ganz gleiche Sache bezahlen.

Auf vorstehende drei Principien lege ich den größten Wert. Jedermann weiß und muß es einsehen, daß er auf die Dauer nur da gut bedient werden kann, wo er auch mit unbedingtem Vertrauen kauft. Dieses Vertrauen muß gegenseitig sein. Wo gehandelt wird, wird betrogen. Der Nutzen des realen Geschäfts ist so gering, daß ein Abzug schlechterdings unzulässig ist. Er gleicht in diesem Fall einem Abzug am Arbeitslohn, und wer wäre wohl geneigt, sich darauf einzulassen!

Also: Wer dennoch abläßt, hat den Preis so normiert und muß ihn eben so normieren: **daß er ablassen kann.**

Wo ist aber dann die Grenze? Wie viel soll, wie viel darf man ablassen, resp. abhandeln?

Wer kennt wohl den Wert einer Ware besser, der Kunde, der sich von Zeit zu Zeit ein Stück kauft, oder der Kaufmann, der täglich damit zu thun hat?

Wer fällt also rein? Immer und allezeit der Kunde!

Ich habe ein großes Lager

moderner Jackettanzüge . . . von 12-45 Mk.

moderner Sommerpaletots . . . 9-36 ..

moderner Knabenanzüge . . . 2-20 ..

H. Rock- und Gehrockanzüge . . . 20-60 ..

Specialität: **Hosen.**

H. schwarze Hosen 2,80, 4,00, 4,50, 6,00, 7,50, 9,00 etc.

„ helle Hosen . . . 2,00, 2,70, 3,50, 4,50, 6,00, 7,00 etc.

Diverse glatte und gestreifte Hosen.

Sämtliche Waschanzüge für Herren und Knaben.

„ Arbeitssachen für alle Berufe.

Glänzend bewährt:

## Maass-Abteilung.

Gebiegene, solide Schneiderarbeit. Keine Puscherei oder Bohndrückerel.

Ueberall: **Streng feste Preise, ohne Vorschlagen, ohne Nachlassen.**

Erste Referenzen aus organisierten Arbeiterkreisen.

# Herrmann Schlesinger

am Arminiusplatz. **Turmstr. 85** neben der Heilandkirche  
gegenüber der Markthalle.







# Arbeiterschutz.

## Die Verkürzung der Arbeitszeit in Deutschland.

Das Deutsche Reich steht im Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts unter dem Zeichen einer starken wirtschaftlichen Depression. Wie sich die Socialpolitik in solchen schweren Zeiten zu verhalten habe, darüber sind die Meinungen sehr geteilt. Die einen glauben, daß man der Industrie „Lasten“ des Arbeiterschutzes nicht aufhaken dürfe zu einer Zeit, in der sie ohnehin gefährdet sei. Die andern, zu denen auch wir uns zählen, glauben dagegen, daß gerade die Zeiten, in denen die Arbeiterschaft schwer zu leiden hat, gebieterisch eine Ausdehnung des Arbeiterschutzes, vor allem aber eine gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit erforderten. Dadurch sollte und könnte dem gewissenlosen Wucher jener handindustriellen Unternehmer vorgebeugt werden, die regelmäßig als Hyänen auf dem wirtschaftlichen Schlachtfeld erscheinen, und deren Wirklichkeit die wunderbare Erscheinung zu danken ist, daß zu Zeiten sinkender Arbeitsgelegenheit die Ausbeutung der Frauen- und Kinderarbeit ins Ungemeine wächst.

Unter diesen Umständen erschien die Verkürzung der Arbeitszeit in Deutschland, wo sie erfolgte, diesmal oft mehr als ein Damm gegen die augenblicklichen Gefahren der Arbeitsnot, denn als ein dauernder socialpolitischer Fortschritt. Gesehlich wurde allerdings nicht vorgelegt, es wäre denn, daß man die Verordnung des Bundesrats, die für das Gas- und Wasserwerk der 16 städtischen Maximalarbeitszeit normiert und den Steuern den blutigen Weg auf die Junge legt, sie hätten den „doppelten Achtstundentag“, zu den gesetzlichen Vorschriften gegen die Arbeitsnot zählen wollte. Man wird ebenso wenig wie für diese Verordnung sich etwa für die Maßnahme der bayerischen Artilleriewerksstätten begeistern dürfen, die den Achtstundentag eingeführt haben — für die Sonn- und Feiertage.

Im großen und ganzen blieb es der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft überlassen, aus der Verminderung der Arbeitsgelegenheit die erforderlichen Folgerungen zu ziehen. Da war es nun eine erfreuliche Erscheinung, daß die Arbeiter in zahlreichen Fällen eine Herabsetzung der Arbeitszeit vorschlugen, um Arbeiterentlassungen zu vermeiden. Anstatt, daß sich das Gewitter der Krise über den Haupten einzelner Unglücklichen entläd, soll sich seine Wirkung auf eine größere Bekanntheit verteilen. Es ist sicher die beste Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, wenn man den Arbeiter nicht bloß gegen die Folgen der unfreiwilligen Miße, sondern auch vor dieser selbst sichert. So wurde beispielsweise die Arbeit in den Elektrizitätswerken von Schuckert durch gütliche Vereinbarung zeitweilig auf acht Stunden herabgesetzt. Ebenfalls durch gütliche Vereinbarung zwischen Meistern und Gesellen wurde in den Silberschlägereien von Hürtz und Schwabach der Achtstundentag eingeführt. Hier sprechen allerdings neben den rein wirtschaftlichen auch hygienische Gründe hervorragend mit.

Erst spätere Untersuchungen, auf deren Ergebnis man gespannt sein muß, werden zeigen, wie weit durch die Verkürzung der Arbeitszeit das gewollte Ziel verminderter Arbeitsleistung erreicht worden ist. Es ist ganz selbstverständlich, daß es eine Grenze gibt, über die hinaus die Arbeitszeit nicht beschränkt werden kann, ohne damit das Quantum der täglich verarbeiteten Arbeitskraft zu verringern; es müßte aber erst von Gewerbe zu Gewerbe untersucht werden, wo diese Grenze zu finden ist.

Für den niederschlesischen Bergbau liegen nach dieser Richtung bereits aus neuerer Zeit Erfahrungen vor. Im Anschluß an die österreichische Bergarbeiterbewegung, also nicht aus Gründen der Krise, forderten die niederschlesischen Bergarbeiter den Achtstundentag. Man begann mit seiner Einführung 1. April 1900 und zu Ende desselben Jahres war bereits auf allen größeren Werken die Achtstundenschicht eingeführt.

Die Unternehmer sind mit den Erfolgen so zufrieden, daß sie nun erklären, an der Achtstundenschicht „streng festhalten“ zu wollen. Es ergab sich, daß das erste Quartal des Jahres 1900 die schlechtesten Ergebnisse lieferte, dann gewöhnte sich die Belegschaft an die neue Arbeitszeit und die Leistungen stiegen wieder. In manchen Gruben wie den Hürtzsteinern, förderten die Arbeiter bei achtstündiger Arbeitszeit sogar pro Kopf um 2 Tonnen mehr jährlich als im Vorjahre bei zehnstündiger Arbeitszeit! In anderen Gruben ist die Leistung gleich geblieben, im Durchschnitt ist sie bei einer 20prozentigen Schwächung nur um 5 Proz. gesunken; wie weit noch diese Verminderung der Leistung auf eine Verschlechterung der natürlichen Arbeitsverhältnisse in den Gruben zurückzuführen ist, entzieht sich der Berechnung.

Während die niederschlesischen Grubenmagnaten ihre Vorteile bei der Einführung des Achtstundentages erkannt haben, hat der Leiter der Reichs-Stiftung in Jena, Professor Abbe, auf dem Mechanikertage, der im August 1901 in Dresden abgehalten wurde, tauben Ohren gesprochen. Er trat für die allgemeine Einführung des Neunstundentages ein und wies auf die berühmten günstigen Erfahrungen hin, die er selbst in Jena mit dem Achtstundentage gemacht hatte. Trotzdem konnten die wiedererweckten Mittelklasse die Angst vor dem roten Lappen nicht überwinden, und überfielen den mißliebigen

Reverer mit einer Flut wohlgemeinter, aber unfagbar komischer Entwürfsreden. Die Verhandlungen dieser Versammlung werden für alle Zeit ein kulturhistorisches Dokument bleiben für die bornierte Rücksichtslosigkeit deutschen Unternehmertums.

Abbe hat später für die läbliche Behandlung, die ihm in Dresden widerfahren war, edle Reue genommen mit zwei Vorträgen, die er zu Ende des vorigen Jahres in Jena hielt, und in denen er die Erfolge des Achtstundentages in dem von ihm geleiteten Unternehmen des näheren darlegte. Der Uebergang vom Neunstundentag zum Achtstundentag hat hier nicht nur den Stundenverdienst um 10 Proz. erhöht, sondern auch eine bessere Ausnutzung der Werkzeugmaschinen um 12 Proz. ermöglicht.

Auch sonst fehlt es nicht an einzelnen günstigen Erfolgen, die in Deutschland mit dem Achtstundentag gemacht worden sind. So ist in Offenbach für die städtischen Gas- und Wasserwerke der Achtstundentag eingeführt worden und die ersten Rechnungsergebnisse haben gezeigt, daß sich die Produktionskosten durch die Verkürzung der Arbeitszeit um nichts erhöht haben.

Trotzdem muß es gesagt werden: Vielleicht in keinem civilisierten Lande hat die Bewegung zu Gunsten einer menschlich-erträglichen Arbeitszeit, einer Arbeitszeit, die eine gesunde Erneuerung der Kräfte möglich macht und dem Arbeiter Zeit läßt, Mensch, Familienvater und Bürger zu sein, bei gleicher Kräfteanpannung so geringe Erfolge erzielt wie in Deutschland. Denn dieses Land der Denker wird gegenwärtig von einer ebenso gedankenlos wie profitgierigen Unternehmerhorde beherrscht, die konservativ an den alten Formen der Ausbeutung festhält, wenn auch tausendmal wissenschaftlich bewiesen wird, daß diese unfinnige Schinderlei auf Zeit dem einen weh thut, ohne dem andern Nutzen zu bringen. ... Staatssekretär des Innern ist noch immer Graf Poladowsky und Herr Müller ist Handelsminister von Preußen! Unter Nationalliberalen sind Socialreformer und auf des Centrums Bettelstufen schwimmen die Forderungen der Arbeiterfreundlichkeit. Trotzdem ist es den Vertretern der Arbeiterschaft bisher nicht einmal gelungen, in diesem socialpolitisch so sehr erleuchteten Reichstage einen ausreichenden Schutz der Kinder gegen kapitalistische und jüngerliche Ausbeutung durchzusetzen. Die Arbeiterfeier des ersten Mai ist eine friedliche Demonstration für friedliche Forderungen; der Arbeiter-Schuld ist es nicht, wenn sie sich im Deutschen Reich zu einer flammenden Manifestation der Unterdrückten gegen die Unterdrücker wandelt.

## Der Kampf um den Achtstundentag im Auslande.

Leichte Siege mögen erfreulich sein, schwer errungene sind des höheren Rufes würdig und doppelt löblich ist ihr Preis.

Der Kampf um den Achtstundentag ist bisher kein Rennen auf glatter Bahn gewesen, sondern ein mühselig-geduldiges Wandern im Urwald. Durch das Gestrüpp der Vorurteile und die Schlingengewächse kleinlich beschränkter Profitinteressen muß sich der Pionier des socialen Fortschritts mit der Äxt einen Weg bahnen. Es ist nicht so leicht, Siege zu Gunsten der Arbeiterschaft zu machen, und es gehört wahrhaftig mehr dazu als Dunderschwärze und Papier.

Man mag in der Entwicklung der Arbeitszeit zum gesetzlich festgelegten Achtstundentag mehrere Hauptstadien unterscheiden, die sich freilich nicht immer streng voneinander abheben, aber im großen ganzen doch wohl auseinander zu halten sind. Es sind zunächst philanthropische oder einsichtsvolle Unternehmer, die in ihren Werken verkürzte Arbeitszeiten einführen, um bald die überausende Entdeckung zu machen, daß die Arbeitsleistung die gleiche geblieben ist. Die Entwicklung der Konjungenoffenschaften führte zur Errichtung von Werkstätten, in denen gleichfalls die achtstündige Arbeitszeit eingeführt und ihre Durchführbarkeit vom Standpunkte der Ertragsfähigkeit erwiesen wird. Die gewerkschaftliche Bewegung setzt auch sodann für eine faktische Verkürzung der Arbeitszeit, sei es in einzelnen Unternehmungen, sei es in bestimmten Branchen eines einzelnen Ortes oder eines ganzen Landes, entschieden ein, und bei den Lohnkämpfen spielt die Verkürzung der Arbeitszeit in steigendem Maße die Hauptrolle. Schließlich stellt sich auch die politische Körperschaft — Gemeinde oder Staat — durch den Einfluß der Arbeitervertreter genötigt, für Arbeiten, die sie in eigener Regie ausführt oder im Submissionswesen vergiebt, die achtstündige Arbeitszeit zur Norm zu erheben. Das Ende dieser Entwicklung ist und muß sein die allgemeine gesetzliche Einführung des Achtstundentages.

Ein Ueberblick über die Verhältnisse in der civilisierten Welt lehrt uns, daß Australien und Neuseeland in der tatsächlichen (nicht gesetzlichen) Durchführung der achtstündigen Arbeitszeit am weitesten vorgeschritten ist, während sich Bestrebungen zur gesetzlichen Festlegung der Achtstundearbeit in den Vereinigten Staaten von Nordamerika mit dem verhältnismäßig größten Erfolge geltend machen. So haben im letzten Jahre verschiedene Staaten der Republik Achtstundengesetze beschlossen, die für alle öffentlichen

und Submissions-Arbeiten Geltung haben sollten. Solche Beschlüsse wurden in Washington und Columbia gefaßt, ihre Gültigkeit aber von verschiedenen Gerichtsbehörden bestritten, weil sie in das Recht der Arbeiter auf freie Selbstbestimmung eingriffen. Es ist nicht zu bezweifeln, daß dieser Vorstoß der richterlichen Praxis gegen die Gesetzgebung nur ein Nützungsgefecht ist, das veraltete monarchistische Auffassungen der modernen Anschauung liefern. Eine allgemeine gesetzliche Bestimmung zu Gunsten des Achtstundentages ist indes im ersten Jahre des 20. Jahrhunderts auch nicht in Amerika getroffen worden.

Frankreich besitzt bekanntlich seit zwei Jahren einen gesetzlichen Normal-Arbeitstag für sogenannte gemischte Betriebe, in welchen Arbeiter beider Geschlechter beschäftigt werden. Die Länge des Normal-Arbeitstages begann mit 11 Stunden, sie ist seit dem 1. April d. J. auf 10 1/2 Stunden herabgesetzt und ist nach Ablauf von abermals zwei Jahren auf 10 Stunden reduziert worden. Für die Arbeiter der staatlichen Verwaltung des Telegraphen- und Telegraphenbetriebes wurde von Millerand der Achtstundentag eingeführt. Versuche, die in der Spitzenindustrie von Salais auf Anregung des Handelsministers mit dem Achtstundentage gemacht wurden, ergaben günstige Resultate.

Von höchster Bedeutung für die Frage des Achtstundentages sind die Kämpfe, die die Bergarbeiter von drei großen Kulturstaaten geführt haben. In England hielt sich das Streben nach der achtstündigen Arbeitszeit, wie es die Miners Federation unter Pickards Leitung vertrat, streng in den Grenzen parlamentarischer Gepflogenheiten. Nachdem das Gesetz in zwei Lesungen mit allerdings recht knappen Mehrheiten angenommen war, wurde es in der dritten entscheidenden Lesung des Unterhauses im März 1902 mit 208 gegen 207 Stimmen verworfen. In der Geschichte der englischen Arbeiterschaft wird die Erzählung dieses Vorganges kein Ruhmesblatt werden; denn es war der Einfluß zweier konservativer Bergarbeitervertreter, Fenwick und Wilson, der den Gesetzentwurf zu Fall brachte. Diese konservativen Vertreter der Manchesterfreiheit belesen sich darauf, daß ein großer Teil der englischen Bergarbeiter durch ihre gewerkschaftliche Organisation bereits eine noch kürzere Arbeitszeit erlangt hätte, unterließen aber hinzuzufügen, daß die jugendlichen Arbeiter im Bergbau unter viel längeren Arbeitszeiten schwereren Schäden leiden. Der Antrag Pickards auf Einführung der achtstündigen Arbeitszeit für Arbeiter unter 21 Jahren und vollständiges Verbot der Untertag-Arbeit für jugendliche Personen von noch nicht 18 Jahren fiel mit 224 gegen 158 Stimmen.

Auch das österreichische Abgeordnetenhaus hat sich mit der Regelung der Arbeitszeit im Bergbau beschäftigt. Der große Bergarbeiter-Streit vom Jahre 1900 hatte an die Unternehmer die Forderung des Achtstundentages gestellt. Am den gefährlichen Ausnahmestufen zu können, versprach die Regierung des Herrn v. Koerber eine Regelung dieser Frage auf gleichem Wege zu versuchen. Ein Antrag der Socialdemokraten auf Einführung des Achtstundentages fand im Abgeordnetenhaus keine Gegenliebe. Man beschloß die Einführung eines durch Ausnahmen vielfach durchlöchernten Neunstundentages.

Im Gegensatz zur österreichischen Bergarbeiterbewegung, die erst durch die Regierung vom rein gewerkschaftlichen auf den politischen Boden abgedrängt wurde, richtete sich ihr französisches Gegenstück vom Herbst des vergangenen Jahres von vornherein auf gesetzgeberische Ziele. Unter den Forderungen, die die französischen Bergleute für ihren beabsichtigten und wieder verhängten Generalstreik in Aussicht nahmen, spielte die des gesetzlichen Achtstundentages eine hervorragende Rolle. Die Bewegung, die vorläufig ein drohendes Warnungssignal für die Zukunft geblieben ist, fand wenigstens, soweit sie den Achtstundentag betrifft, bei der Regierung und der Kammermehrheit großes Entgegenkommen, ohne daß deshalb ihr Erfolg endgültig entschieden wäre.

Von den kleineren Staaten hat Norwegen in seinen Militär- und Marineverdiensten an Stelle einer Arbeitswoche von 53 Stunden verfuhrsweise eine solche von 48 Stunden eingeführt. In den Werkstätten der Staatsbahnen wurde die Arbeit von 59 auf 53 Stunden beschränkt. Auch Spanien hat für die Staatsverwaltungen den Achtstundentag eingeführt, indem es aber für Arbeiter einen lächerlich geringen Lohn festsetzte, nahm es — nach gut deutscher Art — mit der linken Hand wieder, was es mit der rechten gegeben hatte.

Man mag nun den Wert dieser Ertragsgewinne des letzten Jahres — ihre Liste macht auf Vollständigkeit keinen Anspruch — im einzelnen so hoch oder so niedrig wie möglich schätzen, schließlich gibt immer das Zusammenzählen ein läßliches Stimmchen des Erfolges. Und dieses Ergebnis ist um so bemerkenswerter, als dabei die wichtigsten und erfolgreichsten Vorarbeit zur Erreichung des gesetzlichen Achtstundentages, der gewerkschaftliche Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit, außer acht bleiben muß. Es sind nicht bloß die großen welterschütternden Streiks, es sind vielmehr noch die unzähligen und stattdessen nur unvollkommen bekannnten kleinen Kämpfe, die rastlos Stück für Stück die Lasten einer unerträglich langen Arbeitsdauer abschütteln und so erst den Boden für die Gesetzgebung vorbereiten.

## Der Krosigk-Prozeß.

Marten und Hidel sind gestern von der Anklage des Mordes und der Meuterei beide freigesprochen

worden. Mit diesem Urteil, das auf das gesamte deutsche Volk ohne Unterschied der Parteistellung bescheidend wirkt, ist hoffentlich eine Gerichts-Tragödie zu Ende gekommen, die fast anderthalb Jahre hindurch das öffentliche Rechtsbewußtsein in Atem hielt. Ueber den gestrigen letzten Verhandlungstag geht uns nachstehender Bericht zu:

**Gumminnen, 30. April.** Sofort nach Eröffnung der Sitzung erhält der Vertreter der Anklage, Ober- Kriegsgerichtsrat Meher, das Wort zum

### Maidoyer.

Er führt unter andern aus: Der Mord könne nur von zwei Personen ausgeführt worden sein, dafür sprechen alle Umstände und die Aussagen Elopeks, der stets mit voller Bestimmtheit bekundete, daß er zwei Leute an der Wandentür gesehen habe. Der Umstand, daß der Karabiner bemagt wurde, spreche dafür, daß der Mord nicht von einer Civilperson ausgeführt worden ist. Das von Frau Sablowsky bezeidnete Vorwissen, daß ein Soldat bei ihr Mantel und Mütze abgelegt und in Zivilkleidung fortgegangen sei, könne mit der Mordthat nicht in Verbindung gebracht werden, da dieses einzige Tage vor derselben sich ereignet haben solle. Die Aussagen der Frau Ewert, welche am Mordtage zwei Civilpersonen aus der Kaserne habe laufen sehen, seien infolge der Widersprüche über Tag und Mondphase ungläubhaft. Auch haben der Verteidiger und ihr Ehemann gebeten, die Frau nicht zu vereidigen. Der Mord könne

### nur von Soldaten

ausgeführt worden sein, die ein Interesse an der Beseitigung des Rittmeisters hatten. Indigen sprechen dafür, daß es Unteroffiziere der 4. Schwadron gewesen seien. Marten sei am meisten verdächtig, da er von zwei Zeugen in unmittelbarer Nähe des Karabiners gesehen wurde. Doch er nochmals in der ersterlichen Wohnung gewesen sei, um das Telegraphenbuch zu holen, sei ungläubhaft, da er gar nicht nachgesehen habe, ob Veränderungen erfolgt

seien. Das Verhalten Martens vor und nach dem Morde, das solche Anzeichen in der Weisbahn, seine Wut über jedes Vergehen verdächtigen ihn aufs schwerste. Es komme weiter in Betracht, daß Marten aus dem Gefängnis ausgebrochen und jedenfalls nicht freiwillig zurückgekehrt sei, da er in Uniform nicht über die russische Grenze gelangen konnte. Hidel mußte Marten als Deckung dienen, denn ohne Hildes hätte Marten die That nicht ausführen können. Hidel sei Martens Schwager und sei der einzige dienstfreie Unteroffizier mit schwarzem Schnurrbart gewesen.

Der Vertreter der Anklage fährt weiter aus: Ich habe die volle Ueberzeugung, daß

### Marten und Hidel

die That gemeinschaftlich begangen haben. Ich komme auf die rechtliche Seite der Frage, und ich wiederhole, was ich bereits in der vorigen Verhandlung vor dem Oberkriegsgericht gesagt habe. Angesichts des Grundgesetzes: in dubio pro reo soll man die mildere Straftat wählen. Ich erkläre, daß ich weder damals noch jetzt über die Schuld der Angeklagten einen leichesten Zweifel habe. Ich habe trotz eifrigsten Nachdenkens meine Ansicht nicht um ein Atom geändert. Ich bin auch heute noch der Ansicht, daß hier nicht Mord, sondern

### nur Totschlag

vorliegt. Ich bin der Ueberzeugung, Marten hat den Entschluß, den Rittmeister zu erschließen, gefaßt, als er den Sturmbrics traf. In diesem Augenblick geriet er wieder in Wut, daß der Rittmeister ihn am Sonntagabend in der Weisbahn arg beleidigt hatte. Auch der Totschläger kam vor der That eine kurze Zeit überlegen und solange der Gerichtshof im Zweifel ist, ob Marten mit voller Ueberzeugung handelte, ist es seine Pflicht, nicht auf Mordmord, sondern auf Totschlag zu erkennen. Ich bin nicht der Meinung, daß Marten und Hidel den Mord von längerer Zeit vorbereitet haben. Hidel hat nach meiner Meinung dadurch, daß er dabei Wache stand bezw. Marten bedeckte, sich der Beihilfe schuldig gemacht. Das Gesetz gestattet bei Totschlag mildernde Umstände, aber angesichts der Ungeheuerlichkeit der That kann von mildernden Umständen nicht die Rede sein. Auch die Trunkenheit des Marten kann nicht mildernd in Betracht kommen. Die Angeklagten sind außerdem wegen Meuterei zu bestrafen, schon im Interesse der Disziplin ist eine schwere Strafe geboten.

### Der Strafantrag.

Der Vertreter der Anklage beantragt gegen Marten wegen Totschlags 12 1/2 Jahre Zuchthaus, Auslöschung aus dem Heere, Degradation, Verlegung in die 2. Klasse des Soldatenstandes, 3 Jahre Ehrverlust; gegen Hidel wegen Beihilfe 5 Jahre Zuchthaus, Auslöschung aus dem Heere, Degradation, Verlegung in die 2. Klasse des Soldatenstandes und 2 Jahre Ehrverlust.

### Verteidiger Rechtsanwalt Vurchardt

geht in eingehender Weise auf die Rede des Staatsanwalts ein und sucht die belastenden Momente derselben zu entkräften. Punkt für Punkt sucht er nachzuweisen, daß die Zeugenausagen nicht derart seien, die Schuld Martens zu beweisen. Er plädiert schließlich in bewegten Worten für die Freisprechung Martens. — Verhandlungsleiter: Marten, haben Sie noch etwas anzuführen? Sie haben das letzte Wort.

### Marten tritt vor den Richterlich

und spricht mit lauter, fester Stimme, aber weinend: Ich bedauere, daß der Herr Vertreter der Anklage beantragt hat, mich und meinen Schwager zu verurteilen, obwohl ich gänzlich unschuldig bin. Ich kann vor Gott und der ganzen deutschen Nation bekennen, daß mein Gewissen rein ist. Ich schwöre zu Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, daß ich völlig unschuldig bin. Ich wiederhole diesen Schwur, so wahr ein Gott im Himmel lebt. Von dem Herrn Untersuchungsrichter ist mir gesagt worden, ich sollte ein offenes Geständnis ablegen, damit ich wenigstens der Gnade des Kaisers empfohlen werden könne. Hoher Gerichtshof! Ich kann doch kein Bekenntnis ablegen, wenn ich

### nicht verbrochen habe!

Gott allein ist mein Zeuge, daß ich den Herrn Rittmeister nicht erschossen habe! Ich würde mich schämen, die Gnade meines Kaisers Wilhelm anzunehmen, wenn mein Gewissen nicht rein wäre. Ich bin ebenso wie mein Vater mit Leib und Seele Soldat. Ich habe mich stets anständig geführt und bin niemals auch nur auf den Gedanken gekommen, meinen Namen durch eine schlechte Handlung zu deflecken. Ich bin der Ueberzeugung, der hohe Gerichtshof wird einen Unschuldigen nicht verurteilen.



### Verteidiger Rechtsanwalt Horn

sucht den Nachweis zu führen, daß gegen Hidel keinerlei Beweis geführt sei. Es seien gegen Hidel nur schätzungsweise Zeitangaben angeführt worden. Wie leicht könnten dabei Irrtümer vorkommen. Durch Bunkus und Schiedat sei mit Bestimmtheit nachgewiesen, daß Hidel, noch ehe der Gefreite Bombilla die Nachricht von der Ermordung in den Stall brachte, bereits 10 Minuten bei ihnen war. Danach habe er also nicht an der Wandentzerrung teilgenommen. Im übrigen liege bei Hidel nicht der geringste Beweggrund vor. Der Umstand, daß er der Schwager von Marten sei, könne doch nicht als Beweggrund angeführt werden. Es sei doch auch nicht anzunehmen, daß Hidel, der seit einigen Monaten in glücklicher Ehe lebe und dessen Frau sich in geeigneten Umständen befinde, sich seinem Schwager zuliebe zu einer solch furchtbaren That entschlossen haben sollte. Rechtsanwalt Horn giebt schließlich der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Gerichtshof den Angeklagten Hidel freisprechen werde.

### Verteidiger Burchardt

bemerkte noch, wenn Hidel freigesprochen werde, müßte auch Marten freigesprochen werden. Es sei nicht der geringste Beweis geführt, wer sonst den Marten gedeckt hätte. Der Angeklagte Hidel bemerkt noch: Ich versichere nochmals, daß ich völlig unschuldig bin und erwarte voller Zuversicht meinen Freispruch. Hieran wird die Verhandlung bis 5 Uhr nachmittags unterbrochen.

### Die Freisprechung.

Gegen 6 1/2 Uhr wird das Zeichen gegeben, daß das Publikum wieder den Saal betreten darf. Der Andrang ist ein ganz außerordentlicher. Um 6 Uhr 20 Minuten betritt der Gerichtshof den Saal. Unter laulicher Stille verkündet der Verhandlungsleiter Ober-Kriegsgerichtsrat Saeber: Der Gerichtshof hat die Berufung, die vom Gerichtsherrn gegen das freisprechende Urteil des Kriegsgerichts der zweiten Division eingelegt worden ist, verworfen. Danach sind beide Angeklagte freigesprochen. Das Gericht ist der Ansicht, daß gegen die Angeklagten ein starker Verdacht vorliegt. Ganz besonders ist der Gerichtshof der Ansicht, daß das Beweismaterial gegen Marten ein erhebliches ist. So ist ganz besonders die Art, wie Marten von Bunkus und Weber auf dem Korridor in der Nähe des Karabiners, aus dem der tödliche Schuß fiel, angetroffen wurde, sowie der Umstand, daß er seinen Verbleib zur Zeit des Nordes nicht nachweisen konnte, als belastend anzusehen. Hidel hat sich dadurch verdächtig gemacht, daß er kurze Zeit vor dem Mord mit Marten zusammengekommen ist, und daß ihn die Dragoner, die sehr ausführlich vernommen worden sind, ihn nicht im Stalle gesehen haben. Andererseits ist aber doch nachgewiesen, daß Hidel im Stalle war, nur über die Dauer seines Aufenthaltes besteht Zweifel. Sind die Angaben der Zeugen Bunkus und Schiedat wahr, dann kann Hidel nicht der Mann gewesen sein, der von Baranowski an der Wandentzerrung gesehen wurde. Der Gerichtshof hat aber auch in Erwägung gezogen, daß der Groll, den die Familie gegen den Rittmeister v. Krosigk haben konnte, bis ins Jahr 1898 zurückdatiert, und daß, wenn deshalb Marten und Hidel etwas gegen den Rittmeister hätten unternehmen wollen, sie das viel früher gethan haben würden. Es ist andererseits erwogen worden, daß der Rittmeister mit Marten dienstlich sehr zufrieden war, daß er ihn zeitig zum Unteroffizier beförderte, ihn nach Berlin auf die Telegraphenschule schickte und ihn, obwohl er der jüngste Unteroffizier war, eine Reserveabteilung zur Ausbildung gab, mit der der Rittmeister so zufrieden war, daß er ihm den längsten Urlaub bewilligte. Auch Hidel war bei dem Rittmeister als tüchtiger Quartiermeister beliebt. Der Gerichtshof hat daher die Verdachtsgründe, die gegen die Angeklagten vorliegen nicht für hinreichend erachtet, um zu einer Verurteilung zu kommen. Es ist daher, wie gefeiert erkannt worden.

Marten bricht vor Freude in helle Thränen aus, Hidel macht ein sehr vergnügtes Gesicht. Die Angeklagten werden von allen Seiten in herzlichster Weise beglückwünscht. Vor dem Kassenhofe bewegt sich eine große Menge Menschen, die ebenso wie alle Bewohner der Kaserne die Freisprechung mit hellem Jubel begrüßen. In der Kantine der Dragoner-Kaserne, die an den Gerichtssaal stößt, wird Hidel mit Hurra begrüßt. Das freisprechende Urteil verbreitet sich wie ein Lauffeuer und wird überall mit lautem Jubel aufgenommen.

### Tokales.

Die städtischen Bade-Anstalten gewinnen bei der Berliner Bevölkerung von Jahr zu Jahr mehr an Beliebtheit. Im Jahre 1900/01, über das jetzt der von der Turn- und Bäderdeputation erstattete Bericht vorliegt, badeten in den Fluß-Bade-Anstalten 1 277 218 Personen, 853 796 männliche und 423 422 weibliche, 609 897 unentgeltlich und 667 321 gegen Zahlung. Gegen das Jahr 1899/1900 ist eine Gesamtzunahme um 268 926 Personen eingetreten, wobei allerdings der Umstand mitspricht, daß in dem Berichtsjahr das Wetter günstiger war als im vorhergehenden. Die Volks-Bade-Anstalten, die das ganze Jahr hindurch in Betrieb sind, wurden im Jahre 1900/01 von 838 271 Personen, 656 690 männlichen und 181 581 weiblichen benutzt. Verabreicht wurden 274 053 Bannbäder, 268 045 Brausebäder, 296 173 Schwimmbäder. Gegen 1899/1900 hat der Gesamtverkehr um 53 684 Personen zugenommen. Von der Zunahme kommen 8761 auf die Bannbäder, 12 026 auf die Brausebäder, 32 897 auf die Schwimmbäder.

Es muß anerkannt werden, daß die Turn- und Bäderdeputation in den letzten Jahren fortgesetzt bemüht gewesen ist, die Benutzung der städtischen Bade-Anstalten durch verschiedene Verbesserungen, durch gewisse Preisherabsetzungen und durch eine zweckmäßige Erweiterung der Gewährung von Freiabern zu fördern. In diesen Bemühungen ist, nebenbei bemerkt, das sozialdemokratische Mitglied der Deputation ganz besonders beteiligt gewesen. Die Inhaber privater Bade-Anstalten sind über die Erfolge der städtischen Bade-Anstalten begrifflicher Weise sehr erbost. Sie besürchten, daß die „Konkurrenz“, die ihnen die Stadt macht, ihnen mit der Zeit den völligen Ruin bringen wird. Das ist sehr wohl möglich. Ein solcher Ausgang wäre aber auch gar kein Unglück, sondern vielmehr ein Gewinn. Wir denken hierbei allerdings nicht an das Privatinteresse der Bade-Anstalten-Inhaber, sondern an das höher stehende Interesse der Gesamtheit. Das Badewesen ist für die Förderung der Volksgesundheit von großer Bedeutung. Es darf daher nicht privaten Unternehmern überlassen werden, sondern muß allein der Kommune vorbehalten bleiben. Wir haben das an dieser Stelle oft genug ausgesprochen, und auch in der Turn- und Bäderdeputation ist von unserm Vertreter nie ein Geheimnis daraus gemacht worden, welche Ziele im Badewesen angestrebt werden. Schon jetzt würde es den Inhabern der größten Bade-Anstalten noch ganz anders „in die Bude regnen“, wenn auch nur die vorläufigen Forderungen, die von sozialdemokratischer Seite in der Deputation und im „Vorwärts“ wiederholt gestellt worden sind, sämtlich durchgeführt worden wären.

Bürgerliche Blätter verbreiten die Mitteilung, daß Genosse Singer schwer erkrankt sei. Wir sind in der erfreulichen Lage mitzuteilen, daß es sich nur um einen leichten Fall von Geschwürse handelt. Unser Genosse kann hoffen, schon nach einigen Tagen der Schöpfung wieder völlig hergestellt zu sein.

Die Unterschlagungen und die Stadtverordneten-Versammlung. Mitglieder der Fraktion der Neuen Linken haben an den Magistrat die Anfrage gerichtet, ob die Zeitungsnachrichten über

die Unterschlagungen von städtischen Beamten bei der Sparkasse den Thatsachen entsprechen. Diese Anfrage wird wahrscheinlich schon heute in der Stadtverordneten-Versammlung beantwortet werden.

Die städtische Baudeputation beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung mit dem Projekt zum Neubau der Eisernen Brücke zwischen dem beiden Museen. In dieser Stelle des Kupfergrabens ist der Baugrund bekanntlich so schlecht, daß man von einer ganz massiven Brücke hat Abstand nehmen müssen. Man will daher die eigentliche Tragkonstruktion aus Eisen herstellen und dies Gerippe, soweit es nach außen in die Erscheinung tritt, mittels einer Sandsteinfassade umkleiden lassen. Die Baudeputation hat das Projekt genehmigt.

Zwei Stadtverordneten-Erwählungen haben am gestrigen Mittwoch stattgefunden und zwar für den verstorbenen Stadtverordneten Seibert im 12. Gemeinde-Wahlbezirk II. Abteilung und für den verstorbenen Stadtverordneten Kluth, welcher die II. Wahlabteilung des 14. Gemeinde-Wahlbezirks bisher vertrat. Im 12. Gemeinde-Wahlbezirk waren zwei liberale Kandidaten aufgestellt. Rechtsanwalt Galland leitens der Alten Linken und der Partei der Hausbesitzer, während Holzhändler Vry von den Anhängern der Neuen Fraktion der Linken nominiert war. Rechtsanwalt Galland, für welchen auch die Konservativen eintreten, erhielt 555, Holzhändler Vry 401 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt. — Im 14. Gemeinde-Wahlbezirk war als alleiniger Kandidat der liberalen Partei der Bürger-Deputierte Modler aufgestellt. Er erhielt 516 Stimmen, während drei Stimmen zersplitterten.

Die Erholungsstätten, welche der Volksheilstätten-Verein vom Roten Kreuz ins Leben gerufen hat, sind auch im abgelaufenen Geschäftsjahre von den Patienten der hiesigen Krankenhäuser gern und mit bestem Erfolge aufgesucht worden. Es waren bisher im Betriebe die Erholungsstätten für Männer: Jungfernhöhe und Schönholz; für Frauen: Pantow-Schönhausen und Spandauer Berg. Den Bemühungen der Central-Kommission der Krankenhäuser ist es gelungen, bei der Staatsbahn-Verwaltung Entgegenkommen zu finden, so daß den Patienten die Fahrt nach und von den Erholungsstätten auf Arbeiter-Fahrlinien ermöglicht ist. Da der Aufenthalt in diesen Anstalten auch nach den Berichten der leitenden Aerzte für den größten Teil der Besucher, ganz besonders für Lungenkranke, von sehr günstigen Folgen begleitet war, so wird man den allgemein geäußerten Wunsch der Krankenhäuser-Vorstände um gerechtfertigt finden, daß die Zahl der Erholungsstätten baldigst vermehrt werde, und zwar nicht nur im Norden, sondern auch in andren Himmelsrichtungen. Anders werden viele Krankenhäuser-Mitglieder den Wohlthaten dieser Anstalten nicht teilhaftig werden können. Um diesen Wunsch bald verwirklicht zu sehen, erwartet man allerdings auch, daß die Landes-Versicherungsanstalt den zu diesem Zwecke auszuwerfenden Beitrag künftig erhöht, zumal sie ja in hohen Maße interessiert ist, die Leistungsfähigkeit des Volksheilstätten-Vereins möglichst zu stärken.

Die geplante neue Uferstraße zwischen Waisenbrücke und Mühlendamm als Fortsetzung der Burgstraße zur Verbindung mit der Uferstraße an der Straßenerbrücke erfordert noch Verhandlungen mit dem Fiskus, dem bekanntlich die drei Gebäude am Mollenmarkt 1-3, in denen das ehemalige Polizeipräsidium sich befand, gehören. Die Grundstücke hängen direkt an die Spree und ist deshalb die Festsetzung einer neuen Baufluchtlinie zwischen Mühlendamm und der kleinen Stralauerstraße nicht angängig. Nach Festlegung der neuen Baufluchtlinien kann mit der Regulierung des dortigen Spree-Ufers begonnen werden. Da auch der Ankauf des gegenüber liegenden Inselseichers und die Regulierung der Ufer an der Fischerbrücke eine beschlossene Sache ist, dürfte in absehbarer Zeit der interessanteste Teil von Alt-Berlin und Köpenick von der Bildfläche verschwinden. Diese Teile sind von verschiedenen Künstlern mit dem Pinsel auf die Leinwand gebracht und verewigt worden. Der Magistrat ist im Besitz eines solchen Bildes und wird dadurch der Nachwelt wenigstens in Bildern dieser historisch wichtigen Teil von Berlin erhalten bleiben. In unserem modernen Berlin ist kein Platz mehr für diese Ueberbleibsel einer längst verschwundenen Zeit.

In den letzten Tagen sind fünf neue städtische Lesehäuser und Volksbibliotheken in der Waldemar-, Wall-, Niquerstraße, Stralauer Allee und Straßmannstraße für den Verkehr eröffnet worden.

Schwindelanstaltungen. Das Polizeipräsidium teilt mit: Trotz vielfacher Warnungen vor schwindelhaften Ausstellungen, bei denen es den Veranstaltern einzig darauf ankommt, an medalienförmige Aussteller wertlose Auszeichnungen gegen gutes Geld abzugeben, finden sich doch immer noch Leute, sogar anständige Industrielle, die auf diesen Schwindel hereinfallen. Neuerdings wurde für eine in Paris stattfindende internationale Ausstellung für Kochkunst, Nahrungsmittel, Getränke, Hygiene und alle einschlägigen Industrien auch in Deutschland geworden. Weitere Ausstellungen dieser Art, die wohl von demselben Komitee veranstaltet werden, sollen in Nizza, Glasgow, Mailand, Warschau und in Suez stattfinden. Als Agent für die in Paris stattgehende Ausstellung wirkte der russische Unterthan Siegmund Dobshiner, der früher in Berlin wohnhaft war, aber sich dort durch sein Treiben lästig machte und deshalb polizeilich ausgewiesen wurde. Er lebte dann in Mainz und soll sich jetzt in Dessau befinden. Er wendet sich mit Prospekten der von ihm vertretenen Winkelanstaltungen an Händler, Feineure und sonstige kleine Gewerbetreibende und verspricht diesen für Zuweisung von Ausstellern Prozente oder feste Gebühren. Die meisten dieser Leute wissen nicht, daß sie sich dadurch zu Teilnehmern an einem schwindelhaften und verwerflichen Unternehmen fangen lassen. Progen wenigstens sie sich hierdurch warnen lassen, denn bei denjenigen Personen, die sich von solchen Ausstellungsunternehmen Auszeichnungen erlassen, ist doch jede Warnung vergeblich.

Berliner Adreßbuch. Der zweite Nachtrag zum diesjährigen Adreßbuch gelangt zu heute ab zur Ausgabe. Der Nachtrag enthält alle seit Erscheinen der Hauptausgabe angemeldeten Wohnungs-Veränderungen, Geschäftseröffnungen und Verlegungen, Zugänge, Verichtigungen etc. Außer dem vollständigen Inhalt des ersten Nachtrages sind insbesondere die Ergebnisse des Aprilzuges und die jetzt schon feststehenden im Laufe des Jahres stattfindenden Wohnungs- und sonstigen Veränderungen eingehend berücksichtigt. Auch dieser zweite Nachtrag wird allen Abnehmern des diesjährigen Adreßbuchs in der Hauptexpedition des „Berliner Lokal-Anzeiger“, SW. Zimmerstraße 37-41, und in dessen sämtlichen Filial-Expeditionen bis Ende Mai etc. unentgeltlich verabfolgt.

Ein Theaterkrach. Der Geschäftsführer der französischen Gesellschaft, Herr v. Glaser, hat der Direktion des Neuen Theaters gestern die Mitteilung gemacht, daß er sich gezwungen sieht, die Vorstellungen des französischen Ensembles abzubringen. Herr Edmond Michel, der Direktor der Truppe, hat sich seinen Verpflichtungen durch Abreise entzogen.

Ueber den Erfinder des Windmills teilt ein Arbeiter, der mehrere Jahre in der Windmills-Werkstatt beschäftigt war, mit, daß seiner Ueberzeugung nach manche Unwahrheiten und Ueberhebungen in den Zeitungsberichten enthalten seien, die in letzter Zeit über die Erfindungen des Windmills verbreitet worden sind. Der betreffende Arbeiter hält es für gänzlich ausgeschlossen, daß Windmills bei Vorkommnis seiner Erfindungen die Zuschauer über den Wert derselben durch betrügerische Manipulationen getäuscht haben sollte. Insbesondere erklärt er unser Gewächsmann auf Grund seiner persönlichen Kenntnis der Dinge für unwahr, daß Windmills — wie behauptet wurde — bei der Vorkommnis seines Flugapparats die Hebung durch ein mit den Flügeln verbundenes Drahtseil bewirkt haben sollte.

Nahrungsmittel-Verfälschungen. Auf die Eingabe des Central-Ausschusses der Berliner kaufmännischen, gewerblichen und industriellen Vereine in Sachen der Nahrungsmittel-Prozesse ist jetzt vom Polizeipräsidenten folgender Bescheid eingelaufen: In

dem an mich gerichteten Schreiben vom 1. März d. J. führen Sie aus, daß seit ungefähr Jahresfrist die Anklagen, die wegen Vergehen gegen das Nahrungsmittel-Gesetz gegen sonst unbescholtene Gewerbetreibende erhoben wurden, sich in bedauerlichem Umfang vermehrt haben und sprechen gleichzeitig die Bitte aus, daß gegen Fabrikanten und Händler, die gegen das Nahrungsmittel-Gesetz verstoßen, dabei aber „im besten Glauben“ gehandelt haben, zunächst mit Verwarnungen vorgegangen werden möge. Ich bemerke dazu, daß die Unbescholtenheit eines Gewerbetreibenden, wenn er sich Verfehlungen gegen das Gesetz zu Schulden kommen läßt, für mich kein Grund sein kann, ihn straflos zu lassen. Eine große Anzahl der im letzten Jahre wegen Nahrungsmittel-Vergehen bestraften Gewerbetreibenden verdankt ihre bisherige Unbescholtenheit nur dem Umstand, daß ihr Geschäftsbetrieb bei der früheren geringen Ausdehnung der Nahrungsmittel-Kontrolle noch nicht genügend revidiert worden war; wäre die im Frühjahr 1901 eingeführte Erweiterung der Nahrungsmittel-Kontrolle schon früher eingetreten, so hätten manche von ihnen schon längst die Unbescholtenheit verloren. In allen Fällen, wo auch nur entfernt die Vermutung gerechtfertigt erscheint, daß die gefehlvollige Handlung in gutem Glauben oder in Unkenntnis der gültigen Bestimmungen vorgenommen worden, sind regelmäßig zunächst Verwarnungen erlassen worden, z. B. in der Frage wegen Zulässigkeit der Würstfärbung, des Zusatzes von Präserval zum Hackfleisch, der Färbung unbedünnter Fleischstücke mit andern farbstoffhaltigen Fleischstoffen. Im übrigen muß ich bemerken, daß es Sache der Gerichte ist zu entscheiden, ob eine Handlung als dolos anzusehen ist oder nicht. Die Vertreter der beteiligten Geschäftszweige halten am 7. d. M. eine neue Konferenz ab, um über die weiteren Schritte in dieser Angelegenheit zu beraten.

Die Berliner Rettungsgesellschaft veröffentlicht jetzt ihren Jahresbericht: Die Centrale wurde 36 235 mal in Anspruch genommen, durchschnittlich 3000 mal im Monat. Die Gesellschaft unterhielt wie früher 15 Hauptwachen (die öffentlichen Krankenhäuser) und 8 Rettungswachen. Letztere wurden von 10 764 Hilfesuchenden in Anspruch genommen; außerdem besorgten sie 939 Kranken-transporte. Abgesehen von den großen Zahlen der Hilfesleistungen seitens der Hauptwachen ergibt sich eine Gesamt-Quantität von 46 000 Fällen. Die Einnahmen betragen 80 810,19 M., die Ausgaben 77 048,73 M., so daß am Jahresabschluss ein Bestand von 9761,47 M. verbleibt. Die Mitgliederzahl betrug 2350. Seitens der Stadt Berlin wurde der Gesellschaft eine Beihilfe von 30 000 M. gewährt, seitens der Stadt Charlottenburg eine Zuwendung von 1000 M. gemacht. Die veranfaßten Feste etc. brachten zusammen 25 518 M. Von den Ausgaben entfallen auf die Centrale 30 132,50 M., auf die 8 Rettungswachen 37 916,22 M.

Die Zahl der Opfer der Großen Berliner Straßenbahn ist im Monat April wieder erheblich gestiegen, nachdem im März eine Abnahme der Straßenbahnunfälle eingetreten war. Es wurde zwar nur eine Person, die 55jährige Arbeiterfrau Wisnig in der Leipziger Straße beim Uebersteigen des Fahrdammes, gegen drei Personen im März, tot gefahren, dagegen ist die Zahl der Schwerverletzten von acht auf fünfzehn, also nahezu das Doppelte gestiegen. Ein großer Teil der Unfälle ist, trotz aller Warnungen, noch immer auf das leidige Auf- und Abpringen während der Fahrt zurückzuführen.

Rathaus-Scherze. Eine Korrespondenz schreibt uns: Unsere gestrige Mitteilung von einem Manne von 20 000 M. bei der städtischen Einziehungskasse ist nicht richtig. Sie beruht auf einem „Scherz“ zwischen dem Rentanten Urban und dem Kassierer der Einziehungskasse. Ob derartige „Scherze“ in einer Zeit, in der binnen wenigen Tagen zwei nicht ganz unbedeutende Unterschleife bei der städtischen Sparkasse aufgedeckt wurden, angebracht sind, mögen sich die Herren nach der Wirkung ihres Scherzes selbst fragen. Außer ihnen glaube Dienstag im Rathaus und auf der Sparkasse wohl niemand an einen Scherz. — Die Revision der Kasse, die gestern stattfand, zeigte, daß bei ihr alles in Ordnung ist.

Aus der städtischen Wasserleitung erhielten die Bewohner der Straße 12a, an der Schönhauser Allee, petroleumhaltiges Wasser. Seit Sonntag zeigte das Wasser einen widerlichen Petroleumgeruch und bitteren Nachgeschmack, der so stark war, daß die mit dem Wasser zubereiteten Speisen ungenießbar wurden und weggeschüttet werden mußten. Die Bewohner waren genötigt, sich das Wasser zu Koch- und Gemüszwecken aus Pantow zu holen. Nachdem eine Beschwerde an die städtischen Wasserwerke ergangen war, trat erst gestern, Dienstag, eine Besserung ein. Da am Sonnabend voriger Woche an dem Hauptrohr auf der Straße gearbeitet worden ist, wird angenommen, daß vielleicht dabei eine Verunreinigung des Rohres stattgefunden hat.

Das bei dem Umsturz am 14. d. M. eingestürzte Haus auf dem Hofe des Grundstückes 23 ist abgebrochen worden und soll vorläufig nicht wieder aufgebaut werden. Das östlich daranstoßende einstöckige Nebengebäude, das ebenfalls durch die Wasserfluten stark gelitten hat, wird ausgebessert und dann wieder bezogen werden.

Für den Bau des neuen Amtsgerichts auf dem Gesundbrunnen werden jetzt die Vorbereitungsarbeiten ausgeführt. Das Gerichtsgebäude wird sich an der Nordwestseite des großen städtischen Steinplatzes an der Panitzstraße erheben.

Einem tödlichen Ausguss haben zwei Unfälle genommen, die sich am vergangenen Sonnabend ereigneten. In der königlichen Allee starb der Maler Hugo Hettner, der in Zegel bei der Arbeit von einer drei Meter hohen Leiter fiel und mit dem Kopfe heftig ansetzte, an den Folgen einer Gehirnerkrankung, im Krankenhaus Bethanien der Bahnarbeiter Wilhelm König aus der Scharnweberstraße 73 zu Friedrichsberg, der auf dem Bahnhof Barckauerstraße überfahren wurde und sich einen Schädel- und einen Oberschenkelbruch zuzog.

Feuerbericht. Ein großes Löschungsgebot wurde Dienstagabend gegen 8 Uhr nach der Potsdamerstr. 132 gerufen. Hier war in dem Schaufenster der Gasanzünder-Gesellschaft „Multipler“ Feuer ausgebrochen. Verletzungsopfer und die Schaufensterdeklaration gingen in Flammen auf, die indes von der Wehr bald abgelöscht wurden. Kurz darauf war in der Reindendorferstr. 37a die Klosetverpackung in Brand geraten, während in der Brüdennstr. 13 Teppiche vor einem Wadefeu eren gefangen hatten. Nachmittags mußte in der Petersburgerstraße 14 in einer Küche ein kleiner Brand abgelöscht werden. Außerdem war noch eine Alarmierung nach der Dorotheenstr. 29 zu verzeichnen, die auf einen Brand in einer Wadefest zurückzuführen war.

### Aus den Nachbarorten.

Lichtenberg. Die Gemeinde-Wähler in Lichtenberg hatten in dieser Woche drei Versammlungen, in denen die Genossen Dr. Bernstein, Sonnenburg und Grauer über die bevorstehenden Ersgewahlen sprachen. Einmütig erklärten sich die Versammelten für die Beteiligung und für die vom Sozialdemokratischen Wahlverein aufgestellten vier Kandidaten. Die Wähler erklärten sich ihrer „That“ zu schämen; obwohl sie in den Versammlungen anwesend waren, wies niemand die Herbe, aber berechnete Kritik, die ihnen widerfuhr, zurück. Auch betreiben die Herren ihre Wahlpropaganda unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Der satzungsbekannt Herr Jauay Meißner hatte am Montag seine Freunde zu einer Versammlung geladen; vier Herren haben dem Aufruf Folge geleistet; sie sind sich einig geworden, die Wahlpropaganda derart zu betreiben, daß Herr Meißner — wieder Protest erheben soll! Es ist in der That keine Ehre, mit solchen Gegnern sich herumzudrehen zu müssen. Unsere Genossen werden auf dem Posten sein. Thue jeder seine Schuldigkeit! Kein Wähler darf fehlen!

Aus Lichtenberg schreibt man uns: Das Erkenntnis in Sachen der Mandate der Lichtenberger Gemeindevorstellung, welche der Bezirksauschuss für ungültig erklärt hat, liegt nun im Wortlaut vor.



Das unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten v. Mollat gefällte Urteil spricht davon, daß ein Gemeindeglied sein Gemeindeglied erst dann verliert, wenn es die von ihm verlangten Gemeindeabgaben, soweit es zu diesen verpflichtet ist, nicht entrichtet hat. Der Kläger, Berufsherr Ignaz Meißner, sei trotz seines 8000 Mark betragenden Einkommens nur zu 12 Mark Steuern verurteilt, habe diese bezahlt und sei mithin das Gemeindeglied-Wahlrecht zu Recht aus, sei daher auch als Kläger legitimiert. Zur Sache selbst sagt das Erkenntnis:

Den Streitgegenstand selbst anlangend, so war die Vorentscheidung lediglich zu bestätigen. Die das Ober-Verwaltungsgericht in der angezogenen Entscheidung zutreffend ausgeführt hat, kann allerdings jeder Wähler fordern, daß das Ergebnis der von ihm vollzogenen Wahl in seiner Rechtsgültigkeit nicht durch den Ausschluß von Wählern in anderen Wahlverbänden bedroht wird. Jede Wahlhandlung muß so eingerichtet und vorbereitet sein, daß die betreffende Wählerversammlung in der Lage ist, eine alsbald gültige Wahl vorzunehmen. Dies ergibt sich aus dem Begriff des Wahlrechts.

Trotz dem Mangel einer ausdrücklichen diesbezüglichen Vorschrift kann nicht daran gezweifelt werden, daß bei der Befähigung der Wähler anzugehen ist, wieviel Angehörige in den einzelnen Wahlbezirken zu wählen sind bzw. wieviel Nichtangehörige gewählt werden dürfen. Die Unvollständigkeit der Befähigung in dieser Beziehung bringt die Ungültigkeit der Wahl mit sich, da ein solcher Mangel eben das Zustandekommen einer freien, auf ein rechtsgültiges Ergebnis abzielenden Wahl gefährdet. So müßten denn auch im vorliegenden Fall die angegriffenen Wahlen für ungültig erklärt werden.

Aus Steglitz schreibt man uns: Herr Amts- und Gemeindevorsteher Puhrow hat die Notiz in Nr. 86 des „Vorwärts“ anlässlich des Todes seines Amtsvorgängers Zimmermann nicht gefallen und es drängte ihn, dies in der letzten Gemeindevertreter-Sitzung anzusprechen, ohne jedoch der Veranlassung den „unfreundlichen“ Inhalt der Notiz mitzuteilen. Weshalb der Artikel auf diese Weise „tiefer gehängt“ werden sollte, ist uns unverständlich; er spricht doch nur die Erinnerung an eine Tatsache auf: die Auflösung des unfruchtlichen Eisbein-Essens, worüber ihr Urheber doch gewiß seiner Zeit die Genehmigung des preussischen Beamten empfangen haben wird, der den Staat wieder einmal gereizt hat. Warum nun soll die Erinnerung an das, was dem Leben ein Verdienst schenkt, im Anblick des Toten eine „unfreundliche“ sein. Im übrigen hatten die Steglitzer Sozialdemokraten keine Veranlassung, in den Refrain „Dies Kind, kein Engel ist so rein“ einzufallen, da sie von dem verstorbenen Amtsvorsteher stets als Bürger zweiter Klasse behandelt wurden. Auch Herr Puhrow ist ja mit Erfolg bemüht, friedliche Arbeiterversammlungen wegen Eintritt der Polizeistunde auflösen zu lassen, den Gewerkschaften das Ausschließen ihrer Plakate zu unterlagen und die sozialdemokratischen Gastwirte auf beschränkte Polizeistunde zu setzen, während die „lokalen“ Bürger sich der größten Freiheit in allen diesen Dingen erfreuen.

Aus Rixdorf. Ein erschütternder Unglücksfall ereignete sich Mittwochnachmittag gegen 8 Uhr auf dem Grundstück Knechtstr. 110. Dasselbe wohnt im 4. Stock das Eisenbahnarbeiter Thoboldische Ehepaar mit 4 Kindern, von denen 2 die Schule besuchen. Während der Ghemann sich gestern morgen auf Arbeit und die beiden ältesten Kinder in der Schule befanden, war Frau Th. mit dem Ausräumen von Zeitungen beschäftigt, so daß die beiden jüngsten Kinder im Alter von 3 bzw. 2 Jahren in der Wohnung sich selbst überlassen waren. Das zweiährige Kind, ein niedliches Mädchen, kletterte nun auf das Fensterbrett, lehnte sich zum offenen Fenster hinaus und stürzte dabei in den Hof in einen Kellerkloppel hinab, wo es mit zerstückeltem Schädel von Hausbewohnern tot aufgehoben wurde. Man kann sich den Schmerz der unglücklichen Mutter vorstellen, die bald nach dem Unglück heimkehrte und ihren Liebling als Leiche wiederfand. — Mit Sublimat vergiftet hat sich die Fuhrherrn-Witwe Friederike Geisler geb. Burg, welche hier Verlinstr. 58 wohnt. Als Motiv der That

wird Schwermut bezeichnet. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt.

**Eine Beamtenkolonie in Wilmersdorf.** Der Bau von 25 Genossenschaftshäusern in Wilmersdorf auf dem von Beamten-Wohnungsverein erworbenen Grundstück von 15 719 Quadratmetern Flächeninhalt wird, dem dortigen Lokalblatt zufolge, voraussichtlich noch im Sommer dieses Jahres begonnen werden. Es handelt sich um einen Bau für rund 3,5 Millionen (einschließlich des Bodens), für den das zweite Geld teils in Hypotheken, teils durch Ausgabe von Schuldverschreibungen gesichert ist; wegen Gewährung einer ersten Hypothek von 1 750 000 M. schweben Verhandlungen. Vorgezogen sind hauptsächlich Wohnungen von 3 und 4 Zimmern, jedoch auch solche von 5-7 Zimmern und von 1 und 2 Zimmern.

**Schöneberg.** Die Stadiverordneten-Versammlung sollte sich in ihrer letzten Sitzung wiederum mit dem Antrag auf Unterstützung der durch den jüngsten Wolkenbruch geschädigten Ritzbürger befassen. Hier zeigte sich abermals die bürgerliche Volkshörigkeit in vollem Maße. Konnte man einer Debatte über die Verschmälerung der Rembrandtstraße eine gute Stunde widmen, so wurde hier plötzlich Hebermündung vorgeschlagen. Und richtig — der in voriger Sitzung als dringliche Sache bezeichnete Antrag konnte nach Ablehnung eines vom Stadverordneten Dr. H. gestellten Antrages, die Beschlußfassung auszusparen, doch nicht verhandelt werden, weil dieser Herr ostentativ den Saal verließ und dadurch zum zweitenmal eine Verhandlung über diese dringliche Sache vereitelte.

**Im Leichenhause der Irrenanstalt Herzberge** brach am Dienstagvormittag 9 Uhr Feuer aus. Zum Glück war die Anstaltsfeuerwehr sofort zur Stelle, so daß nur einige Möbel sowie verschiedene Sektionsberichte den Flammen zum Opfer fielen.

### Vermischtes.

**Impfung gegen Tuberkulose?** Professor Behring, der Entdecker des Diphtherieserums, hat ein bedeutsames Werk über seine Tuberkulose-Forschungen veröffentlicht. Ein hiesiges Lokalblatt giebt folgende Skizze der neuesten Entdeckungen des Gelehrten: Die von an Tuberkulose erkrankten Menschen und dem verstorbenen Rinde gewonnenen Tuberkelbacillen sind nach der Auffassung der Verfasser als artgleich anzusehen. Die morphologischen und biologischen Unterschiede in Aussehen, Wachstum und Virulenz erklären sich durch das Anpassungsvermögen der Tuberkelbacillen an die Lebensbedingungen des betreffenden Organismus. Die Virulenz der Tuberkelbacillen vom Menschen und Rind wird außer anderem bewiesen durch die chemisch und physikalisch gleiche Natur des von beiden hervorgerufenen spezifischen Giftes. Für die Virulenz spricht ferner die Tatsache, daß es gelingt, durch Vorbehandlung mit Tuberkelbacillen menschlicher Herkunft bei Rindern Immunität gegen die Infektion mit Rindertuberkelbacillen zu erzielen. Alle aus der Verlebensstanz der Tuberkelbacillen gewonnenen Giftpreparate haben einen gemeinsamen Giftstoff, ohne welchen keine Substanz die spezifische tuberkulöse Giftwirkung eigenständig sein kann: das sogenannte Tuberkulofin. Als bedeutsamster Erfolg für die Praxis ist hervorzuheben, daß es v. Behring gelungen ist, durch Vorbehandlung mit lebenden, schwach virulenten Tuberkelbacillen jungen Kindern eine derartige Widerstandsfähigkeit gegen die tuberkulöse Infektion zu verleihen, daß sie die Einverleibung von stark wirkenden Tuberkelbacillen, die für nicht vorbehandelte Kontrollkinder unbedingt tödlich sind, schadlos überleben. Dieser Erfolg ist für die Landwirtschaft von solch weittragender Bedeutung, daß schon jetzt umfangreiche Impfungen in der Praxis zur Immunisierung der Rinder stattfinden.

**Gaserplosion.** Rhyberg (Hünen), 30. April. Heute Vormittag erfolgte im hiesigen Gaswerk bei Reinigungsarbeiten eine Explosion. Der Direktor des Werkes und fünf Arbeiter wurden getötet.

**Grubenunglück.** Wien, 30. April. Wie die „Neue Freie Presse“ aus Teplitz meldet, fand auf dem zum Gräber-

Kohlenbergbau gehörigen Doblhoff-Schacht bei Mariafeld heute früh beim Schichtwechsel eine Explosion statt. Sechs Personen wurden getötet, vier schwer und vier leicht verletzt. Der Schacht ist vollkommen fahrbar.

Ein späteres Telegramm meldet: Die Zahl der bei der Explosion schlagender Weller im Doblhoff-Schachte bei Mariafeld Verunglückten hat noch nicht genau festgestellt werden können, weil ein Steiger, welcher die Arbeiterliste führte, ebenfalls verunglückt ist und die Arbeiterliste noch nicht aufgefunden werden konnte. Zu Tage gefördert sind fünf Tote, sechs schwer und zwei leicht Verletzte. Von den schwer Verletzten liegt einer im Sterben.

**Die Explosion an Bord des Unterseebootes „Julian“**, über die wir gestern berichteten, ist nicht eine Folge von Entzündung der Gasolin-Vorräte gewesen. Die Ursache ist vielmehr noch nicht aufgeklärt. Außer den bereits genannten Personen sind noch mehrere andre leicht verletzt worden. Das Boot ist nicht erheblich beschädigt.

**Die Cholera in Arabien.** Konstantinopel, 29. April. In Dscheddah ist seit dem 25. April kein Todesfall an Cholera vorgekommen. Aus Hedchas zurückkehrende Pilger werden in türkischen Lazaretten am Mittelmeer einer fünfjährigen Quarantäne unterworfen werden. Durch Beschluß des Sanitätsrats wurde die Quarantäne für Herkünfte von der ägyptischen Küste des Mittelmeeres durch eine Desinfektion der Effekten ersetzt.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 1/2 Uhr abends statt.

W. R. Vollständig soll 27 Proz. Fett enthalten.

**W. 334.** Die Eltern dringen nicht durch. Die kinderlose Witwe erbt zur Hälfte und erhält außerdem im Voraus die zum Haushalt gebrauchten Gegenstände und die Hochzeitsgeschenke. — **G. 2.** Sechs Wochen zum Quartalsfesten. — **Gertr.** Jeder ja. — **G. 21.** 1. und 2. Ja. 3. Nein. — **Wansfeld.** 1. Das wechselseitige Testament kann, wenn aus seinem Inhalt nicht Gegenteil erhellt, die Witwe nicht ändern. 2. Das kann nicht der Fall sein. 3. Ja. — **H. 2.** Ja, der Sohn kann aber das Testament insofern anfechten, daß er keinen Pflichtteil verlangen kann. Zweckmäßig ist es, den anstehenden Sohn im Testament auf das Pflichtteil zu setzen. — **Bertha, Rixdorf.** 1. Es können die Eheleute in einer Klage verklagt werden. 2. Der Antrag auf Verurteilung wegen Verleumdung muß innerhalb drei Monaten nach Kenntnis von der Verleumdung bei dem Gericht oder der Staatsanwaltschaft oder der Polizei gestellt sein. — **J. 26.** 1. Nein. 2. Sie können auf Herausgabe klagen. — **H. 300.** 1. Keineswegs. 2. Wenn innerhalb des Dienstjahres das Dienstmädchen nicht oder Veranlassung zur Kündigung giebt, ja, sonst nicht. 3. Leider ja. — **P. 1002.** Nein: der Richter hat dann die Zwischenszeit zu bezeugen. — **C. 2.** In Ihrem Falle würden Sie nicht Ihr Wahlrecht verlieren. — **P. 1.** Sie haften nicht für die Schuld Ihres Schwagers. Wenn Ihre Sachen gepfändet werden sollten, so können Sie mit Aussicht auf Erfolg Interventionsklage und Einstellungsantrag stellen. — **D. 218.** Ja. — **W. 8. 13.** Nein. Sie würden für allen Schaden einstweilen und strafrechtlich haften. — **C. Negerin.** 1. Bis zum vollendeten 21. Jahre ist die Einwilligung des Vaters zur Heirat seiner Tochter erforderlich. 2. Militärpapier, Geburtsurkunde, beurlaubte Einwilligungserklärung. — **H. 13.** Gegen solche Anordnung kann die Entscheidung des Amtsgerichts angestrengt werden, gegen den Bescheid ist Beschwerde zulässig. — **S. 2.** Peteröhagen. 1. Wenn aus dem Inhalt Ihres schriftlichen Mietvertrages nicht das Gegenteil erhellt, hat der Wirt solches Recht nicht. 2. Sie sind verpflichtet, Ihre Tochter zum Schulbeginn in die Schule zu schicken. 3. Sie haben das Recht, auf vollen Schabenerloß gegen den Bescheid des Hundes zu klagen. — **G. 20.** Am 31. Dezember 1905. — **W. 20.** 50. Zum Termin erschienen müssen Ihre Tochter, können aber, gleichviel in welcher Eigenschaft sie vernommen werden, ihr Zeugnis verweigern. — **P. 20.** 03. Tanke. Nein. — **J. 2.** Ja. — **P. 2.** 100. Sie können beim Amtsgericht Berlin II, Hallesches Ufer 29/31, mit Aussicht auf Erfolg klagen. — **A. 1.** Ihren Verpflichtungen müssen Sie nachkommen.

**Wetter-Prognose für Donnerstag, den 1. Mai 1902.** Küst und veränderlich, vielfach wolig mit Regen und ziemlich frischen nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Teile Freunden und Bekannten mit, daß mein lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Möbelpolier

**Otto Werner**

am 29. April 1902 gestorben ist. Die Beerdigung findet am Freitag, den 2. Mai, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Krankenhauses am Friedrichshain aus nach dem Friedhof in Friedrichshain nach Friedrichsfelde statt. 23715 Die trauernden Hinterbliebenen.

**Socialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**

(Osten.)

Am Dienstag, den 29. d. M., farb unser Mitglied, der Möbelpolierer

**Otto Werner.**

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 2. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Krankenhauses am Friedrichshain aus nach dem Friedhof in Friedrichsfelde statt. 242/20 Um zahlreiche Beteiligung bittet  
Der Vorstand.

**Verband der Möbelpolierer.**

Den Kollegen zur Kenntnis, daß unser Kollege

**Otto Werner**

im Alter von 20 Jahren nach langem Leiden gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 2. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses am Friedrichshain aus nach Friedrichsfelde statt. Um rege Beteiligung bittet  
Der Vorstand.

Am 23. d. Mts. verstarb der Instrumentenmacher

**Oskar Niemann.**

Die Beerdigung findet am 1. Mai, 5 Uhr, von der Leichenhalle d. Emmaus-Kirchhof in Ditz statt. D. Hinterbliebenen.

**Central-Verband d. Maurer Deutschlands**

Zweigverein Berlin.

Sektion der Putzer.

Den Mitgliedern, sowie den Mitgliedern des Gesangsvereins der Putzer hiermit zur Kenntnis, daß unser Mitglied

**Theodor Adam**

am 28. April verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 2. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gethemane-Kirchhofes (Nieder-Schönhausen) statt. Um rege Beteiligung ersucht  
Die örtliche Verwaltung.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

**Nachruf!**

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler

**Wilhelm Finke**

am 10. d. M. verstorben ist und am 14. d. M. zur letzten Ruhe gebettet wurde.

Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

**Allgemeine Orts-Krankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen zu Berlin.**

**Rechnungs-Abschluss.**

I. Kassenrechnung für das Rechnungsjahr 1901.

A. Einnahme.		B. Ausgabe.	
1. Barer Kassenbestand am 31. Dezember 1901	63 598 38	1. Für ärztliche Behandlung	174 018 70
2. Zinsen von Kapitalen und sonstigen belegten Geldern, sowie Erträge von sonstigen Vermögenswerten	58 116 10	2. Für Arznei und sonstige Heilmittel	306 186 05
3. Eintrittsgelder	28 519 05	3. Krankengelder:	
4. Gesamterträge	1 477 528 65	a) an Mitglieder	706 030 70
5. Ertragsleistungen für gewählte Krankenkassenunterstützung	12 452 72	b) an Angehörige der Mitglieder nach § 7 Abs. 2 des Gesetzes	20 701 71
6. Ertragsleistungen v. Berufsgenossenschaften etc.	9 622 30	4. Unterstützungen an Wöchnerinnen	35 471 75
7. Aus zurückgelegenen Bankanlagen (225 526,30 M.) und Entnahme aus dem Reservefonds (55 205 M.)	280 731 30	5. Sterbegelder	48 802 62
8. Aufgenommene Darlehen	69 264 31	6. Kur- und Verpflegungssolten an Krankenanstalten	236 030 80
9. Sonstige Einnahmen	5 816 02	7. Ertragsleistungen für gewählte Krankenkassenunterstützung	28 943 96
10. Summe der Einnahme (Ziffer 2-9)	1 937 350 45	8. Zurückgezahlte Beiträge und Eintrittsgelder	358 72
		9. Für Kapitalanlagen bei Banken	196 700 00
		10. Zurückgezahlte Darlehen	69 264 31
		11. Vermittlungsausgaben:	
		a) persönliche	81 549 45
		b) sächliche	32 191 65
		12. Sonstige Ausgaben	5 849 76
		13. Summe der Ausgaben (Ziffer 1-12)	1 931 160 23
		14. Barer Kassenbestand am Schluss des Rechnungsjahres	69 788 60
			2 000 948 83

**II. Vermögens-Ausweis.**

Das Gesamtvermögen der Kasse setzt sich wie folgt zusammen:

a) Der Barbestand am Schlusse des Rechnungsjahres 1901 69 788 60 M. |

b) An Wertpapieren (1 508 553,30 M.), Bankanlagen (12 054,30 M.) 1 518 607,60 M. |

Summa 1 588 396,10 M. |

Hierzu beträgt das Gesamtvermögen der Kasse 1 588 396,10 M. |

Nach dem vorjährigen Abschluss betrug das Gesamtvermögen 1 020 018,78 M. |

Ergebnis gegen das Vorjahr an Gesamtvermögen weniger 31 620,68 M. |

Berlin, den 29. April 1902. Der Vorstand, R. Welss, Vorsitzender.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Donnerstag, den 1. Mai.  
Opernhaus. Die Hugonotten. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Schauspielhaus. Othello, der Mohr von Venedig. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Königs-Opern-Theater (Kroll). Geschlossen.  
Schauspiel. Mein Leopold. Anfang 8 Uhr.  
Deutsches. Nebel auf Ozean: Der grüne Satana. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Berliner. Althelmburg. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Leipzig. Die hohe Schule. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Weiten. Undine. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Reichens. Einquartierung. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Central. Das süße Mädel. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Thalia. Gastspiel der Schillerfeier. Der Herrgottschneider von Ammergau. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Belle-Alliance. Die Dame aus Trouville. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Luisen. Der Hüttenbesitzer. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Carl Weiss. Das Jungfernstift. Anfang 8 Uhr.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Ihre Familie. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Secessionstheater. Dantes Altkönig. Anfang 8 Uhr.  
E. v. Wolzogen. Sündes Theater (Heberlein). Anfang 8 Uhr.  
Schall und Rauch. Serenissimus-Zwischenspiele. Anfang 8 Uhr.  
Crepens. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
Charivari. Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
Metropol. Unsre Don Juans. Anfang 8 Uhr.  
Apollo. Lysistrata. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
Palast. Keine Vorstellung.  
Casino-Theater. Eine für Zwei. Anfang 8 Uhr.  
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.  
Wassage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.  
Wassage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.  
Hrania. Landenstr. 48/49. (Im Theateraal) Abends 8 Uhr: Die deutsche Operette.  
Jugendtheater 57/62. Täglich: Sternwarte.

**Schiller-Theater**  
(Wallner-Theater).  
Donnerstagsabend 8 Uhr:  
Mein Leopold.  
Volkstheater in 3 Akten von P. Krone.  
Freitagabend 8 Uhr:  
Die Romantischen.  
Herauf: Hexenfang.  
Sonnabendabend 8 Uhr:  
Die Romantischen.  
Herauf: Hexenfang.

**Central-Theater.**  
Heute 7 1/2 Uhr:  
Das süße Mädel.  
Operette in 3 Akten von Landberg und Stein. Musik von Reinhardt.  
Sonntag, 4. Mai, nachmittags 3 Uhr, frühe Vorstellung, erste Reihe: Puccini. Abends 7 1/2 Uhr: Das süße Mädel.

**Thalia-Theater.**  
Dresdenerstraße 72/73.  
Abends 8 Uhr, heute u. folgende Tage  
Gastspiel der Schillerfeier  
Der Herrgottschneider von Ammergau.  
Morgen, Sonnabend u. Sonntag: Herrgottschneider v. Ammergau. Der Sommer-Garten ist in oberbayerischer Art decoriert.

**Carl Weiss-Theater.**  
Große Quantfurterstr. 132.  
Auf allgemeines Verlangen:  
Das Jungfernstift.  
Operette in 4 Akten v. Ernst Günst, Musik v. Jean Gilbert. Anfang 8 Uhr.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung. Sonnabend: Hr. Grapport. Gastspiel der Frls. Martha Walter u. Ely Kropf.  
Deborah. Sonnabendnachmittag Kindervorstellung, gr. Kabuff: Fee Moriana od. Prinz u. Köhlerknabe.

**Metropol-Theater**  
Emil Thomas a. G.  
Henry Bender Josef Josephi  
Unsre Don Juans  
Grosse Posse mit Gesang u. Tanz in 4 Akten von Leon Treptow. Anfang 8 Uhr.  
Rauchen überall gestattet.

**Belle-Alliance-Theater.**  
Heute zum 127. Male:  
Die Dame aus Trouville.  
Schwank mit Gesang u. Tanz in 3 Akten. Emil Sondermann u. Ferd. Worms.  
Mizzi Birkner. Rosa Marton.  
Herauf: „Gr.“. Pariser Lebensbild in 1 Akt. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

# Urania.

Tauben-Strasse 48/49.  
Im Theater um 8 Uhr:  
**Die deutsche Ostseeküste.**

**CASTANS Panoptikum**  
Friedrich-Strasse 165.  
Das **Bärenweib!**  
ein Wunder der Schöpfung!  
Non: Skandinavisches Instrumental- u. Vokal-Künstler-Ensemble.  
4 Damen, 2 Herren.

**Apollo-Theater und Konzert-Garten.**  
Eröffnung der Sommer Saison.  
Gr. Gartenkonzert  
Um 7 Uhr  
Um 8 Uhr  
Specialitäten I. Ranges  
**6 Debuts**  
Um 9 Uhr (jeden Abend fürmischer Nacherfolg)  
**Lysistrata**  
Operette von Paul Linde, mit dem Aufhaken „Grigolatis“  
Blenden Ausstellung.

**Palast-Theater**  
(früher Feen-Palast)  
Durgstr. 22.  
Som 2. Mai ab tägl. abds. 8 Uhr  
**Ben-Ali-Bey**  
u. sein orient. Zauber-Ensemble.  
Vorverkauf d. Logen u. numm. Sitze an der Theaterkasse des Barenhaues H. Wertheim. Leipzigerstr. Breite der Plätze: Logen 2,50 Mk., Sperrpl. 1,50, numm. Parquet u. numm. Rang-Balkon 1 Mk., Parterre 50 Pf., Stehpl. u. numm. Pl. 30 Pf.

**Schall und Rauch**  
(Kleines Theater)  
Unter den Linden 44.  
Donnerstag, 1. Mai, abds. 8 1/2 Uhr  
Gastspiel von Emanuel Reicher.  
Strindberg-Cyklus.  
Serenissimus-Zwischenspiele u. a.

**Casino-Theater**  
Vollringstr. 37.  
8 Uhr: Gastel m. f. Gesellschaft!  
„Eine für Zwei“  
9-10 Uhr:  
Der beste Bruder.  
Anfang Wochen. 8, Sonntag 7 1/2 Uhr.

**Passage-Theater.**  
Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5, Ende 11 Uhr.  
Das sensationelle  
**Mai-Programm**  
15 ganz neue erstklassige Spezialitäten!

**W. Noacks Theater.**  
Dramenstraße 16.  
**Die Anna-Liese.**  
Schauspiel in 5 Akten von Herch.  
Heute: Tanzkränzchen  
Freitag keine Vorstellung.

**Sanssouci**  
Kottbuserstr. 4a.  
Jeden Donnerstag, Sonntag und Montag:  
Hoffmanns  
Norddeutsche Sänger  
Nach jeder Solire:  
Tanzkränzchen.  
Wochentags Vereinsbillards  
gültig und Tanz frei.

**Elysium**  
Landsberger Allee 40-41.  
Freitag, 1. Mai:  
**Norddeutsch. Sänger**  
Zum Nischenaal: **Ball**  
zum Benefiz der Hauskellner.  
Anfang 7 Uhr. Eintritt 30 Pf.

# Wintergarten.

**Mai-Programm:**  
Heute und die folgende Tage:  
**Das glänzende Ballett.**  
Foy, Serpentin- und Feuer-Tänzerin. **Otto Reutter.**  
**Flora Siding.** Wiener Soubr. vom k. k. priv. Theater a. d. Wien.  
**Auguste Pouget.** Pariser Sängerin und 11 andere hervorragende Spezialitäten.

**Fröbels Allerlei-Theater**  
grüher Pahlmann  
Schönhauser-Allee No. 148.  
Anfang 4 Uhr. Eintritt 25 Pf.  
Am 18. Mai (1. Pfingstfesttag):  
In den vollständig neu renovierten Räumen:  
**Eröffnung der Sommerspielzeit. Grosse Festvorstellung.**  
Am 1. und 2. Pfingsttag:  
**Grosse Frühvorstellung.**

**Reichshallen.**  
Täglich:  
Stettiner Sänger.  
Anfang Wochen. 8 Uhr  
Sonntag 7 Uhr.

**Deutsche Konzerthallen.**  
An der Spandauer Brücke 3.  
Grösst. Vergnügungsort Berlin  
**Internationale Konzerte von 5 Künstler-Kapellen.**  
Im 6. u. 7. Bogen erstklassige Theater- und Spezialitäten-Vorstellung  
Ausschank der Berliner Bock-Bräuerei.  
Bürgerl. Diner, 5 Gänge.  
Tägl. Matinee von 12-2 Uhr.

**Achtung! Achtung!**  
Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, das ich das Kapital von Wohl, Hermannstraße 25, übernommen habe. Bitte um gütige Unterstützung. - Aus ein Sachkammer mit Plouhau zur Verfügung.  
25095 E. Hegelmau.

**Wohlfahrts-Geld-Lotterie.**  
Ziehung: 27. bis 31. Mai  
16 870 Geldgewinne bar ohne jeden Abzug zahlbar von Mk.  
**575000**  
Hauptgewinn: Mark  
**100000**  
**50000**  
**25000**  
etc. etc. etc.  
Originallose à 3.30 Mk. Par Porto und Liste 30 Pf. extra.  
**Marienbg. Pferde-Lose** à 1 Mk. - 11 Stück 10 Mk. (Porto u. Liste 20 Pf.)  
**Oscar Bräuer & Co. Nachf.**  
Bank-Geschäft  
Berlin W. Friedrichstr. 151.  
Filialen:  
NW. Wilsnackerstr. 63  
O. Andreasstr. 46a.

**Gelegenheitskäufe!**  
Patelets, Hofen, Herren- u. Knaben-Anzüge, Hüter, Doringläser, Teppiche, Sessel, Revolver, Leuchtm., Goldschalen, Uhren, Ketten, Ringe, Regulatoren, Messer, Harmonika, Geigen, Gitarren usw. 30029\*  
zu spottbilligen Preisen.  
**Gustav Lucke,**  
Berlin, 131 Dranienstr. 131.

# Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend.

Freitag, den 2. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Beuthstraße 20-22:  
**Große Mitgliederversammlung.**  
Tagesordnung: Die Mat-Ausperrung und unsre Stellung dazu. Der wichtigen Tagesordnung halber ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder dringend erforderlich.  
Der Vorstand.

**Achtung! Mitglieder der Freien Volksbühne.**  
Die General-Versammlung am 29. April wurde nicht zu Ende geführt, sondern verlagert. Innerhalb der nächsten oder übernächsten Woche findet eine neue General-Versammlung mit derselben Tagesordnung statt. Das Versammlungslokal wird noch um „Vorwärts“ bekannt gemacht.  
Die provisorische Leitung der Vereinsgeschäfte liegt bis zur Generalversammlung in Händen der Herren Dr. Conrad Schmidt, Fritz Zubeil, Adolf Hoffmann, G. Winkler, und der Revisoren Fr. Stahl, Th. Wilde und B. Schneider.  
Eine kombinierte Sitzung der Obleute, Ordner und der provisorischen Vereinsleitung tagt am Montag, den 5. Mai, abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshause.  
**10. Serie:** Im Berliner Theater 3/4. Abteilung. Sonntag, den 4. Mai, 2 1/2 Uhr: „Gläubiger“, „Puss“, „Volksaufklärung“.  
**6./7. Abteilung** im „Lessing-Theater“ gleichzeitig:  
**— Die Hoffnung —**  
**6 Extra-Opernvorstellungen:** Metropol-Theater: Don Juan - Carmen - Zauberflöte vom 25. Mai ab. - Marken a 85 Pfennig in allen Zahlstellen.  
228/20) Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

**Deutscher Holzarbeiter-Verein.**  
Freitag, den 2. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Köpenickerstraße 29:  
**Vertrauensmänner - Versammlung**  
sämtlicher Bezirke und Branchen.  
Bericht über die Raffiner und den Zunftnachweis. - Vertrauensmännerliste nebst Buch legitimiert. 82/17  
Jede Werkstatt muß vertreten sein.  
Die Ortsverwaltung.

**Centralverband der Maurer etc.**  
(Bezirk Moabit.)  
Freitag, den 2. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminius-Sälen, Bremerstraße 71-72:  
**Versammlung mit Frauen.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag der Genossin H. Imle. 2. Diskussion und Beschiedenes. Gute Beteiligung erwartet.  
139/10 Die Verbandsleitung. S. K.: K. Panson.

**Verein der Bauanschläger Berlins und Umgegend.**  
Sonntag, 4. Mai, vorm. 10 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Gugel-Str. 15, Saal 1:  
**General-Versammlung**  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht der Statutenberathungs-Kommission. 2. Antrag Dohse über Aufnahme von Mitgliedern. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Beschiedenes. 35/9  
Beiträge werden nur zwischen 1/2 10 bis 11 Uhr angenommen. - Mitgliedskarte legitimiert.  
Der Vorstand.

**Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.**  
Zahlstelle Berlin III.  
Am Sonntag, den 4. Mai, vormittags 10 Uhr, im Lokal des Herrn Zimmermann, Badstraße 58:  
**Mitglieder - Versammlung**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Cohen über: „Arbeitslosen-Unterstützung und ihre Bedeutung für die Gewerkschaften“. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom letzten Quartal. 4. Verbandsfachen und Beschiedenes. 42/1  
Bogen Besuch erwartet.  
Die Ortsverwaltung.

**Mit nur Mk. 4.30** (Porto und Gewinn-Liste 50 Pf. extra) für:  
1 Wohlfahrts-Lose Mk. 3.30 und  
1 Schneidemüller Lose Mk. 1.-  
zu gewinnen die Haupttreffer:  
**100,000**  
Mark bar, ohne Abzug, und  
**1 elegante Equipage mit 4 Pferden.**  
Ziehungen 10. und 27. bis 31. Mai.  
Loosverkauf durch **General-Debit Lud. Müller & Co.** in Berlin, Breitestr. 5.  
Telegr.-Adr.: Gückmüller.

**Achtung! Vereine!**  
Mein Saal und Garten ist noch einige Sonnabende zum Sommer-Verdrehungen frei; auch geeignet für Gesangsvereine zu Hebungsstunden. Ein schönes Gartenhaus, passend für Vereine, Jubiläen u. Hochzeiten aller Art, sowie zwei herrliche Regalbahnen zur Benutzung.  
F. Kleinert, Schulstr. 20, N.

**Damen-Konfektion**  
direkt aus der Fabrik.  
Kein Laden!  
Jetzt nach bederter Engros-Partien:  
**Einzelverkauf**  
zu **Engrospreisen:**  
Capes, Paletots, Jacketts, Kostüme für Damen und Mädchen.  
Damen- u. Kindermäntel-Fabrik  
**Robert Baumgarten,**  
Hausvogtelplatz 11, 2. St. (Ecke der Jerusalemstr. (Nach-Sonnt. geöffnet).

**Filialen:**  
Berlin, Chausseestraße 54 und  
Wellekammstraße 98.  
Stettin, Woganzstraße 2 und  
Gohenzollernstraße 3.

**Mass-Anzüge**  
24 und 30 M.  
Paletots nach Mass 22 M.  
Alle diejenigen welche in irgend einer Weise mit ihren Mass-Anzügen nicht zufrieden gestellt wurden, sollen unbedingt bei mir den Berlin machen.  
Lieferung prima 19006\*  
**Stoffresten**  
die feinsten Mass-Anzüge unter Garantie des Aufgebens zu obigen Preisen.  
Engros-Rester-Handlung  
Wellekammstraße 98, 1 Tr.  
und  
Chausseestraße 54, 1 Tr.  
Wegen großen Andrangs bitte recht zeitig zu bestellen.

**Sofastoffe**  
Riesenauswahl aller Qualitäten.  
Bolle Reste Moquette, Plüsch, Satteltaschen.  
Muster bei näherer Angabe franco.  
Berlin, 158  
Oranienstr.

**Alle Wanzen**  
sterben sofort nebst Brut, durch meinen **Wanzenod.** in Pl. 0,50, 1 Zr. - Schwaben, Stücken, Franzosen u. werden durch mein Pulver vollständig vernichtet. Stckl. 0,30, 0,60, 1 Zr. Zahlreiche Anerkennungen.  
**1000 Mark Belohnung**  
jede ich demjenigen, der mir einen Richterfolg nachweist. Nur allein erst bei Hugo Barth, Drogerie, Brunnenstrasse 18, Ecke Peterstrasse.

**30 Mark**  
hochfeine Sommerpaletots.  
30 Mark  
hochlegante Sommerpaletots.  
12 Mark hochlegante Sommerpaletots.  
Anfertigung nur nach Maß.  
Unter Stoff, tabellierter Stg. (4044)\*  
**14 Krausenstraße 14,**  
1 Tr. Tel.-Amt 1 Str. 5708. 1 Tr.

**Quadratruete 12 M. an.**  
Landparzellen direkt am **Bahnhof Biesdorf,** feinsten Gartengrund, coulante Bedingungen. Große Ausdehnung bestehend. Verkauf auf dem Terrain und Weg. „Fruhoff“ (146/15)  
J. Thiem, Frankfurt Allee 87.  
Nieschalske, Rieger & Co., Gontardstr. 5, am Bahnhof Alexanderplatz.



# An die Gewerkschaften und Arbeiter Berlins!

**Genossen! Arbeitsbrüder!** Der 1. Mai, das Weltfest der Arbeit, ist wieder gekommen. Die Klassenbewußte Arbeiterschaft aller Kulturländer wird zum dreizehntenmale den Weltfeiertag der Arbeit festlich begehen. Wiederum beabsichtigen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die Feier des Tages durch **Arbeitsruhe** zu begehen. Und nicht zuletzt sind es die Berliner Gewerkschaften, die — trotz der gegenwärtig schlechten wirtschaftlichen Konjunktur — beschlossen haben, auch in diesem Jahr den Tag der Arbeit in seiner würdigsten Weise — durch **Arbeitsruhe** — zu feiern. Trotz der brutalen Maßnahmen, die ein von unfähigem Nachdünkel besetztes Unternehmertum gegen die die Arbeit ruhen lassenden Arbeiter in Anwendung bringen will und wird.

**Arbeiter! Parteigenossen!** Doppelt notwendig ist es, dem Gedanken der Arbeitsruhe in immer weiteren Kreisen Eingang zu verschaffen. Es gilt nicht nur, die der Mai-feier zu Grunde liegenden Gedanken an diesem Tage von neuem zu betonen, sondern auch **Protest zu erheben** gegen die dem Unternehmertum willfährigen Maßnahmen, Verordnungen und Entscheidungen landes- und ortspolizeilicher Körperschaften.

Es gilt **Protest zu erheben** gegen alle Maßnahmen, welche das **Koalitionsrecht der Arbeiter zu zerstören geeignet sind.**

Wir erheben Protest gegen die **Polpolitik der Regierung**, die eine **wucherische Ausbeutung des arbeitenden Volkes zu Gunsten einer kleinen aber mächtigen Gruppe** bedeutet. Und so bringen wir Euch, Arbeiter, Genossen, denn wiederum der früheren Beschluß der Berliner Gewerkschaftskommission in Erinnerung, welcher lautet:

„Gemäß den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse in Paris, Brüssel, Zürich, London und Paris 1900 und des Parteitages von Stuttgart vom Jahre 1898 empfiehlt die Berliner Gewerkschaftskommission den Berliner Gewerkschaften, den 1. Mai insgesamt als Demonstration für die Klassenforderungen des Proletariats durch die **Arbeitsruhe** zu feiern. Arbeiter, Genossen! Bringt diesen Beschluß soweit als es Euch möglich ist zur Durchführung.“

Wo der 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert wird, da ist es Eure Pflicht, die **Vormittagsversammlungen** zu besuchen.

## Die Berliner Gewerkschaftskommission.

Der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission empfiehlt den am Vormittag tagenden Versammlungen folgende **Resolution** zur Annahme:

Die heute, am 1. Mai, hier versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen erklären, daß sie unentwegt und mit aller Energie an den in der Meise zum Ausdruck kommenden Gedanken festhalten und wiederholen das feierliche Versprechen, für die Verwirklichung dieser Gedanken mit aller Energie einzutreten.

Vor allem bekunden die heute Versammelten, daß sie es nach wie vor als ihre **vornehmste Aufgabe** betrachten, einzutreten für Reformen auf **wirtschaftlichem Gebiete**, **Schaffung eines ausreichenden, wirksamen Arbeiterschutzes**, insbesondere für den **Achtstundentag**. Des weiteren verpersönlichen die Versammelten, auch in Zukunft wie bisher nach besten Kräften das Band der internationalen Solidarität zu festigen, welche die Vorbedingung und die beste Garantie ist für den allgemeinen Völkerverfrieden.

Die Versammelten bedauern die Haltung der Regierung in der Forderungsbekämpfung auf das lebhafteste. Angesichts der großen Not und Arbeitslosigkeit, die infolge der wirtschaftlichen Krise immer weitere Volksschichten ergreift, wäre es Pflicht der Regierung gewesen, durch Abschluß von **vorteilhaften Handelsverträgen** dem Volke die notwendigen Konsumartikel zu verbilligen. Statt dessen bedeutet die Forderung der Regierung eine **wesentliche Verschlechterung der Lebenshaltung** der arbeitenden Klasse. Für dieses Verhalten sprechen die Versammelten der Regierung ihre **entschiedenste Mißbilligung** aus und erwarten, daß die Regierung ihre Forderung zurückzieht.

Die Versammelten fordern die Regierung auf, die **Sozialgesetzgebung**, wie sie in den Februar-Erlässen 1900 ausgedrückt ist, **energisch zur Durchführung** zu bringen.

Die Versammelten protestieren energisch gegen alle Maßnahmen, die geeignet sind, der arbeitenden Klasse den Gebrauch des **Streik**- und **Versammlungsrechts** zu beschränken und zu entreißen.

Die Arbeiterschaft erhebt um so energischeren Protest gegen diese Maßnahmen, als die Unterdrückungs- und Gewaltmaßnahmen sowie die umfassendsten Organisationsbestrebungen des Unternehmertums gegen die Arbeiter zur Genüge darthun, daß die umfassendste Organisation der Arbeiter eine im **Interesse der Sittlichkeit, Humanität und Kultur** begründete absolute Notwendigkeit ist. Die Versammelten bekunden ihre tiefste Entrüstung gegenüber dem **Erlaß des Justizministers**, daß bei Streiks gegen die Arbeiter der § 153 der Reichs-Gewerbe-Ordnung im Verein mit dem Erpressungsparagraphen des Strafgesetzbuches angewendet werden soll. Die Versammelten verlangen energisch die Gewährung des vollen Koalitionsrechts. Aber eingedenk der Worte, daß die **Verteidigung der arbeitenden Klasse nur das Werk der arbeitenden Klasse selbst sein kann**, wird diese, unbeeinträchtigt durch die Maßnahmen ihrer Feinde, unermüdetlich Vertrauen auf ihre eigene Kraft, fortfahren, am Aufbau besserer Zustände für die Arbeiterschaft thätig zu sein. Auch wird sich dieselbe stets und mit aller Entschiedenheit dagegen wenden, daß sie durch Klassengefehle und Klassenjustiz in ihren Rechten geschmälert wird.

Diese Ziele zu erreichen, zur Abwehr gerüstet zu sein, ist nur dadurch möglich, daß jede Zerplitterung der Gewerkschaftsorganisation vermieden wird. Fort mit allen Sonderorganisationen, nur die Centralisationen können in dem gewaltigen Kampf zwischen Kapital und Arbeit den Versammelten zu ihrem Recht verhelfen! Die Versammelten sprechen allen um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfenden ihre vollste Sympathie aus. In diesem Sinne weiter zu wirken, richten die Versammelten brüderliche Grüße an die zur Bekämpfung der Solidarität heute am 1. Mai versammelten Arbeiter der ganzen Welt!

## Versammlungen.

**Wahlverein für den sechsten Reichstags-Wahlkreis.** Am Dienstag fand im Kolberger Salon eine Versammlung statt, der zahlreiche Frauen als Zuhörerinnen beiwohnten. — Bald nachher hielt einen Vortrag, in dem er die kommunalen Forderungen unserer Partei vorlegte und unter Hinweis auf die gegenwärtigen Verhältnisse zeigte, wie viel noch zu thun ist, um aus dem unter freiwirtschaftlichem Einfluß stehenden Gemeinwesen eine Stadtgemeinde zu machen, in der die berechtigten Forderungen der breiten Volksschichten erfüllt werden.

**Die Freie Volksbühne** hielt am 29. April eine Generalversammlung ab. Nachdem vom zweiten Vorsitzenden W. Maas gegebenen Geschäftsbericht betrug die Mitgliederzahl am 31. März etwa 7000. Den Wünschen der Mitglieder auf weitere Ausdehnung des Vereins konnte nur durch andere Theaterverträge Rechnung getragen werden. Diese werden eine Neueinstellung der Abteilungen im Gefolge haben. Im neuen Spieljahr finden die Vorstellungen abwechselnd im Leistung- und im Metropoltheater statt. — Der Stufenbericht, den G. Winkler erstattete, ergab eine Jahresernte von 67 646,05 M., der eine Gesamtausgabe von 61 676,07 M. gegenübersteht, so daß am 31. März ein Bestand von 6000,98 M. verblieb. Die Revisoren haben alles in bester Ordnung befunden.

W. Maas stellte mit, daß der Rücktritt des Herrn Dr. C. Schmidt vom Posten des 1. Vorsitzenden und des Herausgebers des Bühnenbuchs die Vorsitzenden bzw. Ausschussmitglieder Curt Baake, Bloch, Busch und Frau Julie Jabel veranlaßt habe, sich mit Schmidt solidarisch zu erklären und ihre Ämter ebenfalls aufzugeben. Ueber die Vorgänge, die zur Amtübertragung des Dr. Schmidt führten, referierte dann namens der übriggebliebenen Vorstandsmittelglieder der erste Schriftführer Cohn. Nach seinen Ausführungen ist es schon seit langem zu unangenehmen Streitigkeiten in Ausschuss und Vorstand gekommen, die Winkler und seine Freunde besonders zurückzuführen auf die geschäftliche Ungelegenheit Conrad Schmidts, die ihn ungeeignet erscheinen lasse zum Vorsitzenden der Volksbühne. Als schließlich noch die Frage erörtert wurde, ob sich Schmidts Resignationstätigkeit am „Vorwärts“ mit der des Verfassers von Vesperektionen in Volksbühnenzeit und des Vorsitzenden der Volksbühne vertrage, wurde dies von einigen Mitgliedern in der Verwaltung verneint, worauf Dr. Schmidt den Vorzug wiederlegte. Dr. Schmidt widersprach in diesem den Darstellungen Cohns. Mit seiner Stellung als Theaterrecensent und Vorsitzender der Freien Volksbühne komme er nicht in Konflikt, da die Recensenten über die Freie Volksbühne im „Vorwärts“ nicht von ihm geschrieben werde. Die persönlichen Differenzen, die ihn besonders zu Herrn Maas und Cohn in Gegensatz gebracht haben, seien mit der Anlauf zum Rücktritt. Der Zustand sei ein so unheilvoller geworden, daß ein gebrüderliches Zusammenarbeiten nicht mehr möglich war. Den gleichen Standpunkt vertraten Baake, Bloch und Frau Dr. Jabel, während von der andern Seite besonders die Herrn Maas und Cohn an einzelnen geschäftlichen Vorkommnissen darzulegen beschämen, daß der Vorsitzende als Leiter der Versammlung und zu geschäftlichen Verhandlungen ungeeignet erscheine. Die Debatten waren zum Teil sehr heftig und verloren sich in Einzelheiten geschäftlicher Angelegenheiten. In seinem Schlusswort brachte Cohn die Vorgänge zur Sprache, die sich bei Abschluß des Vertrages mit dem Berliner Theater zugetragen haben. Danach soll die Vermittlung des Vertrages einem Herrn übertragen worden sein, der ein intimer Freund des Polizeirats Reichsdeid-Häckerlein war. Unter großer Erregung wurde nun gegen 12 Uhr die Wiedereröffnung der Diskussion beschlossen. Die Versammlung fand unter dem Eindruck, daß der Vorsitzende Dr. Schmidt gewußt habe, in welchen Händen die Geschäftsvermittlung stand. Baake und Dr. Schmidt stellten nun sofort richtig, daß im Ausschuss und Vorstand niemand von den Beziehungen des Agenten gewußt habe und das Ausschussmitglied Dr. Verthold, der den Herrn empfahlen hatte, nach Bekanntwerden dieser Vorgänge zurücktrat. Im übrigen bestand kein Anhalt, daß der Agent im Dienste der Polizei stand. Ein Antrag, zur Untersuchung dieser Vorgänge eine Kommission zu wählen, wurde nach dieser Darstellung mit großer Majorität abgelehnt. — Gegen 1/2 1 Uhr nachts nahm die trotz des Wegganges einer ganzen Anzahl Mitglieder immer noch sehr gut besuchte Versammlung mit übergroßer Majorität folgende Resolution, von C. Baake eingebracht, an: Die Versammlung bedauert die Vorgänge, die Herrn Dr. Conrad Schmidt zur Wiederlegung seines Amtes gezwungen haben und spricht ihm ihr unermindertes Vertrauen aus. — Kummere erklärte Maas für sich, Dupont, Cohn, Sahn und Dr. C. Pränzl, daß sie ihre Ämter im Vorstand bzw. Ausschuss niederlegen. Somit war nur noch der Kassierer G. Winkler vom Vorstand und Ausschuss übrig, der die Leitung der erregten Versammlung übernahm. Auf Antrag Curt Baakes wurde schnell noch bis zur nächsten, binnen kürzester Zeit zur Übernahme der Wahlen z.

einigenden Generalversammlung eine vorläufige Leitung (Dr. Conrad Schmidt, Adolf Hoffmann und Fritz Jubeil) eingesetzt und die Versammlung um 1 Uhr geschlossen.

**Eine Versammlung der Herren- und Knabenkonfektions-Schneider** tagte am Dienstag in den Lunaden, Neue Königsstraße. Der Reichstags-Abgeordnete Albrecht hielt hier einen Vortrag über: Die Stellung der deutschen Herrenkonfektion auf dem Weltmarkt und die Entlohnung ihrer Arbeiter. Der Redner gab in großen Zügen, gestützt auf ein reiches statistisches Material, eine Uebersicht über die Entwicklung der deutschen Konfektion sowie über die herrschende Stellung, die sie auf dem Weltmarkt einnimmt. Dann schilderte er die traurige Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Industrie und die Lohnrückfälle, die jetzt bei der wirtschaftlichen Depression, begünstigt durch das System der Heimarbeit, in immer unverkämmerter Weise ausgedehnt wird. Vom Reichstag, so führte der Vortragende weiter aus, sei vorläufig kein wirksames Eingreifen zu erwarten. Hier bleibe nichts anderes übrig, als sich straff zu organisieren und möglichst alle Glieder der Branche zur Organisation heranzuziehen. — Der Vortrag wurde mit regem Beifall aufgenommen. In der Diskussion forderte Ritter zu regelmäßigem Besuch der Zusammenkünfte auf, die für die Kollegen der einzelnen Geschäfte veranstaltet werden, und ferner ermahnte er diejenigen, die Gelegenheit dazu haben, das in czechischer Sprache erscheinende Agitationsblatt zu verbreiten, um der von den Ausländern in besonders hohem Maße ausgeübten Lohnrückfälle entgegenzuwirken und auch diese Kollegen zur Organisation heranzuziehen. — Der Referent wies in seinem Schlusswort noch besonders darauf hin, daß auch die Beteiligung der Frauen an der Organisation eine unbedingte Notwendigkeit ist, wenn eine Verbesserung der Verhältnisse eintreten soll.

**Der Centralverband der Zimmerer** (Zahlstellen Berlin und Vororte) hielt am Sonntagvormittag seine zahlreich besuchte Generalversammlung in den Annahallen ab. Der Kassierer Kube erstattete den Stufenbericht vom 1. Quartal, der folgende Gestaltung aufweist: Einnahme der Pollakasse inkl. Bestand von 4912,89 M., 8931,14 M.; Ausgabe: An die Hauptkasse abgeführt 2794,92 M., am Orte verbraucht 1185,29 M.; somit Bestand am Schluß des Quartals 4950,92 M. Der örtliche Fonds zeigt bei einem Bestand vom 4. Quartal in Höhe von 25 743,79 M., eine Einnahme von 31 328,04 M. Die Ausgabe beträgt 2101,48 M., mithin verbleibt der Bestand 29 226,61 M. Sodann gab Ritter den Bericht von der Sitzung der Arbeitgeber-Kommission vom 4. März, in der der noch strittig verbliebene Punkt des Vertrages bezüglich der halbständigen Entlohnung an Sonnabenden verhandelt wurde und das schon einer Mitgliederversammlung bekannt gegebene Ergebnis hatte, daß für Streikfälle nur eine protokolllarische Erklärung festgesetzt wurde. Diese hatte noch der Bestätigung der Versammlung. Für etwaige Eventualitäten müsse er auch bekannt geben, daß der Unterzeichnung des Vertrages von Seiten der Arbeitnehmer noch nicht entsprochen werden konnte, weil der Arbeitgeber-Verband eine andre Form vorgeschrieben hatte. Es seien die Formulare wieder zwecks Wenderung zurückgegeben worden, zur Zeit aber noch keine Antwort erfolgt. Der Vertrag habe deswegen seine Gültigkeit und sei in einem neu vom Vorstand herausgegebenen grauen Wäschchen nebst andern enthalten. Er ersuchte zum Schluß die Mitglieder sich eng an die darin gegebenen Weisungen zu halten. Die getroffene Vereinbarung wurde sodann seitens der Versammlung angenommen. Hierauf berichtete Kube über die Tätigkeit der Gewerkschaftskommission im verfloffenen Geschäftsjahr. Die Delegation hierzu wurde dem Vorstande überlassen. Unter Verbandsangelegenheiten forderte Ritter zur regen Teilnahme an der Weisungswahl zum Innungs-Schiedsgericht auf und führte an: Die Kandidatenfrage konnte leider nicht der Versammlung vorgelegt werden, weil erst in letzter Stunde der Wahltermin bekannt gegeben wurde. Eine kombinierte Sitzung hat sich damit beschließen.

Betreffs der Meisefeier wurde nach einiger Diskussion beschlossen, die arbeitslosen Mitglieder vom 2.—7. Mai wie die Gewerkschaften zu unterstützen, im weiteren, daß vier Kontrollstellen errichtet werden, und zwar je eine im Norden, Westen, im Bureau und in Charlottenburg. Als Geschäftszeit für die Kontrollierung wurde 9 bis 12 Uhr vormittags und 3 bis 6 Uhr nachmittags festgesetzt. Gegen den Antrag des Vorstandes, 1000 M. zum Ausbau der vorhandenen Bibliothek zu bewilligen, spricht sich in der Debatte Witt aus und wird die Angelegenheit auf Antrag Reumann bis zur nächsten Versammlung vertagt. Mit einem Hoch auf den Verband erfolgte Schluß.

**Der Buchbinderverband** hielt am Dienstag im Gewerkschaftshaus seine ordentliche Generalversammlung ab. Dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden Bräuner ist zu entnehmen, daß im verfloffenen Quartal 3 Versammlungen und 14 Vorstandssitzungen stattgefunden haben. Außerdem wurden zahlreiche Werkstätten ange-

halten. Die Ortsverwaltung mußte mit verschiedenen Firmen in Unterhandlung treten wegen erfolgter Maßregelung von Kollegen; doch nicht immer führten die Unterhandlungen zu einem befriedigenden Ergebnis. In einem Falle mußte auch das Tarif-Schiedsgericht angerufen werden, welches zu Gunsten der Arbeiter entschied. Der Jobststelle gehören an 1900 männliche und 1452 weibliche Mitglieder, die Mitgliederzahl ist also ungefähr dieselbe geblieben wie im vorigen Quartal. In allen Branchen wurde über schlechten Geschäftsgang geklagt; wo früher zehn Arbeiter gestanden hätten, ständen jetzt nur vier, und auch diese würden mehrfach noch nicht einmal den ganzen Tag beschäftigt. Der Vorsitzende betont sodann, daß die einzelnen Vertrauensleute im Interesse des Verbandes ihre volle Schuldigkeit getan hätten und ermahnt noch dringend, die Beiträge pünktlicher zu entrichten. Im Anschluß an den Geschäftsbericht wurde beschlossen: die Ortsverwaltung möge dafür sorgen, daß der Firma Lüderich u. Bauer bis auf weiteres keinerlei Partiarbeiten zur Ausführung überlassen werden. Hierauf folgte der Bericht über Kasse und Bibliothek. Nach einer ziemlich langen Geschäftsordnungs-Debatte kam man dann zur Besprechung über die diesjährige Meisefeier. Es wurde bedauert, daß die Jobststelle noch nicht in der Lage sei, den 1. Mai durch allgemeine Arbeitsruhe zu feiern. Wo es irgend möglich sei die Arbeit ruhen zu lassen, da sollte man es thun, aber auch bei denjenigen Firmen, die sich den Wünschen der Arbeiter gegenüber bisher ablehnend verhielten, müsse man erneut vorstellig werden, den 1. Mai freizugeben. Geschlossen wurde: Wer am 1. Mai gezwungen ist zu arbeiten, hat eine Marke zu nehmen und zwar bei einem Verdienst bis zu 15 M. im Werte von 20 Pf., bis 24 M. 40 Pf. und über 24 M. 60 Pf. Der Betrag soll den Arbeitslosen zu gute kommen. — Ueber den Antrag Stanoßki, den Gehaltsbeitrag auf 5 Pf. pro Woche zu erhöhen, ging die Versammlung mit großer Mehrheit zur Tagesordnung über. Am Mittwoch wurden dann noch die Ergänzungswahlen zur Ortsverwaltung und die Wahl des Bauvorstandes vorgenommen.

**Die neugegründete Baugenossenschaft „Paradies“** hielt am vergangenen Sonntag eine fast besuchte öffentliche Versammlung im großen Saale des Gewerkschaftshauses ab. Reichstags-Abgeordneter Peus sprach daselbst über das Thema: Wie entbinden wir uns von den Mietlasten? Ausgehend von dem bekannten Anspruch des Erholungsstücker, die Partei spreche zwar viel vom Brotwindecker, aber nicht vom Wohnungswucher, betonte Redner, daß sich unsere Partei stets energisch gegen den Wohnungswucher gewandt habe. Der Vortragende verbreitete sich dann eingehend über die Ursachen und den Grad des bestehenden Wohnungsmangels sowie über die Folgen desselben für die minder- und unbemittelten Volksschichten. Heute sei es so weit gekommen, daß die Mieter als Jinsklaven der Hausagrarier betrachtet werden müßten. Nun sei wohl dem bestehenden Mieterverein eine gewisse Bedeutung nicht abzuspochen, doch ein bei weitem besseres Mittel zur Einschränkung des Wohnungswuchers liege in der Gründung von Baugenossenschaften. Nach dem anderthalbstündigen, mit großem Beifall aufgenommenen Vortrage trat W. R. Müller dem Referenten entgegen. Er bezeugte die Genossenschaftsbestrebungen als soziales Pflichtwerk, durch welches die Kräfte der Arbeiterschaft unnötigerweise zerplittert würden. Die Lösung der Wohnungsfrage könne man getrost dem wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß überlassen. Etwa 1000 keiner Wohnhäuser würden der hiesigen Wohnungsmisere jedenfalls keinen Einhalt thun. Stramm, der Enderreferent der Versammlung, polemisierte in längeren Ausführungen gegen Wermuth. Peus suchte unter dem Beifall der Anwesenden die Einwände Wermuths ebenfalls zu entkräften. Zuletzt beteiligte sich noch die Genossin Elli Braun an der Diskussion. Ihre Ausführungen hielten sich ganz im Sinne des Referats, nur wünschte sie im Gegensatz zu Peus, daß die zu erbauenden Wohnhäuser stets unbedingt Eigentum der Genossenschaft bleiben sollten. Auf verschiedene Anfragen teilte der Vorsitzende Stramm dann noch mit, daß sich die Genossenschaft bereits am 1. März konstituiert habe. 160 Morgen Land seien ihr vom Gutsbesitzer Braun-Al-Glienitz zur Verfügung gestellt. Der Kauf sei zwar noch nicht endgültig abgeschlossen, doch habe man sich das Areal reserviert. Ein Wohnhaus, bestehend aus zwei Stuben, Küche, Bodenraum und Keller würde voraussichtlich ungefähr dreitausend Mark kosten. In die ausgelegten Listen ließen sich nach Schluß der Versammlung eine namhafte Anzahl der Anwesenden als Mitglieder eintragen.

**Schmargendorf.** Die Generalversammlung des Wahlvereins nahm die Berichte des Vorsitzenden und des Kassierers entgegen und erteilte dem letzteren Decharge. Die Mitgliederzahl stieg im verfloffenen Quartal auf 39. Geübt wurde die geringe Beteiligung an den Flugblattverbreitungen. Als Kandidat für die Gemeindevorstandswahl am 5. Mai, vormittags 9—12 Uhr, wurde Genosse Brille aufgestellt. Die Genossen werden zum Besuch der Wählerversammlung im Restaurant „Waldschloß“ am Freitag, den 2. Mai, aufgefordert.



16. Ziehung 4. Klasse 206. Rgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 30. April 1902, nachmittags. Aus der Gesamtheit über 232 Mill. und den betragslosen Nummern in Klammern beigefügt.

- 23 29 210 78 552 678 842 [5000] 82 964 1206
306 453 54 59 610 46 710 810 2242 78 391 65 [500]
447 692 725 39 70 3032 167 209 387 [500] 856 4194
762 73 815 5189 963 969 971 6014 162 [500] 279 316
422 921 77 7200 30 451 562 79 783 8091 163 40 274
360 462 97 693 29 743 98 903 47 48 8491 518 82
10099 562 51 77 639 35 77 83 705 933 11076 89
116 [1000] 464 694 703 93 801 14 919 44 12153 223
[500] 366 472 519 735 45 [1000] 859 [1000] 13142 318
[500] 562 891 14005 15 39 74 120 73 209 324 64 609
[1000] 86 701 [500] 88 92 965 85 15093 98 129 243
59 56 376 919 62 743 58 94 10228 115 387 412 500 25
74 636 799 889 998 1708 14 44 320 516 63 614 815 96
96 94 18094 181 [500] 205 304 35 413 630 [3000] 824
19255 490 595 640 831 [500] 33
20208 319 [1000] 47 [5000] 65 88 411 [500] 529
604 712 850 900 21335 [500] 444 517 76 [1000] 657
800 [3000] 71 22994 56 120 364 483 [3000] 563 672
23011 141 51 385 403 12 577 635 90 821 38 77 934
24045 66 163 297 439 [500] 595 748 [1000] 859 29 96
67 972 90 25291 385 595 14 16 [500] 90 693 700 15
68 26052 164 369 490 522 62 68 21 803 909
27263 465 513 92 632 47 25130 72 73 349 596 [500]
35 563 748 698 29032 291 92 [1000] 625 839 996 73 97
30088 969 [3000] 88 781 902 55 31099 113 299
29 43 322 421 29 13000 [500] 97 996 [3000] 710
32009 49 224 475 522 53 [5000] 91 658 [500] 65 790
32 33017 [500] 373 460 537 683 31065 399 79 [500]
496 616 67 709 94 639 92 35343 310 454 97 677 632
715 56 69 36010 180 224 639 721 3724 180 319 92
743 816 25 38054 174 429 33 83 292 55 804 914
39337 72 329 689 733 88 870 87 949 50
40055 142 [500] 269 520 77 87 [1000] 934 41092
153 221 32 373 485 563 46 908 11 81 745 [500] 52 86
801 72 994 42156 308 43 71 735 841 43215 52 86
705 62 922 44012 194 246 346 65 73 94 478 45099
68 155 74 871 803 34 38 710 32 [500] 943 98 46532
[3000] 743 47002 [1000] 39 [500] 49 71 345 510 614 37
61 71 710 67 874 48109 208 327 400 13 608 721 [3000]
980 49075 92 124 37 239 365 624 37 69 759 94 816
[3000] 900 37 57 32
50130 291 757 513 92 51091 164 76 80 378 425
74 [1000] 562 697 843 47 981 52006 69 79 87 146 202
61 311 34 547 602 [500] 28 54 808 923 78 53013 53
115 46 88 453 570 94 [500] 783 933 90 54335 930
56463 170 254 321 49 69 462 599 889 907 56142 31
21 291 52 64 300 409 34 88 [500] 398 58 57 653 734
217 570 72 404 388 420 541 659 807 58240 400 82
584 690 790 871 59017 298 69 333 73 86 694 876 833
60038 93 198 290 317 89 438 47 66 516 692 731
613 61045 48 248 79 341 446 81 692 610 66 931
62010 21 304 [500] 774 63119 254 85 316 655 56
66 855 61006 [500] 126 [1000] 223 386 631 62 730 44
65026 298 300 460 574 603 708 833 949 60994 138
82 863 [500] 308 426 28 30 595 619 707 840 60023
38 59 95 189 707 29 84 850 60 915
70172 45 3003 75 767 71122 [500] 329 93 546
47 651 715 42 9003 45 907 38 68 72022 [500] 99 145
65 72 [1000] 226 439 46 404 74011 126 288 372 467
283 215 60 532 623 752 976 74912 126 288 372 467
501 21 68 848 712 69 699 940 76328 220 315 511 43
843 45 87 76183 210 522 600 926 17 98 77699
150 685 725 80 872 911 82 [1000] 78236 329 63 432 873
98 79037 42 306 89 421 49 [500] 590 686 739 79
80718 818 942 [500] 81022 67 84 332 83 537 47
626 39 799 82011 [500] 10 164 225 483 545 694 87
827 975 89137 383 416 80 529 [3000] 93 657 745
229 50 89 84033 62 92 147 223 398 565 607 851 54
83 85094 15 23 229 496 545 741 92 961 80000 27
106 290 71 377 82 93 412 662 82 895 57194 79 226
40 463 603 810 78 988 [3000] 88223 83 449 547 72
961 626 35 80016 84 189 321 24 544 671 811 29
915 58
90071 138 42 449 65 75 625 813 57 008 45 91348
409 717 840 92026 70 288 90 309 54 81 800 707 [500]
831 901 65 [500] 99014 65 107 [500] 291 453 59 853
333 50 94183 246 54 480 706 870 82 89 980 95172
83 422 628 82 746 51 840 96055 313 64 545 718 801
97138 448 80 869 690 92 98063 98 113 205 606 [500]
835 947 99117 37 646 82 898
100007 51 157 81 [500] 375 840 931 101137
349 68 97 886 90 102063 271 [1000] 379 479 566 606
28 96 748 83 94 97 842 82 103018 62 350 94 415
600 27 766 [500] 817 65 81 832 64 104200 53 341
61 [500] 590 630 57 713 59 105310 404 16 26 88
612 64 847 106014 107 287 456 85 [500] 621 55
1010736 39 [500] 283 398 [1000] 453 77 644 738
1087973 221 46 493 700 109477 102 62 897 961 71
1110068 102 293 454 596 609 111610 8 268 657
744 1120063 16 182 332 405 48 528 61 621 81 753
815 97 918 44 113028 180 321 63 540 51 678 89
[500] 753 97 899 989 114341 459 989 922 92 1150229
163 205 [1000] 49 341 510 78 93 808 [15 000] 920
316023 80 111 38 242 436 45 973 117101 241 44

16. Ziehung 4. Klasse 206. Rgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 30. April 1902, nachmittags. Aus der Gesamtheit über 232 Mill. und den betragslosen Nummern in Klammern beigefügt.

- 50 390 960 [500] 118074 99 274 [500] 668 721 40 41
827 41 77 914 119198 465 906 [500]
1210418 55 398 621 765 924 1210008 71 86 428
82 650 791 894 122037 43 71 119 55 540 61 770 80
123068 544 259 388 408 511 62 641 64 85 124135
217 405 18 634 62 835 43 125027 111 40 43 353 437
619 36 62 651 55 126019 361 626 833 88 921 127043
56 147 270 315 44 57 72 438 624 55 768 945 128417
562 680 745 858 129121 233 99 379 490 568 920
130251 63 549 629 704 947 995 131254 303
[1000] 26 33 472 62 [500] 495 649 758 [600] 924 953
[3000] 132014 47 87 [1000] 120 208 311 446 48 722
133206 21 [3000] 29 [5000] 36 369 453 569 18 702
879 134027 304 58 355 500 992 135232 417 58
543 69 859 63 95 84 136063 188 347 699 659 700 89
850 930 90 137010 478 471 604 72 67 99 938 138433
[500] 72 677 [500] 705 804 139087 707 965
140137 324 26 422 65 525 69 642 744 942 00
141052 189 98 244 48 662 750 863 87 142900 102
240 763 881 94 143070 139 329 85 494 514 653 89
718 95 840 144068 85 179 [500] 84 205 86 [500]
419 479 85 503 615 743 968 145092 265 084 702 68
898 146048 55 342 429 698 965 737 842 147050
78 170 79 81 82 288 332 965 148152 66 316 20 423
688 870 94 [3000] 961 [500] 71 95 90 149013 58
101 73 274 689 692 900
150033 120 [75 000] 23 25 292 77 89 [500] 651
747 72 897 [500] 916 [500] 52 151056 90 351 444 801
761 829 77 152037 [500] 59 359 566 622 627 153215
479 531 606 14 793 [500] 154037 [1000] 68 348 606
768 954 155007 69 102 345 402 508 617 728 906
76 [1000] 156122 282 491 531 759 835 [3000] 81 97
914 157029 312 35 42 54 474 74 70 851 616 50 63 87
158127 [1000] 270 367 476 734 831 85 984 159352
424 967 [3000]
160060 44 80 126 45 86 300 542 [1000] 51 626 78
80 714 875 937 77 161062 66 89 269 423 65 529 626 734
36 42 944 64 162030 223 721 991 110 000 163252
96 300 593 904 96 164020 32 45 146 325 483 502
[1000] 645 800 37 165177 79 459 630 750 833 166083
125 232 40 871 167115 245 40 94 306 508 [3000]
168137 44 355 496 516 [500] 768 829 70 822 169029
87 294 42 308 57 499 678
170071 244 66 82 [500] 83 88 375 467 696 54
904 171213 371 89 683 93 771 845 172002 309 297
577 803 916 32 173083 356 400 11 631 63 65 697 906
4 44 91 174004 104 575 82 615 4 715 849 73 74 943
175089 182 285 800 6 813 69 962 8 176902 45 941
864 632 949 177036 109 39 61 293 986 178084 221
302 696 [500] 832 179020 68 151 248 312 [1000] 22
[1000] 455 65 657 718 910
180171 231 350 692 782 902 14 181056 [3000]
76 203 9 20 372 477 83 847 [1000] 719 398 182016
192 298 688 [500] 906 38 51 183110 46 249 391 637 53
[3000] 726 98 827 87 905 184453 [1000] 89 332 268
[500] 406 8 45 508 77 80 675 789 869 13 [1000] 185010
39 67 48 195 290 311 855 929 186119 309 45 444 65 638
728 32 859 187018 49 [1000] 51 480 541 742 830
13 189037 39 307 46 55 141 44 83 95 690 45 [500]
57 819 80 189290 25 131 79 325 27 429 731 99 [1000]
830 [1000] 75 88 927 28
190234 391 689 754 82 [500] 913 79 191037 69
294 302 [500] 35 530 667 68 787 982 192187 292 551
617 756 808 12 929 193096 106 372 317 512 715 929
56 [1000] 194085 128 42 324 [3000] 89 30 404 15004
610 803 [500] 195142 306 80 [1000] 521 730 68 196034
223 61 385 467 107116 90 98 212 [500] 36 83 316 474
300 89 92 702 3 22 800 973 198142 306 80 735 42 79
801 9 [500] 71 921 28 199037 48 221 23 321 [500] 827
29 78
200155 75 222 99 392 19 74 594 6 89 819 45 06
201002 124 28 43 272 815 23 67 130 202107 242 47
363 632 77 610 60 765 84 837 203037 230 392 16 23
398 436 89 715 24 914 [500] 28 [1000] 20 4116 318
91 414 604 707 500 205010 87 150 85 [500] 331 79
[3000] 90 445 569 80 719 910 47 [500] 208004 236 92
313 676 91 741 [500] 63 918 207245 388 [3000] 95
[1000] 671 798 856 967 208061 183 290 [500] 372
499 670 892 209102 262 [500] 451 55 527 000 728
923 28
210119 292 363 547 665 738 211004 61 83 [500]
635 [500] 893 929 212027 46 50 [500] 241 75 459 85
633 99 787 808 927 213119 207 82 [500] 99 438 517
22 93 618 37 91 787 827 214031 55 191 489 [500] 648
790 78 831 215103 203 52 339 60 427 822 89 864 70
216094 60 126 36 403 71 613 36 54 702 844 60 85 905
43 69 90 217022 110 570 93 686 851 [1000] 940 218070
92 314 431 509 697 763 85 905 59 219031 143 280
52 392 518 682 707 20 877 976
220012 378 71 211 379 477 689 730 806 221069
277 [1000] 394 458 673 774 820 36 222010 188 [500]
55 66 373 75 315 44 56 475 [500] 923 63 648 812 [1000]
22 223043 123 94 202 337 515 628 715 883 224269
68 98 404 61 [500] 76 99 768 823
Im Gesamtwort verbleiben 1 Gewinn zu 75000 Mtl.,
1 zu 20000 Mtl., 1 zu 10000 Mtl., 2 zu 5000 Mtl., 11 zu
1000 Mtl., 14 zu 500 Mtl., 23 zu 300 Mtl., 329 zu 1000
Mtl., 417 zu 500 Mtl.

16. Ziehung 4. Klasse 206. Rgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 30. April 1902, nachmittags. Aus der Gesamtheit über 232 Mill. und den betragslosen Nummern in Klammern beigefügt.

- 119 92 358 706 52 900 1246 [3000] 89 677 723 90
851 2088 308 88 472 70 91 505 46 845 47 50 941 88
3009 31 83 140 54 589 963 686 737 64 68 78 827 66 84 91
[500] 916 73 89 4036 251 379 562 93 97 864 90 13
5190 338 71 439 60 658 733 874 85 963 6100 240 [500]
327 549 51 63 71 771 934 7006 135 204 [3000] 331 81 401
523 89 660 [500] 87 731 845 59 985 8037 60 121 64 226
305 424 26 79 537 94 97 803 23 69 87 925 9028 47 100
202 319 67 97 904 78
10024 [500] 38 450 94 [1000] 645 85 571 836 77
11224 473 896 53 62 706 18 50 973 91 12078 288 533
673 768 67 853 78 98 915 58 13108 [1000] 257 [500]
988 14106 12 555 91 841 925 15111 63 77 232 49 684
888 [1000] 16307 129 62 390 [3000] 471 623 81 637 95
815 47 923 [5000] 67 87 98 17009 [3000] 70 186 237
[1000] 734 581 740 90 911 18388 403 63 505 645 723
915 82 19201 39 250 464 96 768 84 801 67
20052 64 229 [1000] 83 [500] 671 720 41 94 998
21480 609 31 22031 [500] 207 23 29 357 [500] 407 97
693 94 15 96 994 99 821 42 23439 82 845 24074 90
[3000] 219 95 331 407 33 652 82 940 25121 492 538 894
705 71 821 28089 [3000] 76 [1000] 238 41 329 [500] 495
697 83 885 96 865 27172 345 400 539 51 64 [3000] 666
794 [3000] 94 808 42 91 28002 146 71 88 291 327
513 88 702 27 941 [500] 29049 145 74 321 410 883
[3000] 92
30204 35 65 79 472 79 530 89 620 65 915 31191
237 303 52 601 911 64 32803 100 [500] 20 24 245 75
379 83 807 42 537 699 748 884 926 29 33048 259 87
311 733 857 994 34012 182 371 535 51 600 739 46 81
933 35239 450 511 709 867 36108 481 820 740 853
947 37073 [1000] 626 [1000] 41 63 707 810 969 79 91
93 38294 31 14 94 422 96 900 83 638 800 73 79 973
99299 374 43 54 553 763 978 [500] 91
40033 111 48 85 230 310 50 405 95 502 662 [1000]
709 909 13 49 74 [500] 41019 67 82 282 300 417 526
24 44 629 69 89 972 42096 [500] 128 90 214 73 387 97
69 57 887 893 19 43036 [500] 64 92 398 470 77
43002 297 458 353 657 65 907 45033 483 [5000] 645
723 88 835 73 40032 317 728 810 12 47133 391 [1000]
665 679 724 37 63 697 482028 98 163 [500] 210 [500]
62 377 719 813 49157 232 389 445 547 638 749 78 90 920
50301 153 252 516 855 51033 233 297 410 504
83 [1000] 636 390 52351 509 626 700 840 953 53059
123 384 484 99 666 638 [500] 794 [500] 54173 99 234
[500] 99 418 99 964 812 83 55103 518 604 841 56013
195 302 43 553 673 731 74 826 99 57069 309 442 561
58931 36 162 89 354 430 48 501 650 62 803 60 59253
785 927 921 61
60035 [500] 106 64 340 742 89 61134 380 440
67 518 28 261 705 31 [1000] 910 48 85 62227 315
88 430 62 537 600 740 846 929 52 61 63103 66 367 638
729 64024 167 290 311 895 79 61 63287 [500] 339 [500]
88 423 48 636 [500] 57 83 60099 879 571 67125 450
543 746 68075 76 299 337 87 651 719 33 72 69027 174
92 261 311 26 476 550 639 941 [500] 817 25
70257 [500] 99 450 590 [500] 707 983 71091 116
306 411 35 [500] 561 611 611 807 72135 402 692 [500] 95
73991 209 97 481 745 899 74386 443 620 39 798 75039
210 24 84 358 429 39 818 74 96 693 76077 43 [500]
301 439 63 70 633 62 791 845 50 76 79 77019 34 92
115 283 321 486 824 74 979 78001 123 317 442 549 779
686 79150 83 329 94 [500] 437